

RÈMELENGER CALEPIN

Bulletin communal édité par le collège des bourgmestre et échevins de la Ville de Rumelange



N° 181

42. Jahrgang
Ausgabe Januar 2016

Inhaltsverzeichnis ■ Sommaire

Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 27. November 2015	04
Rapport sur la séance du conseil communal du 27 novembre 2015	37
Enseignement Musical - Organisation scolaire rectifiée – 2015 / 2016	40
D'Gemeng Rëmeleng La Commune de Rumelange	I
Administration communale Heures d'ouverture	IV

IMPRESSUM

Herausgegeben vom: Schöffenrat der Gemeinde Rümelingen
2, pl. G.-D. Charlotte ■ L-3710 Rumelange ■ T. +352 56 31 21 - 1 ■ F. +352 56 57 04
Redaktion: Romain Kirsch
Photos: René Scho
Konzeption und Gestaltung: F'CREA
TIONS



Die Gemeinderatsmitglieder sind gebeten, sich am Freitag, den 27. November 2015 um 8.15 Uhr, im Sitzungssaal des Stadthauses einzufinden, um über nachfolgende Punkte zu befinden:

In öffentlicher Sitzung:

1. Genehmigung von punktuellen Abänderungen am PAG; (Besprechung und Beschlussfassung);
2. Genehmigung von Kostenvoranschlägen; (Besprechung und Beschlussfassung);
3. Genehmigung des jährlichen Programms des Syndikates SICONA-WESTEN für das Geschäftsjahr 2016; (Besprechung und Beschlussfassung);
4. Genehmigung der rektifizierten Schulorganisation der UGDA-Musikschule für das Schuljahr 2015/2016 mit der diesbezüglichen Konvention; (Besprechung und Beschlussfassung);
5. Genehmigung des Forstwirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2016; (Besprechung und Beschlussfassung);
6. Genehmigung einer Konvention; (Besprechung und Beschlussfassung);
7. Genehmigung von zeitweiligen Verkehrsreglements; (Besprechung und Beschlussfassung);
8. Genehmigung der Hunderolle; (Besprechung und Beschlussfassung);
9. Genehmigung von Einnahmeerklärungen; (Besprechung und Beschlussfassung);
10. Informationen von Seiten des Schöffenrates über
 - a) Projekte in Ausführung;
 - b) zukünftige Projekte;
 - c) prinzipielle Genehmigung(en);
11. Fragen an den Schöffenrat;
12. Verschiedene Korrespondenz;

Les conseillers communaux sont priés de se réunir dans la salle du conseil communal de l'hôtel de Ville, le vendredi, 27 novembre 2015 à 8.15 heures afin de délibérer sur les points suivants:

En séance publique:

1. Approbation de modifications ponctuelles du PAG; (discussion et décision);
2. Approbation de devis; (discussion et décision);
3. Approbation du programme annuel du syndicat SICONA-OUEST pour l'exercice 2016; (discussion et décision);
4. Approbation de l'organisation scolaire rectifiée de l'école de musique de l'UGDA pour l'année scolaire 2015/2016 avec la convention y relative; (discussion et décision);
5. Approbation du plan forestier pour l'exercice 2016; (discussion et décision);
6. Approbation d'une convention; (discussion et décision);
7. Confirmation de règlements temporaires de circulation; (discussion et décision);
8. Approbation du rôle des chiens; (discussion et décision);
9. Approbation de titres de recettes; (discussion et décision);
10. Informations de la part du collège échevinal sur
 - a) projets en cours;
 - b) projets à venir;
 - c) accord(s) de principe;
11. Questions au collège échevinal;
12. Correspondance diverse;

Rumelange, le 20 novembre 2015

Le collège des bourgmestre et échevins,
la secrétaire, Renée Gallo-Holcher le président, Henri Haine



Gemeinderatssitzung vom Freitag, den 27. November 2015

Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

Sitzungsschluss: 11.00 Uhr

Sitzungsdauer: 2 Stunden 45 Minuten

Anwesend:

Bürgermeister Henri HAINE (LSAP),
Schöffe Guy KIRSCH (LSAP) und Schöffin Viviane BIASINI,
(LSAP), sowie die Räte André THEISEN (CSV), Carole MARX
(LSAP), Kevin ZECHES (LSAP), Gérard JEITZ (LSAP) Jean
COPETTE (CSV), Edmond PEIFFER (KPL) und Francine LANG-
LAUX (CSV). Rat Marco HEIL (LSAP) anwesend ab 8:40Uhr

Gemeindesekretärin:

Renée Gallo-Holcher

Urne:

Carole MARX (LSAP)

Bürgermeister Henri Haine eröffnet die öffentliche Sitzung Punkt 8.15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich. Herr Heil sei unterwegs mit dem öffentlichen Transport und werde in Bälde eintreffen. Jeder habe die Einladung und die Dossiers rechtzeitig erhalten. Er nehme an, dass man diese Tagesordnung so annehmen könne, was der Fall zu sein scheine, weil keine Beanstandung vorliege. Er wolle aber vorerst darum bitten, zur Urne überzugehen, damit man auch wisse, wer bei sämtlichen Abstimmungen seine Stimme zuerst abgebe. Das von Kevin Zeches, jüngstes Gemeinderatsmitglied, gezogene Los bestimmt Rätin Carole MARX.

Sodann gibt Bürgermeister Haine der Gemeindesekretärin das Wort, um den Bericht über die Gemeinderatssitzung vom Dienstag, den 6. Oktober 2015, vorzutragen.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob keine Beanstandung zu diesem Bericht zu machen sei, ansonsten man darüber abstimmen könne.

**** Der Bericht der Gemeindesekretärin über die Sitzung vom Dienstag, den 6. Oktober 2015 wird mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen (Rätin Marx und Rat Peiffer) angenommen. (Rat Heil war bei diesem Votum noch nicht anwesend.)**

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

**Genehmigung von punktuellen Abänderungen am PAG;
(Besprechung und Beschlussfassung)**

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 10 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat diese punktuellen Abänderungen am PAG.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man als ersten Punkt der heutigen Sitzung die punktuellen Abänderungen am PAG (Plan d'Aménagement Général) habe. Alle Ratsmitglieder wüssten, dass man dabei sei, den PAG neu aufzustellen, so wie das in allen Gemeinden der Fall sei. Es sei dem aber auch so, dass immer wieder neue Kriterien kämen. Die Arbeiten würden sich auch immer mehr dahinziehen. Er habe auch schon von seinem eigenen Ministerium gesagt bekommen, dass, wenn man das letzte Gutachten beantrage, es sehr lange dauern könne, bis man da eine Antwort bekomme, weil die Gemeinden effektiv alle dabei seien, diese Angelegenheiten abzuschließen. Jeder wisse auch, dass der Innenminister im vergangenen Jahr beschlossen habe, die gesamten Fristen nochmals um 2 Jahre zu verlängern. Auch im Umweltministerium seien sie nochmals dabei, die gesamten „Études préparatoires“ (Leitfaden) zu überprüfen. Da werden dann wohl nochmals neue Kriterien anstehen, wo man dann nachträglich noch ein paar Punkte analysieren müsse. Deshalb seien unsere Studienbüros dabei zu überprüfen, wo vielleicht Punkte oder Flächen in Rümelingen seien, wo man dann aber besser daran tue hier punktuelle Abänderungen am PAG vorzunehmen, ehe das Ganze vorhanden sei, um der Gemeinde eben auch da eine Möglichkeit zu geben, relativ schnell Planungsarbeiten bei diesen Zonen vorzunehmen. Er habe sich auch erlaubt, die Fraktionsvorsitzenden der CSV und der KPL einmal bei sich aufs Amt zu rufen, um ihnen darüber informell Präzisionen zu geben. Er meine, man habe aber wie immer selbstverständlich hier im Gemeinderat die Gelegenheit sich darüber zu äußern. Das sei doch aber klar. Die Präsentation dieser Vorschläge sei auch in der Bautenkommission gemacht worden, die dann auch die nötigen Informationen dazu bekommen habe. Das sei am 10. November gewesen. Deshalb könne man dann auch heute, am 27. November darüber befinden. Selbstverständlich gehe das in die normale Prozedur wie das vorgesehen sei, wenn man das hier bis weitergebe. Hinter ihm hier im Saal sehe man 2 Pläne hängen, denn es gehe um 2 Zonen. Die eine davon, die wichtigste würde er mal sagen, befinde sich direkt im Zentrum hier in Rümelingen rund um unser Kulturzentrum. Hier sei man ja auch schon seit Jahren dabei, über diese Umgebung des Kulturzentrums zu diskutieren. Hier habe die Gemeinde doch auch in letzter Zeit versucht, das eine oder andere Gebäude zu kaufen, im Besonderen im „Schmierlach“, wie man diese Stelle hier in Rümelingen nenne, wo früher die Spielschule gestanden habe, und wo auch in der Vergangenheit bereits Häuser von der Gemeinde erworben wurden, die aber jetzt gänzlich verschwunden seien und wo jetzt dieser Parkplatz sei. In den 50er Jahren, genauer 1954 habe der Gemeinderat bereits den Beschluss gefasst, sich die Möglichkeit zu geben, um die Schulstraße einmal zu verlängern bis zur Kirchstraße. Er meine, dass man durch den Ankauf der Parzellen und Gebäude diese Möglichkeit nunmehr habe. Man habe aber rund um das Kulturzentrum kleinere Zonen, die im PAG unterschiedlich eingestuft seien, hauptsächlich in „Zones de bâtiment public“, wo man aber, wenn man das in „Zones de bâtiment public“ belasse, wirklich auch nur diese Möglichkeit

habe, um öffentliche Gebäude dort vorzusehen. Aus dem Grunde würden die Studienbüros vorschlagen, dort eine „Zone mixte urbaine“ zu machen und eine „Zone soumise à PAP nouveaux quartiers“ vorzusehen, also ein „Plan d'aménagement particulier nouveaux quartiers“. Das gebe der Gemeinde dann auch die Möglichkeit, das so zu planen, dass man dort verschiedene Alternativen habe. Da habe es doch schon die Idee gegeben, rund um das Kulturzentrum auszubauen, wenn man etwas Größeres dort habe. Andere hatten bereits die Idee, dort Parkplätze zu machen. Er meine, es gebe aber auch die Option eventuell noch zusätzlichen Wohnraum dort zu schaffen. Er wolle sehr klar dazu sagen und das habe man auch in der Bautenkommission gesagt, das habe er auch in der informellen Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden der CSV und der KPL gesagt, dass man als Schöfferrat noch kein konkretes Konzept habe, was man jetzt da machen wolle. Es gehe hier vorerst um die Planungsarbeiten dieser Zone und das als „Zone mixte urbaine“ klassifizieren zu lassen, was der Gemeinde eine gewisse Flexibilität gebe und was, wenn man es vorziehe, bis man den neuen PAG habe, dem Schöfferrat die Zeit gebe, um diese Planungsarbeiten auch zu machen. Wenn man warten müsse, bis der neue PAG vorliege, vergehe im Minimum noch ein Jahr, und wenn man warte bis der neue PAG vorhanden sei, habe man das noch nicht klassifiziert und dann sei man gezwungen da „Schémas directeurs“ zu machen so wie man im Augenblick dabei sei, das für den Hutberg zu machen, wo man aber verstehe, dass das für den Hutberg gemacht werden müsse, denn da habe man noch gar keine Wohnhäuser und noch gar keine Infrastrukturen, keine Straßen und nichts. Es sei klar, dass man dort anders planen müsse, aber er meine, dass man sich hier in diesem Falle nicht einschränken sollte, indem man abwarte bis man den neuen PAG habe, um dann dadurch auch als Gemeinde viel mehr Beschränkungen zu unterliegen. Das sei das, was er dazu haben sagen wollen. Hinter ihm seien die Pläne und da sei auch der Plan von der Zone beim Kulturzentrum dabei. (Auf den Seiten 6 und 7 finden Sie diese Pläne) Da habe man einerseits den einen Plan (PAG en vigueur), der noch in Kraft sei und darauf sehe man, dass der noch in verschiedene Sektoren unterteilt sei und deshalb schlage man vor, das in eine „Zone mixte urbaine“ zu klassifizieren wie das auf dem 2. Plan (Plan avec modification ponctuelle) zu sehen sei. Man wisse alle, dass man auf der anderen Seite des Kulturzentrums zum Langengrund hin als Gemeinde noch Gebäude erworben habe. Die belasse man in dem Sektor wie das bisher auch im PAG sei. Es sei dem auch so, dass jetzt sofort von dieser Seite nichts vorgesehen sei, denn es sei vor allem auf der anderen Seite (Richtung Kirche), wo man eigentlich diese Baulücke, wie man das auch bezeichnen könne, habe. Da gebe es auch die Möglichkeit eventuell noch zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Da könnte die Gemeinde sogar selber etwas unternehmen und wenn sie das mache, könnte sie zu 75% vom Wohnungsbauministerium für ein Baulückenprojekt unterstützt werden. Es würde aber auch die Möglichkeit geben, das mit Promotoren zu machen. Er meine, das sollte man sich jetzt in Zukunft überlegen, denn jetzt habe man auch die nötige Zeit ordentliche Planungsarbeiten zu unternehmen. Diese Grundstücke hätten doch auch einen Wert. Davon könne

man sicherlich auch in Zukunft profitieren. Es gehe, wie gesagt hauptsächlich darum, dies hier in die Planungsphase vom PAG zu geben. Es sei dem auch so, dass die laut dem Gesetz vorgesehene Prozedur so sei, dass man als Gemeinderat heute sein Einverständnis gebe, das in die Prozedur zu geben. Danach müsse innerhalb 15 Tagen eine Veröffentlichung dieses Einverständnisses erfolgen. Man werde auch danach eine Informationsversammlung organisieren müssen. Die sei eigentlich bereits jetzt im Dezember festgelegt, und zwar am 22. Dezember 2015 um 19.00 Uhr hier im Stadthaus.

Dies sei wirklich nur ein Teilaspekt des Ganzen. Das betreffe jetzt nicht den gesamten PAG, aber man werde auf jeden Fall so vorgehen, wie das in der Prozedur vorgesehen sei. Nach der Veröffentlichung des Beschlusses hätten die Einwohner auch einen Monat lang die Möglichkeit, Beanstandungen dazu vorzubringen. Der Gemeinderat könne dann in 3 Monaten, also Anfang nächsten Jahres ein definitives Votum über diese punktuellen Abänderungen vornehmen. Jeder kenne die Prozedur. Das Gleiche hatte man bereits in der „Rue haute“, allerdings hatte man dort auch zusätzlich bereits „Parties écrites“, wo man präzisiert habe. Da sei es hauptsächlich darum gegangen, um Baugenehmigungen anders erteilen zu können und deshalb hatte man dort Präzisionen im Rahmen der „Parties écrites“ des PAG und des Bautenreglements gemacht.



[illegible]

Die andere Zone, sei eine relativ kleinere Zone. Das sei oben, wenn man zur Siedlung Kirchberg fahre, wo auch zwischen den beiden Straßen, die alten Kalköfen stehen würden.



Im Dossier finde das Ratsmitglied auch, neben den Plänen wie es jetzt aussehe und wie es geplant sei, noch Fotos von den jeweiligen Zonen, damit man wisse, um welche Zone es sich handle. Es sei dies eine Fläche von 25 Ar, mehr sei dem nicht. Es sei dem aber so, dass im Rahmen des „Pacte logement“, den man 2009 unterschrieben hatte, da vorgesehen war, Wohnungen zu schaffen. Bis jetzt habe man noch nie etwas dort unternommen, man hätte auch noch abwarten können, bis irgendetwas geschehe. Es sei dem aber so, wenn man etwas unternehmen wolle, dass man dann Zonen umklassifizieren müsse. Im bestehenden PAG stelle man fest, dass diese kleine Fläche in „Zone de tourisme“ eingestuft worden war. Er gehe davon aus, dass das im Kontext des Grubenmuseums und der Kalköfen geschehen sei, was aber nicht richtig zu dieser Zone gehöre. Wenn das aber im „Pacte logement“ so vorgesehen war, täte man gut daran, das umzuklassifizieren. Wie gesagt sei der größte Teil dieser Zone in der „Zone de

tourisme“ eingestuft. Jetzt schlage man vor, das in den gleichen Sektor einzustufen wie den Kirchberg. Aus dem Grunde sei auch keine Abänderung der „Partie écrite“ notwendig, nicht wie das bei der anderen Zone sei, wo die „Partie écrite“ auch im Text der „Zone mixte urbaine“ vorgesehen sei. Mehr habe er eigentlich nicht dazu zu sagen. Es gehe hauptsächlich um eine Umklassifizierung der Zonen, um der Gemeinde die notwendigen Planungsarbeiten der beiden Zonen zu ermöglichen, was auch zu einer besseren Qualität in der Zone des Kulturzentrums z. B. führen könne. Man sei sich doch aber einig, dass im Augenblick dort noch immer eine komplizierte Lage sei. Man habe im Augenblick dort den Parkplatz und damit könne man in diesem Stadium zur Zeit auch leben. Man müsste etwas Konkretes dort als Konzept haben, aber man wolle sich eben diese Möglichkeit geben, das auszuarbeiten und deshalb schlage man diese Abänderungen vor. Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es dazu Anmerkungen gebe.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass Bürgermeister das hier nochmals explizit vorgetragen habe, aber er wolle ihm danken für das Treffen, das er mit der CSV hatte, um Informationen weiterzugeben. Er finde, das sei im Grunde genommen ein guter Weg gewesen und dafür danke er nochmals.

Das Kulturzentrum, die Bebauungszone und der Garten und das Teilstück vom „Schmierlach“ bis in die „Rue de la Bruyère“, da sei es schon wichtig, dass man diesen ganzen Standort neu einstufe, damit, wenn der neue PAG fertig gestellt sei, nicht wieder neue Prozeduren eingeleitet werden müssen, wie z. B. das „Schéma directeur“ usw. Dann könne man bei den Planungsarbeiten frei beschließen, was dort geschehe. Der Schöfferrat habe sich aber trotzdem schon sicher Gedanken gemacht, was er mit diesem ganzen Standort machen wolle. Er meine, es würden keine konkreten Pläne vorliegen, aber jeder habe seine Ideen und er meine, das Kulturzentrum als solches mit dem Parkplatz, also dem alten Schulhof, wie man ihn nenne, der sei nicht in einem anständigen Zustand und der müsste im Grunde genommen amenagiert werden. Der gesamte Garten, der anstoße, und das „Schmierlach“ bis in den Heidterweg und die Kreuzstraße müsste im Grunde genommen - so wie er das vorhin sagte, jeder habe seine Ideen - ein Parkhaus mit einer ökologischen Überdeckung dorthin kommen. Die CSV habe in der letzten CSV-Broschüre bei den vergangenen Gemeindewahlen einen Architekten beauftragt, diesen Plan zu zeichnen, wie man das insgesamt vorsehen könne, wie das gestaltet werden könne. Die Frage sei Folgende, wie es um die Garagen stehe, wo man über Gemeindegelände fahren müsse, um da hineinzukommen. Auch zwei Häuser in der Kreuzstraße hätten einen Eingang auf diesem Grundstück. Er wolle wissen, wie es mit dem Haus und den Abhängigkeiten auf Nummer 5 in der Escher Straße stehe, das kürzlich erworben wurde. Bürgermeister Haine habe zwar vorhin gesagt, das hätte man nicht mit einbezogen, aber es sei im Sinne der Vergrößerung des Areals des Kulturzentrums erworben worden. Im Budget waren 100.000 Euro vorgesehen, um eine Studie anzufertigen für ein Projekt der Umgebung des Kulturzentrums. Er wolle wissen, wie es mit dieser Studie sei und woran man damit sei.

Was die punktuelle Abänderung in der Siedlung Kirchberg anbelange, sei das sicherlich eine sehr gute Idee, weil dieser ganze Hügel auf der rechten Seite später einer Bestimmung zuerkannt werden könne, was für den gesamten Wohnkomplex Kirchberg zum Vorteil sein könne. Die Kalköfen auf Kirchberg der früheren Firma Berens seien als nationales Monument eingestuft. Er wolle wissen, ob da kein Problem auftreten könne, wenn das Gelände eine neue Bestimmung erhalte, da die doch dicht dabei lägen und das Gelände als „Site touristique“ eingestuft sei.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Die CSV könne dann, wenn sie die nächsten Gemeindewahlen gewinne, diesen Parkplatz bauen, wenn man diese punktuellen Abänderungen vornehme. Das sei doch auch unter anderem einer der Gründe, weshalb man diese Abänderungen vorschlage, um sich auch diese Möglichkeit zu geben. Daneben habe Rat Theisen eine

Reihe Punkte angesprochen, die zwar nicht direkt zu dieser Zone gehörten, die man hier vorschlage. Das sei der Hof des Kulturzentrums. Den belasse man in der „Zone de bâtiment public“. Man habe auf jeden Fall nicht vor, vorzuschlagen, dass hinter dem Kulturzentrum etwas anderes geschehen sollte als das, was zum „Domaine public“ gehöre. Wahrscheinlich werde auch hinter dem Kulturzentrum immer ein solcher freier Raum bleiben, wo eben Stationierungsmöglichkeiten bestehen bleiben, respektiv wo ein Platz sei, auf dem man mit dem Kulturzentrum in den Sommermonaten arbeiten könne. Das andere belasse man in der Zone, die als Wohnzone eingestuft sei, mit den Möglichkeiten, die man hinter dem Kulturzentrum habe, um eben zusätzliche Stationierungsfläche anzulegen. Das müsse man aber alles noch untersuchen, denn man hatte auch damals gesagt, als man vorgeschlagen hatte, dieses Haus zu erwerben, dass es vorerst darum gehe, das Objekt zu erwerben und danach müsste man sehen, wie man da weiter verfare. Er könne sich vorstellen, dass auch das für die Gemeinde als Wohnmöglichkeit bestehen bleibe, was dieses Gebäude anbelange und dahinter dann zusätzlicher Zugang zum Parkplatz des Kulturzentrums sei, wissend dass in der Mitte noch immer ein Gebäude stehe, in dem auch Leute wohnten. Auch da müsse man prüfen, was den Zugang zum Haus anbelange und das Gleiche gelte auch für den Zugang zu den Häusern aus der Kreuzstraße, respektive zu den Garagen. Diese Grundstücke und Häuser seien in Privatbesitz und sie hätten auch jetzt Zugang zu ihren Häusern und Garagen und das müsse auch in Zukunft, wenn das so bestehen bleibe, selbstverständlich gewährleistet werden. Damit müsse man immer planen, das sei sicher. Er sei aber froh zu hören, dass man, was den Vorschlag als solchen anbelange, einer Meinung sei, um diese Neueinstufung vorzunehmen, sowohl was die Zone beim Kulturzentrum anbelange wie auch jene auf Kirchberg.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es dazu noch Anmerkungen gebe.

Rat Edmond Peiffer erklärt, dass die KP, nach den Erklärungen, die man bei dem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden von CSV und KP gegeben hatte und nach all dem, was bisher hier erläutert worden sei, sagen müsse, dass sie mit den Abänderungen am PAG einverstanden sei, da man damit später die Möglichkeit habe, neue Projekte ermöglichen zu können.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm ebenfalls und möchte wissen, ob es noch andere Anmerkungen gebe.

Rat Gérard Jeitz lässt sich bestätigen, dass bei der Zone beim Kulturzentrum ein Teilstück des Gartens nicht miteinbegriffen sei.

Bürgermeister Henri Haine stimmt dem zu, dass ein Teilstück angrenzend an das Kulturzentrum in der öffentlichen Zone verbleibe, da man der Meinung sei, dass hier nur Projekte von der Gemeinde verwirklicht werden sollten. Er finde es schön, dass die Schulstraße, die in der Amtszeit seines

Großvaters angelegt wurde, nun endlich weiter geführt werden könne. Premierminister Werner pflegte immer zu sagen, einer seiner größten Wünsche sei, dass ein Lift von der Oberstadt bis in den Grund bestehe und da habe er 35 Jahre gewartet, bis sich das ereignete.

Somit könne man dann zum Votum übergehen. Wie gesagt, so Bürgermeister Haine, erfolge das definitive Votum erst in ein paar Monaten. Man müsse eben die vorgesehenen Prozeduren einhalten. Das nehme eine gewisse Zeit in Anspruch.

**** Einstimmig (mit 10 Stimmen, Rat Heil war beim Votum noch nicht anwesend) genehmigt der Gemeinderat diese punktuellen Abänderungen am PAG.**

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung von Kostenvoranschlägen; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat den Kostenvoranschlag betreffend den Kollektor in der Handwerkerstraße.

Einstimmig (mit 11 Stimmen) verabschiedet der Gemeinderat ebenfalls den Kostenvoranschlag betreffend den Feldweg auf „Hutbiereg“.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man dann zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen könne, wo man über 2 Kostenvoranschläge zu befinden habe, einen der ein größeres Ausmaß habe und über den man schon mal geredet hatte, zumindest über die Lage. Das sei der Kollektor unter der Handwerkerstraße, der unter dem Kaylbach und den Schienen hindurch hinüberführe bis zum Unternehmen Kihn. Das sei auf einer Länge von rund 190 Meter, wo der Kollektor auf einer Höhe von 1 bis 1,5 Meter befestigt sei. Diese Befestigungen hätten im Laufe der Zeit nachgegeben, so dass der Kollektor auf Teilstücken heruntergefallen sei. Man hatte bereits vor anderthalb Jahren hier darüber geredet. Da sollte auch da nach dem Rechten gesehen werden, was auch gemacht worden sei. Man hatte eigentlich im Schöfferrat gesagt bekommen, dass die Lage jetzt besser wäre und dass dort keine größeren Arbeiten mehr unternommen werden müssten, aber das scheine nicht zu stimmen, weil nach Kontrollen vom STEP und von unserem technischen Dienst mit dem Unternehmer festgestellt worden sei, dass dennoch weitere Befestigungen nachgegeben hätten. Das seien Befestigungen, die eigentlich aus rostfreiem Stahl (Inox) hätten sein sollen, aber die seien nicht aus Inox gewesen, so dass das alles verrostete. Es sei sowieso eine schwierige Situation, weil der Schacht, der diesen Kollektor

enthalte, nicht höher als 1,5 Meter sei. Das bedeute, dass es nicht sehr bequem sei, um in diesem Schacht zu arbeiten und auf diesen 190 Metern gebe es auch nur vorne und hinten 2 Schächte um Zugang zu diesem Kollektor zu bekommen. Wenn man da in der Mitte dieses 190 Meter langen Schachtes arbeite, müsse diese Baustelle auch sehr gut angelegt werden mit speziellen Systemen; falls dort einmal etwas geschehen sollte, müssten die Leute auch beizeiten informiert sein. Man kenne ähnliche Situationen, wenn z. B. jemand oben auf einem Kamin arbeite, müsste auch ein sehr guter Kontakt zwischen den einzelnen Leuten sein.

Was hier eben ein wenig lästig sei, seien die Unkosten, die das mit sich bringe. Man hätte sich das gerne erspart. Man hatte bereits oft die Diskussion hier, dass man alles in den Kanalisationen, Leitungen und Verteilungsnetzen mache. Dies hier sei nun einmal etwas, das man nicht lange hinausschieben könne, denn auf einmal würden diese 190 Meter Kollektor herunterfallen und dann würde das noch etwas teurer. Im Augenblick, wie es jetzt aussehe, liege der Kostenvoranschlag des Studienbüros bei einem runden Betrag von 160.000 Euro, um diese Reparaturarbeiten zu verwirklichen. Man hoffe, dass es bei diesem Betrag bleiben werde, aber wie gesagt, das werde eine sehr komplizierte Baustelle. Da gebe es sicherlich auch wieder unerwartete Angelegenheiten, die vorkommen. Jeder habe auch im Dossier zur Sitzung den Plan begutachten können, wo das sei. Er selber wolle sich das hier auch nochmals ansehen. Das sei, wie gesagt, an der Schule vorbei und dann gehe es weiter bis hinten zum Rückhaltebecken, das man angelegt habe. Ehe der Kollektor aber dahin komme, gehe er unter den Häusern, den Gärten und den Schienen hindurch auf die andere Seite des Kaylbachs. Da gebe es nicht viele Möglichkeiten, um herauszukommen. Jeder habe auch sehen können wie der Fangkanal - wie das bezeichnet werde - in der Höhe befestigt sei. Der Vorschlag des Studienbüros gehe dahin, das für die Zukunft besser zu befestigen. Vor rund 18 Jahren seien diese Arbeiten ausgeführt worden. Da könne man auch nicht mehr viel beanstanden. Er meine, man müsse die Lage wieder bereinigen, indem man die Teilstücke des Fangkanals, die nicht heruntergefallen seien, so erhalte. Es würden eben nur überall neue Befestigungen angebracht, aber die heruntergefallenen Teile müssten erneuert werden. Daran komme man nicht vorbei.

Das sei im Augenblick der Vorschlag, wie er vorliege, nachdem auch die verschiedenen Leute vom STEP das kontrollierten; der frühere Unternehmer Gilbert Poeckes habe selber die Sachlage in Augenschein genommen und der technische Dienst sei auch dabei gewesen. Ob der Techniker mit in den Schacht war, wisse er jetzt nicht, denn der sei etwas größer als 1,5 Meter. Auf jeden Fall müsse man das jetzt machen. Man hätte sich das gerne erspart, das müsse er ehrlicherweise gestehen, aber man komme nicht daran vorbei, diese Arbeiten auszuführen und deshalb schlage man vor, diesen Kostenvoranschlag zu genehmigen.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es dazu Fragen gebe.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass, was den Kostenvoranschlag des Kollektors anbelange, diese Angelegenheit bereits 2010 hier im Gemeinderat votiert worden sei. In den Konten 2013 seien noch 58.405 Euro vorgesehen gewesen, 2014 seien noch 400.000 Euro dafür im rektifizierten Budget vorgesehen gewesen und im Budget 2015 hätten nochmals 250.000 Euro gestanden, was einen globalen Betrag von 762.000 Euro ergebe. Der Kostenvoranschlag von Schroeder & Associés sei am 17. Dezember 2010 hier im Gemeinderat votiert worden, und das für 664.000 Euro. Jetzt bekomme man einen zusätzlichen Kostenvoranschlag in Höhe von 160.000 Euro hier vorgelegt. Er sei der Meinung, dass das, was gemacht werden müsse, auch gemacht werden müsse. Das sei in Ordnung. Es sei aber fast nicht zu verstehen, dass man von 2010 an benötigt habe, um festzustellen, dass das Auffangbecken vollständig erneuert werden müsse. Er wolle wissen, wie es um die Zuschüsse des Staates stehe. Im Budget stehe, es seien 75 bis 90% und da wolle er erfahren, ob man die auch bei den 160.000 Euro erhalte oder wie dem da sei.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Er weist darauf hin, dass man hier aufpassen müsse 2 Angelegenheiten nicht miteinander zu verwechseln. Man habe effektiv vor etlichen Jahren - Rat Theisen sage, es sei 2010 gewesen - die Pläne und Kostenvoranschläge für unser Auffangbecken votiert. Das sei dieses berühmte R8, über das man ein paar Mal geredet hatte, das man genehmigt hatte. Diese Arbeiten seien auch im vergangenen Jahr in Angriff genommen worden und würden normalerweise in diesem Jahr abgeschlossen. Das seien damals Pläne und Kostenvoranschläge in Höhe von 664.000 Euro gewesen. Man hatte auch bereits 2009 hauptsächlich Honorarkosten, die in diesen 664.000 Euro nicht mehr dabei gewesen waren. Die 664.000 Euro betreffen die Arbeiten, die in den beiden letzten Jahren ausgeführt wurden und nunmehr abgeschlossen seien. Das habe aber absolut gar nichts mit dem Fangkanal, respektive dem Kollektor hier zu tun. Die Kollektorgeschichte hatte man vor ungefähr 1,5 Jahren hier auf dem Tisch. Er meine, damals bereits gesagt zu haben, dass das die Gemeinde bis zu 250.000 Euro zu stehen kommen könnte, so wie das damals von den Studienbüros gesagt wurde. Damals sei auch nach dem Rechten gesehen worden. Die Leute seien auch im Schacht gewesen und es sei etwas repariert worden. Da habe es geheißen, dass es damit in Ordnung sei. Er habe das auf jeden Fall so vom technischen Dienst gesagt bekommen und deshalb habe man auch letztes Jahr beim Budget, als man das votierte, gesagt, dass da wohl nichts mehr anstehen werde. Dieses Jahr heiße es aber wieder, es sei hier etwas heruntergefallen und es sei da etwas heruntergefallen. Man habe neue Fotos der Angelegenheit erhalten und das sehe grausam aus. Er gehe davon aus, dass damals nicht richtig nach dem Rechten gesehen worden sei. Es sei klar, dass er selber den Schacht nicht betreten habe. Er müsse sich auch auf die Dienste verlassen können. Er meine, der neue Beamte des technischen Dienstes habe das geprüft mit dem Studienbüro und der Unternehmer habe das selber begutachtet. Es sei klar, dass man diese Arbeiten machen müsse, aber das habe wirklich nichts mit dem Auffangbecken R8 zu tun. Das wolle

er aber in aller Deutlichkeit hier klarstellen. Als man das Rückhaltebecken plante, sei der Kollektor nicht überprüft worden. Da sei es nur hinten um das Rückhaltebecken gegangen und er meine, das sei hauptsächlich auf Initiative des STEP und des Ministeriums gekommen, das dafür zuständig sei, weil die Beamten auch immer gerne hätten, dass an den verschiedenen Stellen Rückhaltebecken gemacht werden, um die Netze dahinter zu entlasten. Hier in Rümelingen sei man aber ganz am Anfang eines Netzes, das sei mal sicher. Die Verantwortlichen hätten auch immer gerne, dass da investiert werde und dafür bekomme man dann auch die Zuschüsse vom Staat. Seinerzeit seien das 90% gewesen um danach auf 75% herabgesetzt zu werden, aber hier beim Kollektor bekomme man 0%. Das sei ganz klar. Es sei ein lokaler Kollektor, denn das werde von den Verantwortlichen als lokaler Kollektor angesehen, genauso wie sie die Kanalisation in der Ortschaft als lokale Angelegenheit betrachten und dafür bekomme man demnach 0 Euro oder 0%, wie man das nehmen wolle.

Rat Edmond Peiffer legt dar, dass man sehr deutlich sehen könne, in welchem schlechtem Zustand der Fangkanal sei, wenn man das Dossier und die beiliegenden Fotos durchgesehen habe. Dass dies eine Instandsetzung von dringender Notwendigkeit sei, sei allen Ratsmitgliedern bewusst. Man sei der Meinung, dass diese Ausgabe von 160.000 Euro unseren Bürgern wohl nicht ins Auge fallen, aber eine notwendige Investition sei.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass Rat Peiffer damit sicherlich Recht habe, denn wenn der Kollektor vollständig heruntergefallen würde, wäre das eine sehr schlimme Lage, im Besonderen für die Leute, die dort wohnten und er fürchte, er wünsche es sich nicht, dass vielleicht noch die eine oder andere böse Überraschung im Laufe der Reparaturarbeiten komme. Man habe nämlich schon angedeutet bekommen, dass das relativ kompliziert werde, aber vor 18 Jahren sei das ja auch gemacht worden, so dass er davon ausgehe, dass das machbar sei. Er wünsche sich nur, dass das diesmal sehr genau kontrolliert werde, auch was das Material anbelange, das man verwende, dass da keine weiteren Schwierigkeiten kommen. Es sei klar, dass ein Fangkanal, der in einer solchen Höhe hänge, nicht ewig halte. Dessen sei er sich bewusst. Es sei auch klar, dass in diesem Kontext hier ein Kontrollprogramm mitenthalten sei, wo das dann jährlich überprüft werden müsse. Es sei dem auch so, dass man im Rahmen vom STEP dabei sei, sich zu überlegen, ob man nicht die lokalen Netze, was die Kanalisation anbelange, mit in den STEP übergebe, damit das auch auf regionaler Ebene geplant werden könne, auch wenn man als Gemeinde immer die Beiträge dafür leisten müsse, was an ihrem lokalen Netz gemacht werde, um hier eine bessere Kontrolle und Planung zu erhalten. Das eben, weil unter verschiedenen Gemeinden nicht immer alles so funktioniere, obwohl man alle 5 Gemeinden im STEP sei; hier habe die eine Gemeinde im Besonderen Rümelingen wirklich alles unternommen und andere Gemeinden hätten vieles nicht gemacht, und das sei nicht gut. Er sei der Meinung, dass bei einem Netz auch alles so weitergeführt werden sollte, wie das vom Minis-

terium gewünscht werde. Man hatte bekanntlich vor kurzem den Wasserwirtschaftsplan, der veröffentlicht wurde, und in dem alles stehe, was noch überall gemacht werden müsse. Schade sei eben, dass man als Gemeinde nicht mehr so viele Zuschüsse bekomme, auch nicht für die regionalen Netze und Null Euro für die lokalen Angelegenheiten bekomme, wo doch aber eine Notwendigkeit bestehe, um diese Angelegenheiten zu verwirklichen. Er denke aber, dass man für die Zukunft, wenn diese Reparatur hier auch ausgeführt sei, relativ gut da stehe. Mit einer oder zwei Ausnahmen habe man auch überall relativ neue Kanäle, so dass die Leute, die nachfolgten, die nächsten 30 oder 40 Jahre ruhig sein müssten. Man sei selber auch lange ruhig gewesen.

Wenn jeder damit einverstanden sei, könne man darüber abstimmen.

**** Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat den Kostenvoranschlag betreffend den Kollektor in der Handwerkerstraße.**

Bürgermeister Henri Haine erinnert daran, dass man in der vergangenen Sitzung eine Diskussion über solche Wege hatte. Im Budget letztes Jahr hatte man 2 Teilstücke, das eine „A Wuedert“, das andere auf „Hutbiereg“ hier votiert. Hier sei jetzt nochmals vor kurzem von der ASTA der Vorschlag gemacht worden, um auf Hutberg, die nächste Etappe von 250 Meter in Angriff zu nehmen. Das betreffe dann das Teilstück von dort, wo man bisher erneuert habe bis oben zum Wasserbehälter für rund 65.000 Euro. Er hoffe, dass es bei diesem Betrag bleibe. Hier bekäme man wie bei den beiden vorigen Fällen auch einen Zuschuss vom Staat. Man müsste das dann im Vorfeld votieren. Er schlage vor, auch so vorzugehen und dann die notwendigen Gelder im Budget 2016 vorzusehen und dann hoffe er, dass jedes Ratsmitglied das Budget mitvotiere..

Rat André Theisen flieht ein, dass man das tun werde, wenn punktuell abgestimmt werde.

Bürgermeister Henri Haine entgegnet, dann dauere das Votum zu lange.

Rat André Theisen fährt fort, das nehme zwar mehr Zeit in Anspruch, aber auf jeden Fall stimme man über Verschiedenes ab.

Bürgermeister Henri Haine fügt dem hinzu, das müsse dann aber über 12 Uhr hinaus gehen.

Rat André Theisen möchte wissen, wie hoch die Subsidien für Feldwege seien. Die würden doch bei 75% liegen.

Bürgermeister Henri Haine verneint dies. Die würden bei 40% liegen.

Rat André Theisen meint, dann sei dieser Prozentsatz auch gesunken.

Bürgermeister Henri Haine erwidert lächelnd, alles sinke. Die Gemeinden würden immer reicher und der Staat immer ärmer.

Rat André Theisen möchte nochmals etwas zum Kollektor sagen. Was Bürgermeister Haine gesagt habe, sei richtig, aber das sei fast nicht zu verstehen, denn der Kollektor sei doch eine Folge des Rückhaltebeckens, des Kanals. Er meine, es habe doch alles miteinander zu tun. Es sei eine Folge, mehr sei dem nicht.

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, dass, wenn man eine Kamerabefahrung der Kanalröhre wie in der Batty-Weber-Straße mache und man stelle fest, dass hier etwas kaputt sei und da etwas kaputt sei und man zur Schlussfolgerung komme, dass man besser daran täte, die vollständig zu erneuern, dann sei das eine Entscheidung, die man treffen müsse, aber hier sei der Kollektor doch auch überprüft worden und danach sei gesagt worden, er sei jetzt in Ordnung und jetzt stelle man fest, dass es nicht in Ordnung sei.

Rat André Theisen wiederholt, dass das gemacht werden müsse. Das sei in Ordnung. Es sei wie Herr Peiffer gesagt habe. Man habe das doch genau auf den Plänen gesehen und Bürgermeister Haine habe es doch auch klar erläutert. Das stehe nicht zur Rede. Wenn etwas überprüft werde und durchgecheckt werde und dann auf einmal nach 5 Jahren werde dann gesagt, man müsse es trotzdem machen. Bis dahin seien die Kosten gestiegen.

Bürgermeister Henri Haine möchte sagen, dass hier jetzt eine Periode von 2 oder 2,5 Jahren sei. Wie gesagt, so Bürgermeister Haine, sei das Rückhaltebecken in einem anderen Kontext geplant worden. Das sei vom STEP und auch vom Ministerium gekommen, während der Kollektor von der Gemeinde geprüft wurde, weil festgestellt worden war, dass da irgendetwas nicht ordentlich funktionieren könne, weil da offensichtlich Teile heruntergefallen seien. Das sei eben am Abfluss festgestellt worden, und als jemand da vor Ort überprüft habe, sei festgestellt worden, dass da etwas heruntergefallen sei. Bürgermeister Haine meint, dass man nicht alle Kanalröhren untersuche, wenn irgendwo ein Rückhaltebecken gemacht werde.

Rat Edmond Peiffer möchte auf den Feldweg Hutberg zurückkommen. Die Fortsetzung dieser Erneuerungsarbeiten an diesem Feldweg sei zu begrüßen, denn man habe gefunden, dass das bereits seit langem eine Notwendigkeit war, die gesamte Straße in Stand zu setzen. Er sei der Meinung, dass es auch für die Hobbygärtner, die da oben ihr Gartenhäuschen hätten, sehr interessant sei, eine saubere Zufahrt zu ihrem Garten zu haben, nachdem die Forstverwaltung da saubere Arbeit auf dem vorderen Teil geleistet habe.

Bürgermeister Henri Haine fügt dem hinzu, dass die Gemeinde auch eine saubere Zufahrt zu ihrem Trinkwasserbehälter bekomme. Alles habe seine Vorteile und seine Nachteile,

allerdings müsse man immer mitbezahlen. Falls es sonst keine Anmerkungen mehr gebe, könne man abstimmen.

**** Einstimmig (mit 11 Stimmen) verabschiedet der Gemeinderat ebenfalls den Kostenvoranschlag betreffend den Feldweg auf „Hutbiere“.**

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung des jährlichen Programms des Syndikates SICONA-WESTEN für das Geschäftsjahr 2016; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat dieses Programm des SICONA-WESTEN für das Geschäftsjahr 2016.

Zusammenfassung	ordentliche Ausgaben
Unterhalt der Biotope	11.062,54 €
Schaffung von Biotopen	994,06 €
Information und Sensibilisierung	1.195,83 €
Kartographie und Betriebspläne	1.813,98 €
Schutz der bedrohten Arten	6.009,70 €
TOTAL	21.076,10 €
zu Lasten des ordentlichen kommunalen Budgets 2016	8.000,00 €

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man mit dem nächsten Punkt etwas habe, das alljährlich wiederkehre, seit man Mitglied im SICONA-WESTEN sei. Es sei auch schön, dass man heute gleichzeitig den Forstwirtschaftsplan habe, um den ebenfalls zu genehmigen. Es sei dem so, dass man einen ersten Vorschlag vom SICONA erhalten habe, den man auch im Schöfferrat geprüft habe, damit man sich auf einen bestimmten Betrag und auch auf bestimmte Projekte festlegen konnte. Jetzt sei erst einmal eine Ausgabe von insgesamt 21.076 Euro festgehalten worden, bei der dann aber noch eine Ausgabe in Höhe von 8.000 Euro für das Gemeindebudget verbleibe, nachdem die Staatszuschüsse geflossen seien. Da bekomme man auch immer zwischen 50 und 100% vom Staat bezuschusst. 100% erhalten man aber in den allerwenigsten Fällen, nur, wenn wirklich etwas von nationaler Wichtigkeit sei, respektive Zertifizierungsprojekte. Es gehe hier auch hauptsächlich darum, innerhalb des Gemeindeperimeters Zonen zu regenerieren respektive Trockenwiesen zu schützen und zu restaurieren, während das, was der Förster mache, sich hauptsächlich im Wald abspiele. Es gebe selbstverständlich aber auch eine starke Zusammenarbeit zwischen dem Förster, den Leuten von SICONA-WESTEN und der Gemeinde, um an den verschiedenen Stellen zuzusehen, wie und was da gemacht werde. Wie jedes Jahr werde auch wieder

eine bestimmte Fläche oder besser Länge von Hecken geschnitten und dann habe man auch die Zonen, wo man die Obstbäume habe, die dann auch von SICONA-WESTEN unterhalten werden, d. h. die würden nicht alle miteinander in einem Jahr gemacht, sondern da gehe man zonenweise im Laufe der Zeit vor. Dann habe man auch noch das, worauf man sich einmal geeinigt hatte, dass SICONA-WESTEN auch in dem Pferch neben dem Partengrund intervenieren könne, weil das im Augenblick auch eine sehr interessante Situation sei, da in diesem Pferch keine Bewirtschaftung mehr sei. Dieser Pferch sei ein wichtiges Biotop für kleine „Kreuch- und Fleuchtiere“, usw. und selbstverständlich auch für Pflanzen. Deshalb solle das im Augenblick auch so erhalten werden. Das seien dann die einzelnen Vorschläge von SICONA-WESTEN. Dann gebe es auch die ökologischen Aktivitäten wie die außerschulischen Aktivitäten, von denen man bekanntlich auch vor kurzem hier in Rümelingen den Startschuss hatte, bei denen auch ein paar Kinder mit einer Klasse beteiligt waren. Dafür seien auch im nächsten Jahr 2 Nachmittage vorgesehen. Daneben habe man dann auch den gesamten „C“ von verschiedenen Tieren, wie z. B. Fledermäuse, Schwalben, Eulen.

Das sei das, was man im Budget vorsehen sollte, so Bürgermeister Haine. Mehr habe er nicht dazu zu sagen.

Rat Edmond Peiffer erklärt, er habe dazu eine Frage. Ihm sei aufgefallen, dass in dem gesamten Programm „Natur genießen, mir iessen regional, bio a fair“ nicht mehr im Programm sei. Er wolle wissen, ob dieses Programm abgeschlossen sei oder wie dem da sei.

Bürgermeister Henri Haine betont, dieses Programm werde eigentlich auf regionaler Ebene so von SICONA-WESTEN weitergeführt. Da müsse man nicht unbedingt auf lokaler Ebene etwas machen. Man sei auch der Meinung gewesen, weil man eigentlich diese Aktivitäten im Rahmen der „Maison relais“ habe, dass man sich dann auf verschiedene Angelegenheiten konzentrieren sollte. Man habe das eigentlich eher vom finanziellen Aspekt her betrachtet. Es sei aber auf regionaler Ebene eine Initiative, die SICONA-WESTEN so oder so weiterführe.

Rätin Carole Marx weist darauf hin, dass normalerweise ein Flyer in der Schule verteilt werde, wenn diese Aktivitäten von SICONA-WESTEN seien. Letztes Mal habe sie aber festgestellt, dass der Flyer erst einen Tag vor dieser Aktivität verteilt worden sei. Da müsse man sich aber anmelden und eine Reihe Kinder hätten überhaupt keinen Flyer erhalten. Da ihre Kinder in der Schule seien, wolle sie wissen, wie das normalerweise verlaufe.

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, dass das normalerweise gut verlaufe, aber hier sei dann wohl etwas schief gelaufen. Die Gemeindedienste könnten diese Flyer immer erst in der Schule verteilen, wenn sie die von SICONA-WESTEN erhalten haben. Es sei bedauerlich, wenn das erst am Tag vor der Aktivität komme. Man habe ihnen das auch gesagt und sie hätten versprochen, dass das in Zukunft nicht mehr vorkomme.

Er müsse aber sagen, dass das in der Vergangenheit immer beizeiten vorhanden war.

Schöffin Viviane Biasini weist darauf hin, dass die Daten dieser Veranstaltungen auch immer schon lange vorher bekannt seien.

Bürgermeister Henri Haine fügt dem hinzu, dass die eigentlich immer in den außerschulischen Aktivitäten des Ministeriums stehen würden. Im Prinzip seien die Lehrpersonen beizeiten darüber informiert. Die Eltern vielleicht nicht so, weil die diese Angelegenheiten nicht so lesen und deshalb werde dieser Flyer noch zusätzlich an die Eltern verteilt. Normalerweise müsste das auch beizeiten geschehen. Es sei ganz klar, dass da etwas schief gelaufen sei.

Rat André Theisen tut dar, es sei wie Bürgermeister Haine gesagt habe, dass dieses Programm des SICONA jedes Jahr hier auf den Tisch des Hauses komme. Er müsse hier ein paar Worte sagen. Es seien ein paar Mitglieder des Gemeinderates mit dem Herrn Bürgermeister dabei gewesen, als der Herr Staatssekretär Camille Gira den Standort im Wald in „Wuedert“ seiner Bestimmung übergeben habe. Man konnte sich davon überzeugen, welchen Spaß die Schulkinder in der freien Natur hatten.

Bürgermeister Henri Haine flucht ein, die Erwachsenen auch.

Rat André Theisen stimmt dem zu, denn Bürgermeister Haine sei auch dabei gewesen. Pädagogisch sei es sicherlich eine Bereicherung, um die Natur kennenzulernen und darüber hinaus zu respektieren. Er möchte wissen, weshalb die Gemeinde nicht den Weg einer Waldkrippe beschreite oder einer Waldschule wie in der Nachbargemeinde. Die „Mise en oeuvre en faveur de la biodiversité en Milieu urbain“, Fledermäuse, Eulen, usw. also. Bürgermeister Haine habe gesagt, die würden ... denn normalerweise sei „Milieu urbain“ in der Ortschaft. Da laute seine Frage folgendermaßen; er wolle wissen, wie diese Maßnahmen konkret aussehen.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, welche Maßnahmen er meine.

Rat André Theisen erklärt, es würden Maßnahmen getroffen, um zu prüfen wie die Fledermäuse, die Eulen, usw. Es würden Maßnahmen getroffen „en faveur“, so stehe nämlich im Text „Mesure concrète en faveur de la biodiversité en Milieu urbain“. Das sei das, was er nicht verstehe, denn „Milieu urbain“... Wenn das jetzt irgendwo anders bei den Stollen sei, sei das etwas anderes; das sei zu verstehen, aber „Milieu urbain“; deshalb stelle er seine Frage, und er wolle wissen, wie das konkret aussehe.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass die Stollen hier im Perimeter im Prinzip zum „Milieu urbain“ gehörten. Unter „Milieu urbain“ verstehe man seiner Meinung nach, wenn es nicht gerade ein Dorf sei, wo dann dahinter riesige Flächen seien. „Milieu urbain“ sei aber auch bei Standorten, wo Privat-

leute merkten, dass dort eine Brutstätte von solchen Tieren sei. Dann würden die Fachleute von SICONA zu den Leuten gehen und informierten die Leute darüber und sie würden auch mit den Leuten reden, um eben diesen „Suivi scientifique“ machen zu können, respektive auch, dass versucht werde, diesen Platz so zu erhalten, selbstverständlich nur dort, wo das möglich sei. Wenn das jetzt mitten in einem Haus sei, sei das wahrscheinlich etwas komplizierter. Mit den Schwalben verhalte sich das doch auch ähnlich. Seinerzeit konnten die Schwalben ja auch überall ihre Nester machen. Da habe es auch mehr Schwalben gegeben. Dann hätten die Leute die Nester immer mit einem Besenstiel kaputtgemacht. Heute werde mit den Leuten geredet und es werde versucht zu helfen, was man da machen könne. Hier am Gemeindehaus habe man doch auch diese Vorrichtungen angebracht, um es den Schwalben zu erleichtern, ihre Nester da zu bauen. Leider gebe es heute nicht mehr allzu viele Schwalben. Deshalb sehe man das auch nicht mehr allzu oft. Bei den Fledermäusen sei es ähnlich. Da werde eben mit den Privatleuten geredet, um zu prüfen, was man da unternehmen könne. Wenn das an einer Stelle sei, wo es nicht viel störe; man müsse ja auch wissen, dass diese Fledermäuse auch viel Dreck hinterlassen. Das sei nicht immer sehr angenehm. Zum „Milieu urbain“ gehörten auch unsere Kalköfen. Die würden mitten im „Milieu urbain“ liegen und da wisse man, dass dort immer Fledermäuse seien. Im Augenblick gebe es da bekanntlich kein Problem, weil man selber nichts da unternehme, aus dem einfachen Grunde, dass sie so auch immer weiter bestehen bleiben könnten. Wenn einmal etwas anderes dort geschehen würde, müsste man in dem Kontext versuchen, diese Fledermäuse zu schützen, damit dieser Platz auch weiterhin so für sie erhalten bleibe. Bei den Grubenstollen sei das auch immer ähnlich gewesen. Da sei doch immer versucht worden, den Eingang zum Stollen so zu gestalten - einerseits sei immer gesagt worden, man müsste die Eingänge der Stollen schließen, andererseits sei gesagt worden - dass man den Fledermäusen aber eine Möglichkeit lassen müsste, um in den Stollen zu kommen. Deshalb werde dann bei den Stolleneingängen immer oben offen gelassen, ohne dass aber im Prinzip ein Mensch da einsteigen könnte.

Was die Waldschule anbelange, sei das ein guter Vorschlag, aber mit einer Waldkrippe müsse man immer eine Stelle haben, wo man das machen könne und dann müssten selbstverständlich auch die nötigen Infrastrukturen und Verteilernetze vorhanden sein. In Esch sei das eine andere Lage.

Rat André Theisen flucht ein, in Kayl/Tetingen sei es auch.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, die Kayl/Tetinger seien das gewohnt. Das sei alles immer gut, aber das sehe man dann im Rahmen des Budgets. Unsere Schulkinder seien auf jeden Fall oft im Wald und man habe hier in Rümelingen den Vorteil, dass man rundherum Wald habe und dann brauche man nicht noch extra etwas im Wald zu bauen. Man habe doch jetzt den Förster gerade hier, der wisse das auch. Falls keine Anmerkungen mehr vorliegen, könne man sofort zur Abstimmung übergehen.

**** Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat dieses Programm des SICONA-WESTEN für das Geschäftsjahr 2016.**

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung der rektifizierten Schulorganisation der UGDA-Musikschule für das Schuljahr 2015/2016 mit der diesbezüglichen Konvention; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 10 Stimmen, Rat Jean Copette hat den Saal verlassen) genehmigt der Gemeinderat diese rektifizierte Schulorganisation sowie die diesbezügliche Konvention betreffend die UGDA-Musikschule.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man nur noch ein Dossier zu behandeln habe, ehe man zum Forstwirtschaftsplan komme. Das sei die rektifizierte Schulorganisation der UGDA-Musikschule für das Schuljahr 2015/2016. Da gebe es keinen allzu großen Unterschied zu der provisorischen Schulorganisation, die man hier hatte. Die Ausgabe sei von 106.477,81 Euro in der provisorischen Schulorganisation auf nunmehr 104.163,07 Euro in der vorliegenden rektifizierten Schulorganisation gesunken. Mehr habe er jetzt nicht dazu zu sagen. Das sei ja auch ein Punkt, der regelmäßig wiederkomme. Er würde vorschlagen, dass man das so abstimme.

Rat André Theisen möchte etwas dazu sagen. Die definitive Schulorganisation der UGDA werde heute votiert. In der Musiklehre seien 26 Schüler eingeschrieben gewesen und jetzt seien es nur noch 21. Zu begrüßen sei aber, dass in der Instrumentenlehre die Schülerzahl von 24 auf 29 gestiegen sei. Da könne man aber auch lesen, und deshalb seine Frage, wie das möglich sei, dass Kurse im „Kinneksbond“ in Mamer abgehalten werden, und zwar von Madame Bourgois Françoise. Es sei auch zu bedauern, dass die „Chorale Heemecht“ in den vergangenen Jahren nicht den nötigen Zustrom hatte, und dass sie mangels Sänger im Augenblick nicht mehr aktiv sein könne. Man hatte sich bei der UGDA-Musikschule erwartet, dass mehr Leute unseren Gesang- und Musikvereinen beitreten würden.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Zusätzlich sei ja auch, wie man letztthin gesehen habe in Zusammenarbeit mit der „Maison relais“ und auch auf Initiative hin des Präsidenten des Schulkomitees beschlossen worden, die Musiklehre in der „Maison relais“ abzuhalten, wo man hoffe, besser an die jungen Schüler heranzukommen. Was die Angelegenheit mit Mamer anbelange, sei das seiner Meinung nach für eine Person, die in der „Harmonie municipale“ sei. Ihr würde das entgegenkommen, wenn man das so organisieren könnte und die Dame, die die Kurse halte, habe das auch nicht gestört.

Rat Kevin Zeches meint, dass das doch auch kein Problem sei, wenn das so funktioniere.

Bürgermeister Henri Haine lässt sich von Rat Kevin Zeches bestätigen, dass diese Person hier im Musikverein sei. Damit diese Person dem Verein erhalten bleibe und, wenn er richtig verstanden habe, benötige diese Person diese Ausbildung, habe man beschlossen, dass das für den Schöffenrat in Ordnung sei. Die Kosten seien deshalb nicht höher, es sei einfach nur eine Annexe unserer Musikschule in Mamer.

Rat Jean Copette tut dar, er habe nur eine kleine Anmerkung. Er finde es wirklich sehr gut, dass diese Kurse auch in der „Maison relais“ gehalten werden, denn dahin kämen ja auch kleine Kinder. Dann habe er noch eine andere Frage. Die Kinder, die jetzt im Lyzeum seien, also nicht mehr hier in Rümelingen in der Grundschule seien, hätten nicht die Möglichkeit in diese UGDA-Musikschule zu gehen. Da müsste man vielleicht versuchen, die Kurse etwas später abzuhalten oder andere Kurse zu organisieren. Diese Kurse hier würden um 14.00 Uhr beginnen und die meisten Kinder hätten Schule bis 14.30 Uhr, dort wo „Cours aménagé“ sei.

Bürgermeister Henri Haine erwidert ihm, dass es da beginne, kompliziert zu werden. Diese Diskussion sei jedes Jahr im Rahmen der UGDA-Musikschule, wo der Direktor der Musikschule und auch der Schöffenrat der Meinung seien, ... Also man biete hier etwas an für viele Leute und man hoffe auch, dass deren viele kommen, aber man könne nicht für jeden ein spezielles Programm aufstellen, so dass es dem Einzelnen auch gehe. Das Problem mit den etwas Größeren sei, dass das den Kleinen wieder nicht passe und die Kleinen könne man auch nicht abends spät irgendwo hin schicken, und so weiter und so fort. Die Großen wüssten sich aber anders zu helfen. Er meine, es sei dann auch wieder von Lyzeum zu Lyzeum verschieden. Seine Tochter sei in der gleichen Lage und die gehe auch noch nach Luxemburg ins Konservatorium. Die müsse sich auch irgendwie durchschlagen. Es sei klar, dass es schwer sei, aber der Schöffenrat habe eben dann im Einklang mit der UGDA so entschieden. In anderen Musikschulen sei es eigentlich auch so, dass man es bei diesen Zeiten belassen wolle, denn die Leute, die in die UGDA-Musikschule käme, arrangiere das so. Daneben müsste man ja auch noch mit dem Lehrpersonal übereinkommen. Die seien von der UGDA beschäftigt, was dann auch wiederum kompliziert werde, weil die alle selber auch in den Konservatorien arbeiteten. Das sei nicht immer sehr einfach, das alles so zu arrangieren.

Rat Jean Copette findet das ein bisschen schade, denn dann könnte man vielleicht doch etwas mehr Schüler bekommen. Andernfalls müssten die in eine andere Musikschule gehen, aber da sei für verschiedene der Kostenpunkt anders als wenn sie hier in die Musikschule gehen könnten. Man könne doch auch eine Hilfe anbieten, das müsse nicht für jeden sein. Es gebe Leute, die könnten sich das leisten, andere könnten sich das nicht leisten. Es sei schön, wenn eine Musikschule in der Ortschaft sei. Diese Kosten kämen nicht hinzu.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass das nicht so einfach zu organisieren sei und wie gesagt, für jeden einzelnen privat das zu organisieren, könne man nicht machen, denn dann beginne es auszuarten und zu teuer zu werden. Dann sei es keine lokale UGDA-Musikschule mehr. Diese Diskussionen führe man doch auch mit der Kommission und man komme immer wieder auf das Gleiche dabei heraus.

Rat Gérard Jeitz weist darauf hin, dass man auch nicht wisse, ob man dadurch mehr Schüler habe. Man wisse nicht, ob man auf der anderen Seite Schüler verliere, die dann nicht mehr kämen.

Rätin Carole Marx fügt dem hinzu, dass der Schüler dabei auch noch in einem hiesigen Musikverein sein müsse.

Rat Edmond Peiffer erklärt, die KP finde, dass 104.000 Euro natürlich ein hoher Beitrag sei, aber es sei eine gute Investition für die Rümelingen Musikvereine was die Musikschule anbelange.

Bürgermeister Henri Haine findet das eine gute Anmerkung. Effektiv habe man diese Diskussion bereits in der Vergangenheit geführt. Es sei wohl eine große Ausgabe, aber es sei eine Ausgabe für Kultur und Musik. Auch wenn man in schwierigen Situationen die beiden Enden nicht immer richtig zusammen-

bekomme, könne man nicht immer gleich hier mit dem Sparen anfangen. Er denke, es sei auch ein gewisser Vorteil für unsere „Harmonie municipale“ vorhanden. Man hoffe, dass das ihr in Zukunft auch immer etwas bringe. Wenn man feststelle, dass dem einmal nicht mehr so sei, dann müsste man umdenken, dann müsse man das prüfen. Er wolle aber auch sagen, dass man rund ein Drittel der Ausgabe vom Staat zurückbekomme, über das Kulturministerium und noch ein anderes Ministerium; es seien auf jeden Fall 2 Ministerien.

**** Einstimmig (mit 10 Stimmen, Rat Jean Copette hat den Saal verlassen) genehmigt der Gemeinderat diese rektifizierte Schulorganisation sowie die diesbezügliche Konvention betreffend die UGDA-Musikschule.**

PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung des Forstwirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2016; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat diesen Forstwirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016.

	Löhne	Rechnungen	Investitionen	Einnahmen
1. Naturschutz auf offenen Flächen	3.000,00.-		3.000,00.-	500,00.-
2. Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der Wälder	21.250,00.-	30.000,00.-	51.250,00.-	56.625,00.-
3. Schutz der zynegetischen Ressourcen und der Wildfauna	500,00.-		500,00.-	1.400,00.-
4. Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit	3.500,00.-	3.500,00.-	7.000,00.-	
5. Überwachung und Polizei				
6. Logistik	4.750,00.-	21.000,00.-	25.750,00.-	
7. Dienste an Drittpersonen	1.500,00.-		1.500,00.-	
8. Personalleitung	10.500,00.-	500,00.-	11.000,00.-	
TOTAL	45.000,00.-	55.000,00.-	100.000,00.-	58.525,00.-

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine lädt den Förster dazu ein, den großen Saal zu verlassen, damit er nicht noch einmal verheiratet werde und hier am Tische Platz zu nehmen. Wie jedes Jahr könne man den Förster Dan Sannipola hier herzlich begrüßen.

Bürgermeister Henri Haine fragt, ob er Sannipola gesagt habe, selbstverständlich sei es Sannipoli. Er wolle ihn herzlich hier begrüßen, um dem Gemeinderat den Forstwirtschaftsplan für 2016 vorzustellen. Er selber wolle kurz auf die oben stehende Tabelle der Ausgaben und Einnahmen auf der 2. Seite im Forstwirtschaftsplan eingehen.

Auf der Ausgabenseite habe man einen Betrag in Höhe von 100.000 Euro, dem 58.525 Euro an Einnahmen gegenüberstehen. Man wisse, dass die Forstwirtschaft immer mit Kosten

verbunden sei. Es sei doch aber im Interesse der Natur und der Wälder, für die diese Arbeiten ausgeführt werden und deshalb gebe er dann auch sofort dem Förster das Wort, um dem Gemeinderat die notwendigen Erklärungen zu geben.

Förster Dan Sannipoli dankt ihm und begrüßt alle Ratsmitglieder. Er wolle gleich mit der 2. Seite des Forstwirtschaftsplanes beginnen. Bürgermeister Haine habe es bereits gesagt. Man habe Ausgaben in Höhe von 100.000 Euro gegenüber 58.525 Euro an Einnahmen. Das hänge immer ein wenig davon ab, wie der Holzpreis evolviere. Das seien immer nur Schätzungen und deshalb könne man die Einnahmen nicht genau festlegen. Wie all diese Beträge zustande kommen, sehe man nunmehr im Detail. Auf der 2. Seite sehe man das. Das hatte er den Ratsmitgliedern bereits im vergangenen Jahr erklärt. Der Plan sei seit 2 Jahren etwas anders aufgestellt.

Auf der ersten Seite sehe man hier „Protection de la Nature en milieu ouvert“. Das sei nichts anderes als Naturschutz auf offenen Flächen, d. h. nicht im Walde. Das seien Areale wie der „Hutberg“, der „Lannebiert“, „Wanterfeld“. Hauptsächlich hier im Süden seien das alte Tagebaugelände der ARBED, die jetzt der Gemeinde gehörten, wo auch ein bisschen Naturschutz

gemacht werden müsse. Da habe man dann auch wie jedes Jahr „Enlèvement des déchets“, d. h. Dreck einsammeln; man habe den „Fauchage extensif“ an den Wegen und Pfaden entlang. Man habe auch ein Areal, wo man effektiv einen Trockenrasen mähe oder besser gesagt entbüsche. Dafür gebe es auch einen Zuschuss; da lege der Staat die Hälfte hinzu. Wie gesagt, man solle auch immer ein wenig den Unterhalt von Biotopen an die Gemeinde weiterreichen. Das meiste, das man hier im Süden mache, und das sei besonders auf großen Flächen wie d'„Léiffrächen“, den Hirten mit den Schafen diese Flächen zu überlassen. Das werde vom Staat bezahlt. Bei kleineren Angelegenheiten habe man vom Ministerium ans Herz gelegt bekommen, dass die Gemeinden hier einen kleinen Beitrag leisten. Er habe dafür hier im Budget 1.000 Euro eingesetzt. Die Gemeinde bekomme 500 Euro vom Ministerium zurück. Das sei jetzt nicht dramatisch.

Dann komme man auf die 2. Seite des Forstwirtschaftsplanes. Das sei dort, wo das meiste Geld ausgegeben werde, aber wo auch gleichzeitig Gelder eingenommen werden. Jeder habe so einen Plan, den er der Gemeindesekretärin geschickt hatte, der Aufschluss darüber gebe, wo die Holzfällungen 2016 stattfinden.

map.geoportal.lu

Le géoportail officiel du Grand-Duché de Luxembourg

Coupe de bois 2016



www.geoportal.lu est un portail d'accès aux informations géolocalisées, données et services qui sont mis à disposition par les administrations publiques luxembourgeoises.
Responsabilité: Malgré la grande attention qu'elles portent à la justesse des informations diffusées sur ce site, les autorités ne peuvent endosser aucune responsabilité quant à la fiabilité, à l'exactitude, à l'actualité, à la stabilité et à l'intégrité de ces informations. Information dépourvue de loi publique.
Droits d'auteur: Administration du Cadastre et de la Topographie. http://wiki.geoportal.lu/doku.php?id=rmag_1

Echelle approximative 1:15,000

0 100 200 300m



In „Eechels“ mache man eine Holzfällung von Fichten. Für diese Holzfällung brauche man kein Geld einzusetzen, denn die verkaufe man „auf dem Fuß“, d. h. der Händler der dieses Holz kaufe, zahle einen Preis, aber der müsse die Bäume selber fällen und auch aus dem Wald transportieren, natürlich aber unter der Aufsicht der Forstverwaltung, damit das auch ordnungsgemäß verlaufe.

Der 2. Punkt seien die Buchen. Das seien Buchenstämme. Da würden 60 Kubikmeter verkauft. Da sei doch auch in letzter Zeit eine Polemik gewesen, dass der „Mouvement écologique“ gesagt habe, die würden alle nach China gehen. Es seien die französischen, belgischen und luxemburgischen Händler - letztere zwar seltener - die dieses Holz kauften. Man könne nicht zu denen sagen, sie dürften das Holz nicht weiter nach China verkaufen. Das sei doch aber klar. Aber er gebe jetzt nur ein Beispiel: Wenn die Chinesen wie letztes Jahr sagten, sie würden 100 Euro geben, wogegen jemand, der nur auf dem europäischen Markt aktiv sei, höchstens 60 oder 70 Euro geben könnte. Die Gemeinde könnte zwar sagen, sie verkaufe ihr Holz nicht gerne nach China, aber die Gemeinde könne das sehr schwer weiterverfolgen, wohin das Holz schlussendlich gehe. Sie könne höchstens sagen, dass sie ihr Holz selber verarbeite und es für die Holzhackschnitzelanlage verwende, aber das sei nicht gerade die ethische Art, dieses Holz dafür zu verwenden. Es sei auch nicht so viel Holz, um das es sich hier handele. Das seien 60 Kubikmeter auf insgesamt 580 Kubikmeter Holz. Er meine, das seien „Filet“-Stücke und da müsse man versuchen, den besten Preis dafür herauszuschlagen. Wenn das nun nach China gehe, komme es mit dem Schiff als Möbel wieder.

Bürgermeister Henri Haine flicht ein, das seien hochwertige Produkte.

Förster Dan Sannipoli meint, dem sei nun einmal so und daran könne man nichts ändern.

Rat Gérard Jeitz schlägt vor, das Holz mit einem roten Punkt zu markieren. Dann sehe man das hernach.

Rat André Theisen flicht ein, „Pour les besoins du propriétaire“.

Förster Dan Sannipoli fährt weiter, dass in der Reihe genau darunter 20 Kubikmeter Eichen figurierten. In den vergangenen Jahren habe man die Eichen nicht mehr verkauft. Man habe sie für die Gemeinde zum Sägewerk gefahren, wo sie geschnitten wurden und dieses Holz wurde hauptsächlich vom C.I.G.L. verarbeitet. Dann habe man unter Punkt 10 eine Holzfällung in „Zouschlag“. Das sei die gleiche Holzfällung und das betreffe das Holz oberhalb des Stammes, das zu Holzhackschnitzel für die Heizung der Schule oder zu Brennholz für die Leute verarbeitet werde. Etwas darunter habe man noch eine Holzfällung in „Welteschgrond“. Das sei etwas besseres Holz, um als Brennholz zu verwenden. Das gehe auch schneller und sei auch etwas mehr rentabel. Vergessen dürfe man nicht, dass davon 50 Kubikmeter an die Papierfabrik gehen. Das sei die

einzig große Fabrik, die man hier im nahen Ausland habe und die brauche auch immer Holz. Es wäre nicht gut, wenn man die fallen lassen würde, denn wenn man die einmal nicht mehr habe und man habe Holz zu viel - er meine jetzt nicht nur die Rümelingen Gemeinde, sondern das ganze Land - dann sähe es sehr schlecht aus. Die zahlten nämlich einen relativ guten Preis und deshalb müsse man auch immer zusehen, denen einen kleinen Teil des großen Haufens zukommen zu lassen.

Rat André Theisen möchte wissen, ob in „Welteschgrond“ nicht der größte Teil Birken seien.

Förster Dan Sannipoli stimmt dem zu, aber das sei nur im vorderen Teil zur Straße hin, aber hinten sei das nicht mehr der Fall. Aber das, was Rat Theisen da erwähne, betreffe hauptsächlich die ARBED-Wälder. Im Gemeindewald, der oberhalb des neuen Weges Richtung Esch liege, würden hauptsächlich Buchen stehen. Die letzte Fällung sei in „Héising“. Das sei AF = „autres feuillus“ (andere Laubbäume), das seien hauptsächlich Ahorn, Eschen; darin seien auch Buchen enthalten, es sei ein wenig gemischt. Das sei kleineres Holz. Das sei auch optimal für die Schredder, mit denen sie zu Holzhackschnitzel verarbeitet werden.

Auf der nächsten Seite des Forstplanes finde man die Infrastrukturen wieder. Das seien hauptsächlich die Wege, vor allem die befahrbaren Wege. Da müsse man dann auch immer zusehen falls dürre Bäume an den Wegen entlang stehen, dass man die entferne, dass hängende Äste beseitigt werden. Dafür habe er einen kleinen Kredit vorgesehen. Daneben habe man den Unterhalt der Waldwege und den „Fauchage extensif“. d. h. an den Wegen entlang mähen. Man mähe da nicht intensiv, sondern ziemlich spät, so spät wie möglich und nicht zu oft. Die breiten Wege seien breit genug, auch wenn auf den Seiten das Unkraut ein wenig bis in den Weg wachse. Man könne aber noch immer da wandern, das sei kein Problem.

Auf der nachfolgenden Seite habe man den Schutz der Biotope. Das sei auch wieder so ein Punkt, wo die Forstverwaltung sage, die Gemeinden sollten sich auch immer ein wenig um den Unterhalt der Biotope kümmern. Das sei hauptsächlich der Aspekt des toten Holzes. Dafür habe er einen kleinen Kredit vorgesehen. Da handele es sich hauptsächlich um Folgendes: Das tote Holz stehe da, aber wenn es entlang der Wege stehe und gefährlich werde, werde das auch entfernt, aber man lasse dieses tote Holz liegen, damit es dort faulen könne. Da bekomme man auch vom Staat einen Zuschuss von 50%. Dies seien also die Biotope im Wald und auf der ersten Seite hatte man die Biotope außerhalb des Waldes.

Dann habe man auch wiederum einen Kredit vorgesehen, um die Abfälle im Walde einzusammeln. Er wisse zwar nicht, weshalb hier die „clématites“ stehen. Die seien wohl im PC-Programm etwas verrutscht, denn die sollten auf der nächsten Seite bei den Kulturarbeiten stehen. Man sammle nämlich keine Klematis als Abfall ein.

Auf der nächsten Seite habe man also die Kulturarbeiten, die hauptsächlich in den jüngeren Wäldern gemacht werden. Da habe man unter dem ersten Punkt „Élimination rémanente“. Das sei nichts anderes, als dass man dort nach den Holzfällungen Äste, die in die jungen Pflanzen gefallen seien, entferne, ansonsten das diese Pflanzen am Wachstum hemme. Da habe er Gott sei Dank nicht viel eingesetzt, denn wenn man das richtig säubern würde, würde das weitaus teurer kosten. Glücklicherweise gebe es noch immer viele Privatleute, die sich Holz machen. Er zeige ihnen dann die Stelle und sie würden dann hier die Äste mitnehmen. Hier in Rümelingen habe man immerhin noch ein Dutzend Leute, die das machten.

Der zweite Punkt auf dieser Seite sei die Naturverjüngung und hier müssten dann die „clématites“ hinten stehen. Hier gehe es vor allem darum, dieses „Päifegras“, d. h. die Klematis, durchzuschneiden, damit die Pflanzen nicht nach unten gezogen werden.

Unter dem nächsten Punkt habe man die Läuterungen. Das sei eher im Stangenholz mit einem Durchmesser von 10 Zentimetern und einer Höhe von 5 bis 8 Metern. Da müsse man das nicht so wertvolle Holz entfernen, um die schönen Pflanzen zu fördern.

Unter „Lisières forestières“ verstehe man eigentlich die Wald-ränder. Die sollten auch immer unterhalten werden, denn da reklamierten oft Bauern, dass der Wald zu weit ins Feld hinein wachse, so dass man dort auch manchmal daran arbeiten müsse.

Die nächste Seite des Forstplanes habe mit der Jagd zu tun. Da bekomme die Gemeinde vom Jagdpächter eine Dotation von ± 1.400 Euro. Der andere Punkt auf dieser Seite betreffe die Weisergatter. Er glaube, das im vergangenen Jahr erklärt zu haben. Ein Weisergatter sei nichts anderes als eine Parzelle von 12 auf 12 Meter im Walde, die mit Draht abgegrenzt sei, damit das Wild nicht hierhin komme. Daneben habe man nochmals eine gleichgroße Fläche, die offen sei und nur mit Eckpfeilern versehen sei. Nach einer gewissen Zeit sehe man, ob es da einen Unterschied beim Gedeihen gebe oder nicht. Es gehe hauptsächlich darum festzustellen, ob viele Rehe da sind, es gehe nicht um die Wildschweine, denn die würden keine Pflanzen fressen. Damit könne man genau feststellen, wie die Wilddichte in unseren Wäldern sei. Wenn im Weisergatter die Pflanzen eine gewisse Höhe haben und in der Parzelle daneben mit den Eckpfeilern keine Pflanzen stehen, habe man ein Problem. Dann sei die Wilddichte zu hoch und dann müsse man den Jäger anweisen, mehr zu schießen. Dies sei eine Verpflichtung des FSC, von der Zertifizierung des Waldes, die besage, dass auf je 100 ha ein solches Weisergatter stehen müsse. Deshalb habe man das auch damals angelegt. Hier in Rümelingen brauche man keine Angst zu haben, zum ersten weil man hier einen Jäger habe, der ziemlich rege sei und zum zweiten, weil man hier sehr fruchtbare kalkhaltige Waldböden habe. Der Pflanzenwuchs sei so stark, dass die Rehe dem nicht nachkämen. Das bedeute, dass der Wald sich durch-

setzen würde, auch wenn hier doppelt so viele Rehe wären. Wenn man dagegen schwerere Böden habe wie in Monnerich oder Bascharage, wo die Pflanzen sich schwer täten, aus dem Boden zu kommen und auch nicht so schnell wachsen würden, hätte man keine Chance, denn da würde alles abgebissen. Wie gesagt, dieses Problem kenne man nicht hier in Rümelingen, aber dieses Anlegen und Unterhalten der Weisergatter sei eine Verpflichtung durch den FSC.

Auf der Seite danach finde man den Aspekt der Sensibilisierung und Information der Bürger. Da habe man 2 Angelegenheiten: einerseits die Aktivitäten, die „Manifestations de sensibilisation“. Das hatte man bekanntlich in diesem Jahr im Juni einmal samstags auf dem Hutberg, wo die Leute das besuchen konnten. Es wäre schön, wenn man das wiederholen könnte. Es seien ziemlich viele Leute an diesem Tag vor Ort gewesen. Die zweite Angelegenheit betreffe hauptsächlich die pädagogischen Aktivitäten mit den Schulkindern. Da hatte er auch einen Tag in der Natur mit den Spielschulen. Das sei im Juli gewesen. Damals beteiligten sich 10 Spielschulklassen und da hatte man über den ganzen Tag eine Art Rallye „A Wuedert“ veranstaltet.

Auf der nächsten Seite habe man die Infrastruktur, die Installation der didaktischen und rekreativen Infrastruktur. Da habe man die Angelegenheiten, die man benötige wie die kleinen Hütten oder Tipis, die man für die Schulen und Spielschulen mit den Feuerstellen errichte. Die müssten auch manchmal erneuert werden, weil das Holz faule. Auch Bänke errichte man und er müsse sagen, dass man da auch sehr viel mit dem CIGL zusammen arbeite.

Auf der nachfolgenden Seite habe man den Aspekt Überwachung und Polizei. Wie man sehe könne, sei da kein Kredit vorgesehen, weil man das selber mache. Die Gemeinde brauche das nicht über den Forstplan zu bezahlen. Das sei hauptsächlich seine Mission als Förster und er werde über einen anderen Kredit vom Staat bezahlt. Deshalb stehe auch kein Betrag in diesem Forstplan.

Auf der nächsten Seite finde man die Logistik. Dabei gehe es an sich hauptsächlich um „Aménagement et entretien bâtiment“. Das sei da oben auf Hutberg. Diejenigen, die da oben waren, haben sehen können, wie schön man das da oben eingerichtet habe. Im Augenblick sei man dabei, zusammen mit dem CIGL, diese „Maison de ville“, die man damals vom „Lallénger Bësch“ herüber bekommen habe, fertig zu machen. Den letzten Informationen nach, die er habe, müsste das Dach jetzt drauf sein und auch im ersten Stockwerk unten seien die Mauern darin. Es sei bekanntlich vorgesehen, dass der CIGL sein Magazin und seine Holzwerkstatt dort unterbringen könne. CIGL solle diese Einrichtung nutzen können.

Als zweiten Punkt habe man hier „Achat/entretien charroi“. Das seien die Traktoren, der Teleskop, all das Geschirr, das man benötige, um im Walde zu arbeiten. Da sei dem so: das meiste laufe über „Leasing“. Man habe hier 4 Eigentümer, den Staat

und die Gemeinden Rümelingen, Kayl und Schiffingen. Da habe er das schön sauber durch 4 geteilt und da lege jeder seinen Anteil zu dem Betrag hinzu, der jedes Jahr benötigt werde, um diese Maschinen zu finanzieren. Daneben habe man ein wenig Handwerksgeschirr, das man benötige, sowie „Fournitures“ (Schrauben, Winkelleisen, usw.) Dann habe man noch Ausgaben in Höhe von 1.500 Euro in der Werkstatt, wenn da etwas repariert werden müsse.

Auf der nächsten Seite finde man Punkt 7 „Service au tiers“. Das sei, wenn man Arbeiten für die Gemeindedienste wie „Voirie“ oder „Jardinage“ ausführe, wo man ihnen zu Hilfe komme. Dies habe nichts mit dem Walde zu tun. Er gebe da 2 Beispiele: Letzte Woche sei er mit Guy und dem technischen Dienst auf Steinberg gewesen. Da hatten Leute beanstandet, dass Bäume über ihre Häuser wachsen. Der Steinberg gehöre zum Park und das habe nicht unbedingt etwas mit dem Wald zu tun. Aber angesichts der Tatsache, dass die Gemeinde frage, ob man mithilfe, mache man das natürlich gerne. Ein anderes Beispiel sei die „Rue haute“. Er selber würde nicht gerne da wohnen wollen.

Das sei sehr oft der Fall, denn man arbeite viel mit der Gärtnerei zusammen und auch mit dem Straßendienst. Dafür sei dieser Kredit vorgesehen. Wenn das in der „Rue haute“ einmal gerutscht oder gefallen komme, das sei der reine Wahnsinn. Steinberg versuche man noch im Dezember zu machen und die „Rue haute“ plane man für Anfang 2016. Am Anfang sehe das wahrscheinlich etwas nackt da aus. Es sei radikal, was man da mache, aber nach 2 Jahren sei das mit diesen Böden wieder zugewachsen. Dann seien die Leute ruhig und da entstehe dann eine andere Lebensqualität. Da komme dann Licht

hin und man brauche nicht zu befürchten, dass im Falle eines Sturmes alles runterkomme. Wie gesagt, deshalb habe man diesen Punkt im Forstplan vorgesehen, wenn man halt mal den Gemeindediensten helfe. Dann solle das auch hier aufgelistet werden, weil das nicht sofort etwas mit dem Wald zu tun habe.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob 1.500 Euro ausreichen.

Förster Dan Sannipoli stimmt seinen Bedenken zu, aber dem sei so gewesen. Er hatte den Forstplan bereits fertiggestellt und da habe man ihm erst mitgeteilt, er solle die Lage in der „Rue haute“ in Augenschein nehmen. Für den Steinberg reiche dieser Kredit, aber für die „Rue haute“ sicherlich nicht. Das sei aber nicht weiter schlimm, denn hier handele es sich doch hauptsächlich um Löhne und den diesbezüglichen Kredit könne man immer noch etwas erhöhen, falls es dort ein Problem geben sollte. Material brauche man da nicht sehr viel. Die Traktoren würden sowieso laufen. Für diese Arbeiten stelle er doch nur seine Leute zur Verfügung mit dem Arbeitsgerät, das sowieso hier im Forstplan enthalten sei.

Schöffe Guy Kirsch möchte als Information einflechten, dass das Holz auf der Stelle zerkleinert und sofort gehäckselt werde.

Förster Dan Sannipoli stimmt dem zu und geht dann zur letzten Seite des Forstplanes über. Das sei sonst nichts als eine Zusammenfassung der Löhne der Arbeiter. Jeder wisse, dass denen auch ein 13. Monat zustehe, sowie Urlaub und Kleidermasse. Damit sei man dann schon fast fertig. Man kehre zurück zur ersten Seite, wo man die Zusammenfassung des gesamten Forstplanes finde.

	Löhne	Rechnungen	Investitionen	Einnahmen
1. Naturschutz auf offenen Flächen	3.000,00.-		3.000,00.-	500,00.-
2. Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der Wälder	21.250,00.-	30.000,00.-	51.250,00.-	56.625,00.-
3. Schutz der zynegetischen Ressourcen und der Wildfauna	500,00.-		500,00.-	1.400,00.-
4. Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit	3.500,00.-	3.500,00.-	7.000,00.-	
5. Überwachung und Polizei				
6. Logistik	4.750,00.-	21.000,00.-	25.750,00.-	
7. Dienste an Drittpersonen	1.500,00.-		1.500,00.-	
8. Personalleitung	10.500,00.-	500,00.-	11.000,00.-	
TOTAL	45.000,00.-	55.000,00.-	100.000,00.-	58.525,00.-

Man habe 45.000 Euro an Löhnen, 55.000 Euro für Rechnungen, was eine Investition von 100.000 Euro ausmache. Demgegenüber habe man die Hoffnung, dass man 58.525 Euro an Einnahmen habe. Das habe man voraussichtlich einmal so eingeschätzt, denn das könnten sowohl 60.000 Euro als auch schlimmstenfalls nur 50.000 Euro sein. Darin enthalten sei auch der Preis des Holzes, wenn man das verkaufen würde, das in der Heizung benötigt werde, ansonsten wäre die Bilanz noch schlechter und deshalb setze man das aber immer mit ein. Man berechne das, als ob man dieses Holz verkaufen würde. Dadurch spare die Gemeinde doch aber viel Heizöl ein.

Unten links habe man noch eine kleine Zusammenfassung der Holzfällungen.

Synthese der Holzernten	(±)Volumen in m ³	
	Stammholz	Holzhackschnitzel
Eichen	20,00	30,00
Buchen	60,00	270,00
Andere Laubbäume	0,00	100,00
Fichten	100,00	0,00
Total	180,00	400,00

Man fälle mehr oder weniger 580 Kubikmeter Holz. Davon seien 180 Kubikmeter jene Filet-Stücke, wie man zu sagen pflege, Stammholz oder „grume“. Dabei seien auch 100 Kubikmeter Fichten, die auch ins Sägewerk gehen. Die würden im Dachgebälk verarbeitet, was an sich eine gute Angelegenheit sei, weil dieses Holz noch immer benötigt werde und der Rest, diese 400 Kubikmeter würden wie folgt aufgeteilt: der größte Teil gehe in die Heizung und dann werde auch die Papierfabrik beliefert, nicht zu vergessen sei, dass auch ein Teil davon als Brennholz für die Leute gebraucht werde. Das sei das, was er zu sagen habe und jetzt stehe er natürlich noch zur Verfügung, um etwaige Fragen zu beantworten.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm für seine aufschlussreichen Erläuterungen des Forstplanes. Vorhin hatte man noch den Plan des SICONA-Westen hier liegen. Da gebe es bekanntlich auch immer Zusammenarbeiten. Da habe man bekanntlich hier hinter dem Stadthaus diese Arbeiten mit dem AGE; da gebe es eine sehr gute Zusammenarbeit. Es sei auch schön, dass man immer mehr Aktivitäten mitentwickeln könne, im Besonderen mit den Kleinen im Wald mit dem Förster. Das sei auch eine Initiative des Försters gewesen. Das hänge auch immer viel von der Person ab, die sich da engagiere und er meine, man habe auch hier eine sehr gute Zusammenarbeit. Deshalb wolle er Förster Dan Sannipoli auch hier von Seiten der Gemeinde herzlich danken. Falls die Ratsmitglieder noch Fragen hätten, könnten sie die gerne hier stellen.

Rat André Theisen legt dar, Dan habe das so explizit gemacht, dass leider keine Fragen offen bleiben würden, aber er habe nur diese Frage. Man habe hier im Gemeinderat einen Preis vom Holz votiert. Er wolle wissen, ob der Preis des Holzes gleich bleibe oder ob da eine Änderung komme, denn er meine, der sei doch auch in diesem ganzen Dossier enthalten.

Die zweite Frage sei Folgende: Er komme jedes Jahr fast mit der gleichen Frage über die Privatwälder. In den Privatwäldern würden viele Birken stehen, das habe er vorhin doch auch gefragt. Da sei ihm geantwortet worden, dass das noch ARBED-Wald sei, heute sei es ARCELOR-MITTAL. Es sei dem doch aber so, dass der Förster... oder auch die Privatwälder, denn sonst erdrücke das doch die anderen Wälder, denn im Lande sei dem doch so, dass der größte Teil der Wälder in Privathänden sei.

Förster Dan Sannipoli erwidert, das sei halbe-halbe.

Rat André Theisen meint, dass, wenn man nicht nach dem Rechten in diesen Privatwäldern sehe, denn es seien sehr viele Wälder, die einfach „à l'abandon“ seien, wenn er sich mal so ausdrücken dürfe, und dann habe der Eigentümer, der dahinter stehe, in diesem Falle die Gemeinde, Probleme.

Eine weitere Frage betreffe den Fitness-Parcours; er wolle das mal so bezeichnen, denn er meine, es sei kein richtiger Fitness-Parcours. Wenn er sehe, was alles dadurch renne mit den „Biken“. Als Fitness-Parcours sehe er etwas anderes. Das sei eine andere Frage, aber er meine auch da müsse beständig gesäubert werden, müsse beständig in Stand gehalten werden. Das seien die Fragen, die er zu stellen habe.

Förster Dan Sannipoli bemerkt, das seien also 3 Fragen gewesen. Die erste betreffe den Holzpreis. Er sehe da jetzt nicht sofort ein Bedürfnis, um den Holzpreis, den die Privatteile bezahlten, zu erhöhen. Sicherlich, wenn man die Arbeit betrachte, die dahinter stecke, müsse man sagen, dass die Gemeinde da ein Geschenk an seine Bürger mache. Die Arbeit sei praktisch gedeckt, aber das Holz sei praktisch gratis. Der Gemeindewald sei doch aber auch der Wald der Leute, und jeder solle doch auch ein wenig davon nutzen können. Deshalb habe man das doch auch ein wenig auf 4 Ster eingeschränkt. Der Holzpreis sei einmal von seinem Vorgesetzten für den gesamten Süden festgesetzt worden. Vorher habe man von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedliche Preise gehabt und das habe sein Vorgesetzter nicht mehr gewollt. Er habe festgelegt, dass in seinem „Arrondissement“ ein einheitlicher Preis gelten solle. Das sei vor 2 Jahren so festgelegt worden und da sei auch ein Preis für den Transport festgelegt worden. Von seinem Vorgesetzten sei jetzt nichts gesagt worden, dass man das ändern sollte. Deshalb sehe er auch den Sinn nicht ein, den Holzpreis jetzt nochmals zu ändern. Wenn jetzt wirklich auf nationaler Ebene festgelegt werde, dass man das jetzt einmal erhöhen müsse, dann werde er das mitteilen, aber er würde jetzt nicht sagen, dass eine einzelne Gemeinde das ändere. Man könne natürlich tun, was man wolle. Die paar Euro, es sei doch auch ein Dienst am Bürger. Derjenige, der das nutzen wolle, könne davon profitieren. Wenn der Bürger das privat kaufe, müsse er natürlich ein paar Euro mehr geben. Allerdings sei dieses Holz auch trocken, das müsse man auch sagen. Hier aber bekomme man frisches Holz. Das müsse man wenigstens ein Jahr draußen lagern, aufs mindeste ein Jahr, und deshalb sei das dann auch etwas billiger als das vom Privathändler.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass auch heute schon im Privaten Anlagen bestehen, um das Holz zu trocknen.

Förster Dan Sannipoli antwortet, dass man das aber nicht tue. Wenn man schon Holz verkaufe, dann gehe man so vor wie bisher, dass man frisches Holz verkaufe und die Leute sollten sich dann um den Rest kümmern. Man habe doch eine Kundschaft, die sich schon ein wenig etabliert habe und bereits über Jahre hinweg, das Holz hier kaufe. Die wüsste genau, dass sie das Holz noch trocknen müsse. Am Preis würde er aber jetzt nichts ändern.

Die zweite Frage habe die Privatwälder betroffen. Hier in der Gemeinde sei es hauptsächlich noch einer, der Privatwald besitze und das sei ARBED oder ARCELOR-MITTAL. Es seien noch sehr kleine Parzellen vorhanden, aber das sei minimal. Das mache nicht einmal 2% aus. Zu ARBED sei aber Folgendes zu sagen, dass die meisten Wälder bis dato immer unterhalten wurden, d. h. die riefen die jeweiligen Förster immer an, wie ihn selber auch. Man habe immer guten Kontakt gehabt und dann sei gefragt worden, was dort zu machen sei. Man habe Aufschluss darüber gegeben und dann habe ARBED diese Arbeiten auch machen lassen. Jetzt müsse er allerdings sagen, dass sie seit 2 oder 3 Jahren den Dienst ihres Eigentumsbereichs abgebaut haben. Da laufe jetzt nicht mehr viel. Er müsse aber sagen, wenn dort Angelegenheiten seien und er sie darüber benachrichtige, würden sie ihm auftragen nach dem Rechten zu sehen. Es sei dem aber nicht mehr so, dass sie noch viel in ihren Wäldern machten. Er müsse allerdings sagen, dass das nicht schlimm sei, denn man habe auch hier oben „op der Haard“ beim Steinbruch der Firma Poeckes in Tetingen als Staat 300 ha Wald, wo man gesagt habe, dass man nichts mehr darin arbeite. Das sei Naturwaldzelle - „Aire à vie - Réserve forestière intégrale“ - d. h. darin werde gar nichts mehr gearbeitet. Nur an den Wegen entlang werde für die Sicherheit gesorgt und ansonsten könne der Wald evolvieren wie er wolle. Deshalb könne man jetzt sehr schlecht Privatbesitzern auftragen, sie müssten in ihren Wäldern arbeiten. Da geschehe auch nichts.

Rat André Theisen erwidert, er wisse aber, dass dem andernorts nicht so sei.

Förster Dan Sannipoli antwortet, er meine wohl hauptsächlich, wenn in Fichtenwäldern der Borkenkäfer sei, dass der hinüber auf den Nachbarn komme. Dieses Problem habe man hier in der Gemeinde nicht. ARBED hatte wohl auf „Rembur“ eine große Parzelle Fichten, in der der Borkenkäfer war, aber das habe man beseitigt. Das habe man so gemacht, dass er ARBED benachrichtigt habe, dass dort ein paar Herde mit Borkenkäfern seien und die habe man dann aber selber beseitigt, indem man das betroffene Holz für die Holzhackschnitzelfeuerungsanlage verwertete. Man könne nur so vorgehen, denn wenn man denen schreibe, gehe das bis London, und da tue sich dann gar nichts. Auch für die Gemeindewälder wäre das gar kein Problem, denn die Gemeindewälder hätten fast keine Fichten mehr. Beim Laubholzwald sei keine schädliche Einwirkung zu befürchten.

Dann komme er zu dem dritten Punkt, dem Fitness-Parcours. Er nehme an, dass das der neue Lauf-Parcours sei, den man vor 2 oder 3 Jahren eingeweiht habe. Darum kümmere sich hauptsächlich der CIGL. Er finde aber, dass dieser Parcours sehr viel benutzt werde. Er kenne viele Leute, die darüber spazieren oder darüber laufen. Er habe bereits sehr viel Lob dafür bekommen, dass man die verschiedenen Rundstrecken gezeichnet habe.

Bürgermeister Henri Haine flucht ein, Rat Theisen wisse das nicht, denn er komme nie bis ans Ende.

Rat André Theisen entgegnet lachend, er komme immer bis ans Ende.

Förster Dan Sannipoli legt dar, er habe die Frage nicht richtig verstanden. Er wolle wissen, ob diese Strecke nicht gut genug sei oder was da sei.

Rat André Theisen antwortet, es sei nicht das. Förster Dan habe soeben sehr klar gesagt, dass der Unterhalt vom CIGL gemacht werde. Das gebe ihm eine Antwort. Er wisse, dass es in Ordnung sei. Es sei dem nicht so, wie der Herr Bürgermeister gesagt habe, dass er in der Hälfte der Strecke aufhöre, denn er gehe immer bis ans Ende, bei allem. Er habe seine Frage deshalb gestellt und er habe seine Antwort erhalten.

Bürgermeister Henri Haine hält fest, dass die Antwort also gegeben wurde. Falls sonst niemand mehr eine Frage habe, wolle er Dan Sannipoli nochmals danken, vor allem für die gute Zusammenarbeit, die man habe, die große Flexibilität, die er an den Tag lege, wenn für die Gemeinde Arbeiten erledigt werden müssten. Es sei schön, wenn man so gut zusammen arbeiten könne und wie gesagt, dafür gebühre ihm ein großer Dank.

Förster Dan Sannipoli dankt ebenfalls und verabschiedet sich.

Bürgermeister Henri Haine geht sodann zur Abstimmung über.

**** Einstimmig (mit 11 Stimmen) genehmigt der Gemeinderat diesen Forstwirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016.**

PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung einer Konvention; (Bespprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention mit dem CIGL-Esch betreffend das Projekt „Vël'ok - Äre Vëlo, Eise Vëlo“.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man bei diesem Punkt über eine Konvention mit dem CIGL betreffend das Projekt „Vël'ok - Äre Vëlo, Eise Vëlo“. Jeder habe in den letzten Wochen oder Tagen in den Medien sehen können, dass eine kleine Feier in Belval stattfand, wo eine neue Zone des Projekts „Vël'ok - Äre Vëlo, Eise Vëlo“ eröffnet wurde in Zusammenarbeit zwischen ein paar Gemeinden und dem CIGL-Esch mit

seinem Präsidenten Fritz Remackel. Hier liege nun die Konvention mit der Gemeinde Rümelingen vor. Im Schöffenrat habe man beschlossen, dass es schön wäre, wenn man sich an diesem Projekt beteiligen könnte. Man habe sich das überlegt. In dem Projekt, wie es jetzt bestehe, sei man mit beteiligt, aber noch nicht direkt, weil man es auch ein wenig davon abhängig gemacht habe, was in Kayl geschehe. Er meine, es wäre nicht gut, wenn man hier in der Gemeinde solche Fahrradsäulen machen würde und in Kayl wären keine. Das wäre nicht gerade gut für das Projekt hier in Rümelingen. Man könne natürlich noch immer über den „Poteau“ fahren, aber das wäre nicht gerade so das Ideale. Die Idee sei aber, das gesamte Konzept der „Mobilité douce“ hier in der Region zu fördern. Es seien bekanntlich die Gemeinden Sanem, Esch, Schifflingen, Differdingen und Bettemburg, die sich im Augenblick daran beteiligten und Kayl und Rümelingen würden dann im nächsten Jahr hinzustoßen, um das ganze Konzept der „Mobilité douce“ zu fördern. Bekanntlich habe man eine Reihe Fahrradwege hier in Rümelingen. Man sei auch als PRO-SUD bereits im Transportministerium gewesen, wo man als PRO-SUD auch unterstützt werde, um weitere Fahrradwege anzulegen. Er denke, es sei einfach eine Entscheidung, die man zu treffen habe, um bei diesem Konzept hier mitzumachen. Man finde es auf jeden Fall sehr interessant. Man müsse sich nur noch überlegen, wo man hier in Rümelingen solche Fahrradsäulen mache und welche Art Fahrräder man vorsehe. Beim System, wie es jetzt existiere, könne man auf die Erfahrung der Escher Kollegen zurückgreifen, die das bereits seit 15 oder 18 Jahren hätten. Sie hätten auch aus vergangenen Erfahrungen gelernt und verfügten jetzt über ein ganz modernes Konzept mit modernen Säulen, wo man auch feststellen könne, wer das Fahrrad nehme und wo das Fahrrad hinfahre. Vorher sei das nicht so überschaubar gewesen, weil man da noch Münzen einwerfen musste und man habe auch nicht gewusst, wo das Fahrrad verschwunden sei. Er selber hatte einmal ein Fahrrad vor seiner Tür stehen, das er den Eschern dann zurückgebracht habe. Er meine solche Situationen, auch wenn manchmal etwas vorkommen könne, gebe es, aber hier sei eine gewisse Überwachung beinhaltet, wenn er das einmal so sagen dürfe, weil das auch über die M-Karte funktioniere. Damals sei auch ein solches Presse-Dossier herausgegeben worden, wo sämtliche notwendigen Informationen aufgelistet waren, wie das ablaufe und wer sich um das Ganze kümmere. Rümelingen sei hier noch mit hellblauer Farbe eingezeichnet, weil man erst im nächsten Jahr dazu stoße und weil man die Konvention bis jetzt noch nicht genehmigt hatte. Deshalb habe man auch beschlossen, dem Gemeinderat das vorzulegen und dann könne man auch im nächsten Budget etwas vorsehen, um das dann im nächsten Jahr in die Wege zu leiten, damit die Leute dann von dem gesamten Netz profitieren könnten.

Es sei dem auch so, dass die Gemeinde Rümelingen für die Infrastrukturen, die hier in der Gemeinde gemacht werden, verantwortlich sei. Man müsse auch für diese Ausgaben aufkommen, aber die gesamte Verwaltung des Systems, respektiv wenn Fahrräder repariert werden müssten, so laufe das über CIGL-Esch. Das bedeute, dass man auch diese Betriebskos-

ten übernehmen müsse. Instandhaltung und Reparaturen der Räder würden demnach von CIGL-Esch gemacht. Das alles stehe auch demgemäß in der Konvention. Das sei das, was er im Augenblick dazu zu sagen habe und das sei auch das, was man in den Programmen vorhatte, dass man sich an diesen Systemen beteiligen würde.

Er sei auch in einer Informationsversammlung des „Ministère du Développement durable“ gewesen über die Mobilität, wo z. B. der Wirtschaftsminister und der Transportminister die Projekte der elektrischen Tanksäulen für Autos vorstellten und wo im gesamten Luxemburger Land rund 850 solcher Säulen installiert werden. Auch in Rümelingen werden solche elektrischen Säulen kommen, wo es dann der Gemeinde obliege, ihnen zu sagen, wo man diese Säulen aufstellen solle. Man bekomme auch solche Säulen, die schnell aufladen in der Nähe des Bahnhofs und dann kämen noch 2 Säulen, die langsamer aufladen, d. h. die hier in der Gemeinde sein sollten und wo man noch beschließen müsse, wo die sein sollen. Auch das sei in dem gesamten Konzept zu sehen und er denke, dass es schon eine interessante Initiative sei, die diese paar Südgemeinden trafen und man wünsche sich auch, dass immer mehr Gemeinden hier in der Südregion hinzu kämen und vor allem, dass sämtliche PRO-SUD-Gemeinden hier mitmachen könnten. Das sei das, was er dazu zu sagen habe.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es dazu Anmerkungen gebe.

Rat André Theisen erklärt Bürgermeister Haine, er habe folgende Frage: Er wolle wissen, wie viele Fahrräder Rümelingen bekomme. Es würden Säulen, Fahrradstationen errichtet und er frage mit wie viel Euro das zu Buche schlage. Dann wolle er erfahren, ob man genügend Fahrradwege habe, die an das gesamte Fahrradnetz der teilnehmenden Südgemeinden-Mitglieder im PRO-SUD angebunden seien. Bürgermeister Haine habe soeben von den Fahrrädern, die kaputt gemacht würden, gesprochen. Er meine, dass, wenn welche verschwinden, das weniger problematisch sei durch die M-Karte und jene die kaputtgemacht würden, das könne man nicht vorhersehen, so dass man nicht sagen könne, wie hoch der gesamte Kostenpunkt zu stehen komme, obschon es eine gute Angelegenheit im Sinne der „Mobilité douce“ und der Ökologie sei. Wie Bürgermeister Haine vorher gesagt habe, habe man das auch in den Medien lesen können, dass Ladestationen für E-Autos vorgesehen seien, auch in unserer Gemeinde, die dann flächendeckend im gesamten Lande bis 2020 vorhanden sein sollten.

Er meine, dass die Kosten von diesem Projekt, wie er vorher gesagt habe, nicht voraus zu sehen seien. Man könne es so ausdrücken, dass es vielleicht eine Katze im Sack sei. Was die Vernetzung der Fahrradwege anbelange, bleibe noch viel Arbeit zu erledigen. Die seien im Augenblick ganz sicher nicht optimal.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, das hänge immer von den Gemeinden ab. Die optimalste Strecke, die man hier

in der Gemeinde habe, sei jene zwischen Rümelingen und Tetingen, ansonsten man immer einen Berg hinauffahren müsse. Das könne man nicht verhindern. Den „Poteau“ könne man nicht beseitigen, das sei klar. Am Museum entlang habe man die nationale Fahrradpiste; die führe über den roten Weg. Da könne man auch fahren, wenn man wolle, aber man könne auch noch immer über die normale Straße fahren. Das sei nicht verboten. Für den Rest habe man alles Lokale gemacht: Man habe eine direkte Verbindung nach Öttingen auf Rümelinger Gemeindegebiet. Man habe eine direkte Verbindung bis nach Tetingen. Der Rest hänge immer von Beschlüssen ab, die in anderen Ortschaften getroffen werden. Man müsse auch wissen, dass ein Gesetz vom Transportminister gemacht wurde, der das gesamte nationale Fahrradnetz ausbauen wolle. Da würden sehr viele Initiativen genommen. Da bestehe eine exzellente Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien, um die Prozeduren schneller und einfacher zu machen, so dass man dann in Zukunft ein größeres Fahrradwegenetz hier im Lande haben werde.

Was die Kosten anbelange, hänge das nur von der Gemeinde selber ab. Man könne auch heute beschließen, sich nicht zu beteiligen; dann habe man 0 Euro Ausgaben. Man könne aber auch beschließen, sich zu beteiligen und es sei an Rümelingen zu beschließen, wie viele Säulen oder Fahrradstationen man haben wolle. Man könne sich vorstellen, dass hier 2 bis 3 Stationen kämen mit rund einem Dutzend Fahrräder mit einem approximativen Kostenpunkt in Höhe von 100.000 Euro. Damit müsse man schon rechnen. Das sei natürlich kein Nichts, das sei klar. Es gehe einfach darum, den Beschluss zu fassen, ob man das mache oder nicht. Danach habe man dann natürlich pro Fahrrad rund 1.000 Euro Betriebs- und Unterhaltskosten pro Jahr, die das mit sich bringe.

Es sei dem auch so, was die Angelegenheit mit den Schäden anbelange, dass man in dem Augenblick, wo man das Fahrrad habe, verantwortlich für das Fahrrad sei. Das laufe dann über eine Hotline, wo man auch Informationen erhalten könne. Es sei auch über die Seite velo.lu, wo man sich anmelden könne und über die Säulen habe man normalerweise die Kontrolle über das Fahrrad. Die Benutzungsdauer liege, so wie es im Augenblick sei, bei 2 Stunden. Ab dem Augenblick, wo man sich bei der Säule eingeklinkt habe, wisse der Verwalter der Fahrradstationen, wer das Fahrrad genommen habe, es sei denn die Benutzerkarte sei gestohlen worden. Da gebe es aber sicherlich auch noch einen Benutzercode. Da müsse man sich selbstverständlich an das ganze System halten. Das gesamte Informatiksystem werde auch vom CIGL-Esch verwaltet. Da nehme man dann teil am System, wie es bis jetzt bereits in den 5 beteiligten Gemeinden funktioniere. CIGL-Esch habe doch auch gesagt, dass sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben und das System verbessert hätten. Das sei demnach das, was hier vorgeschlagen werde.

Rätin Carole Marx möchte dazu sagen, dass sie das eine gute Angelegenheit finde. Sie finde es auch wichtig, dass man seine Kinder vom Wege des Autos entferne und sie an diese

Angelegenheiten gewöhne, denn sie meine, dass dieser Aspekt der „Mobilité douce“ immer mehr aufkomme. Deshalb finde sie es auch schön, dass man als Gemeinde mit auf diesen Weg gehe, denn es gebe bereits viele Leute, die mit dem Fahrrad fahren. Es sei dem doch auch so, wie Bürgermeister Haine das erklärt habe, dass man hier ein Fahrrad nehmen könne und z. B. mit dem Bus bergauf bis auf die Koppe fahre, um dann von dort mit dem Fahrrad weiterzufahren. Auf diese Weise könne man mit dem Fahrrad nach Esch fahren und je nachdem wie man sich fühle, könne man wieder mit dem Fahrrad zurückkommen oder aber man docke das Fahrrad in Esch an und man komme mit dem Bus zurück. Sie finde das in der Erziehung der Kinder wichtig, um ihnen zu zeigen, dass es auch gehe, ohne immer in den Wagen zu steigen.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, es sei klar, dass solch ein System in einer kleinen Ortschaft sicherlich pro Fahrrad pro Einwohner teurer werde als in einer großen Ortschaft, aber er meine, man rede immer vom regionalen Zusammenarbeiten und hier sei eine regionale Initiative, die wichtig und interessant sei. Wir als kleine Gemeinde würden nun mal hier unten liegen und man müsse immer irgendwohin fahren. Esch sei in der Hinsicht interessanter, weil viele Säulen vorhanden seien. Man habe viele Einkaufsmöglichkeiten. Man habe ein Netz mit geraden Strecken, wo man nicht viel bergauf fahren müsse, obwohl schon mal hie und da solch kleine Koppen vorhanden seien. Bei uns beginne es interessant zu werden, wenn man die Verbindung über Kayl und Schiffingen bekomme. Da gebe es dann für die Leute, die mit dem Fahrrad fahren oder einkaufen fahren wollen, interessante Möglichkeiten und deshalb denke man schon, dass das auch schön wäre, wenn man als Rümelinger sich daran beteiligen würde.

Schöffin Viviane Biasini meint, dass man sich vielleicht auch mal überlege, sein Auto in der Garage stehen zu lassen und kurze Strecken mit dem Fahrrad bewältige.

Bürgermeister Henri Haine flicht ein, wer „i“ sage, müsse auch „bike“ sagen. Man mache eben hier etwas für die „Mobilité douce“ und deshalb denke er, dass man auch bei diesem Projekt mitmachen sollte.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention mit dem CIGL-Esch betreffend das Projekt „Vël'ok - Äre Vëlo, Eise Vëlo“.**

PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung von zeitweiligen Verkehrsreglements; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig verabschiedet der Gemeinderat 3 zeitweilige Verkehrsreglements

D'GEMENG RËMELENG - LA COMMUNE DE RUMELANGE

01. DE GEMENGEROT - LE CONSEIL COMMUNAL

HAINE Henri, Buergermeeschter
BIASINI Viviane, Schächfin
KIRSCH Guy, Schächfin
THEISEN André, Conseiller
HEIL Marco, Conseiller
MARX Carole, Conseillère
ZECHES Kevin, Conseiller
JEITZ Gérard, Conseiller
COPETTE Jean, Conseiller
PEIFFER Edmond, Conseiller
LANG-LAUX Francine, Conseillère

02. D'SEKRETARIAT - LE SECRÉTARIAT

GALLO-HOLCHER RENÉE, Gemengesekretärin
NOESEN YVES, Beamten
WINCKEL JÉRÔME, Beamten
STEICHEN NORBERT, Beamten
LOES ROMAIN, Privatbeamten
ARENDT BORIS, Préposé vum Populationsbüro
KIRSCH RÉGIS, Beamten
BOEVER JILL, Beamtin

03. D'GEMENGEKEESS - LA RECETTE COMMUNALE

WEBER François, Receveur
KOROGLANOGLU Paule, Beamtin

04. DEN TECHNESCHEN DÉNGSCHT - LE SERVICE TECHNIQUE

WEISGERBER Frank, Préposé, industriels Ingenieur
BERTRAND Sandra, Beamtin, industriels Ingenieur
LEBRUN Marie-Laurence, Beamtin
MORBÉ Jérôme, Ëmweltberoder

05. D'GEMENGENOARBECHTER - LES OUVRIERS COMMUNAUX

SERVICE - REGIE:

Chef d'Equipe:

KRIER Gilbert

Handwierker:

KÜHLER Marc

JUCHEMES Yves

MORCINEK Sven

WILHELM Kai

Gemengenoarbechter:

FERRERO Patrick

FRANTZ Nicolas

HEIL Robert

KERSCHEN Serge

MARX Patrick

GUDENBURG Johny

PASSERI Serge

SERVICE - PARK:

Handwierker:

DECKER Ramon

Gemengenoarbechter:

LAMBERT Fabien

SANTIAGO David

SBARRA Romain

SCHOLTES Christian

RICHTER Keven

KERSCHEN Emile

06. D'POMPJEEËN - SERVICE D'INCENDIE ET DE SAUVETAGE

RISSÉ Claude, Chef de service
KRIER Gilles, Chef de service Adjoint

07. FIESCHTER - GARDE-FORESTIER

SANNIPOLI Daniel, Fieschter, Chef vum Revéier Kayl

08. OPSIICHT AN ËNNERHALT VUN DE GEBAIER - SURVEILLANCE ET ENTRETIEN DES BÂTIMENTS

HUMBERT Armand, Concierge
BIEWERS-ZWANK Corinne
BODSON Jean-Luc
BODSON-PALAZZARI Nathalie
CARDOSO LEAL Maria Dalila
DEISKES Denise

FABER-ZIMMERMANN Colette
 GALES Sandra
 GEHLEN-BAMBERG Josiane
 HARDT Edmée
 HOFFMANN-MARTINS Maria
 HOSS-PHILIPPE-MOUREY Germaine
 KAYL-STAMMET Liette
 KAYSER Elvire
 KIRSCH-OANCEA Maria Camelia
 LEJEUNE Carole
 MILLER-PAOLUCCI Marie-Claire
 MURIC Enisa
 OÉ Jacqueline
 REINERS Jocelyne
 SANTIAGO-KNEIP Valérie
 SCHANK Marie-Claire
 SEGURA-PIZZAFERRI Diana
 SERVAIS-KRIER Tamara
 TONI-WELTER Sandra
 TROMBINI-DABÉ Karin
 WEBER-SPEIDEL Marie-Jeanne

09. D'POLICE - LA POLICE GRAND-DUCALE

Kommandant vum Kommissariat:

SCHROEDER Marc, Kommissär-Chef
 vun der Poliss Keeldall,

Kommandant-Adjoint:

MILANI Angelo, Kommissär-Chef
 CHARLET Mandy, 1. Inspekter
 CHARLET Wesley, Inspekter
 VAEL Jérôme, Inspekter
 SAINTE-CROIX Anne, Inspekter
 ZIMMERMANN Sven, 1. Brigadier
 DEL PIERO Rick, Brigadier

10. D'RËMELENGER SCHOULEN - LES ÉCOLES DE RUMELANGE

a) Fréierzéiungsunterrecht - Éducation précoce

NOSBUSCH-OBERLINKELS Nathalie – Hallef Tâche, Spillschoulsjoffer
 a MALANO-TESSARO Carole, Surnuméraire, Hallef Tâche
 RICHARDY-ACHHAMMER Carole, Éducatrice
 DRUART Danny, Spillschoulsjoffer
 WEBER Astrid, Éducatrice

b) D'Spillschoul - Éducation préscolaire CYCLE 1 - TITULAIRES:

GASPAR Melanie – Cycles 1.1 et 1.2
 MARX Tessy – Cycles 1.1 et 1.2
 DIDIER Isabelle – Hallef Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 a WELTER Martine, Hallef Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 KRAWZYK Nathalie – Cycles 1.1 et 1.2
 ZWANK Nathalie – Cycles 1.1 et 1.2
 THILL Jessica – Cycles 1.1 et 1.2
 RIZZI Candide – Cycles 1.1 et 1.2
 KAUFFMANN Estelle – Cycles 1.1 et 1.2
 KIMMEL Sonja – Cycles 1.1 et 1.2

CYCLE 1 - AUTRES INTERVENANTS:

DONDELINGER Tammy, Surnuméraire
 MORRONI Sandra, Surnuméraire – Chargée de cours
 WEBER Gaby, 75% Tâche – Appui – Chargée de cours

c) Primärschoul - École primaire CYCLE 2 - TITULAIRES:

HERMES Martine – Cycle 2.1
 OSWALD Véronique – Cycle 2.1
 ZIRVES Michèle – Cycle 2.1
 MOLINA Caroline – Cycle 2.1
 THOMMES Gisèle – Cycle 2.2
 SABBATUCCI Rachel – Cycle 2.2
 ZECHES Esther – Cycle 2.2
 STEFFEN Malou – Cycle 2.2
 BERNABEI Sandy a FABER Gaby, chargée de cours – Cycle 2.2

CYCLE 2 - AUTRES INTERVENANTS:

SCHANEN Ronald – Appui
 SEYWERT Isabelle, Chargée de cours
 KIRSCH-HEMMER Steffi, Hallef Tâche – Chargée de cours
 QUAGLIANI Delphine, 75% Tâche – Appui

CYCLE 3 - TITULAIRES:

FREYMANN André – Cycle 3.1
 BAUSCH Frank – Cycle 3.1 (rue J.P. Bausch)
 BERNARD Corinne – Cycle 3.1
 TINTINGER Laurence – Cycle 3.1
 KLEBER Kim – Cycle 3.1
 KEISER Lynn – Cycle 3.1
 STEFFEN Joël an DI GIAMBATTISTA Claudia – Cycle 3.2
 GOEDERT Max – Cycle 3.2 (rue J.P. Bausch)
 TINTINGER Manon – Cycle 3.2
 HARDY Atèle Leah a CORAZZOL Christian – Cycle 3.2
 PHILIPPE Lynn – Cycle 3.2
 ESCHETTE Jennifer, remplacée par REIFFERS Bob, chargé de cours – Cycle 3.2

CYCLE 3 - AUTRES INTERVENANTS:

KIGGEN Lynn – Chargée de cours
 THILL Sharon – Chargée de cours
 HERRIG Josée – Chargée de cours
 QUAGLIANI Delphine, 25% Tâche

CYCLE 4 - TITULAIRES:

MATHIAS Alain – Cycle 4.1
 MOHNEN Glenn – Cycle 4.1
 KÜHN Steve – Cycle 4.1
 LAROCHE Lynn – Cycle 4.1
 HOFFMANN Georges – Cycle 4.1
 HILBERT Marianne – Cycle 4.2
 WILTGEN Anne-Marie – Cycle 4.2
 JUSTEN Yann – Cycle 4.2
 DAUPHIN Cheryl – Cycle 4.2

CYCLE 4 - AUTRES INTERVENANTS:

GOEBEL Anne
 DUPONT Sarah – Chargée de cours
 MORES Astrid – Chargée de cours

HORS-CYCLES:

LEICK Gwen – Förderzentrum C2
 KRIER Jessica – Förderzentrum C2
 COCARD Steve, Cours d'accueil – Chargé de cours
 THOMA Sacha, 50% Tâche – LRS-Projet (PRS) – Chargé de cours
 KONIECZNY Vanessa – éducatrice

BIBLIOTHÈQUE:

FREYMANN André 4,5 heures
 BERNARD Corinne 4,5 heures
 RIZZI Candide 3 heures

d) Reliounsunterrecht - Enseignement religieux

DELCHAMBRE Myriam
 EMERINGER Carole
 HOUYOUX Carole
 DUPONT-ZIRVES Edmée

e) Schouldokteschdénsgscht - Service médical scolaire

MATTHEY DE L'ENDROIT-KRIER Mandy, Assistentin
 Dr. ANTON Patrice, Dokter
 Dr. SCHELINSKY Guy, Dokter
 Dr. THOMMES Ferd, Zännndokter

f) Comité des enseignants

STEFFEN Joël, President vum Komitee
 BAUSCH Frank
 DI GIAMBATTISTA Claudia
 GASPARD Melanie
 GOEDERT Max
 HERMES Martine
 KAUFFMANN Estelle
 LEICK Gwenn
 SABBATUCCI Rachel

ADMINISTRATION COMMUNALE -

HEURES D'OUVERTURE

Hôtel de Ville	Central Téléphonique	56 31 21 - 1
Collège échevinal	HAINE Henri, bourgmestre BIASINI Viviane, échevin KIRSCH Guy, échevin	56 31 21 - 201 56 31 21 - 202 56 31 21 - 203
Secrétariat (1^{er} étage)	Bureaux ouverts au public du lundi au vendredi de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 17.00 heures	
	GALLO-HOLCHER Renée, secrétaire communale NOESEN Yves, employé WINCKEL Jérôme, employé STEICHEN Norbert, employé LOES Romain, employé privé	56 31 21 - 204 56 31 21 - 206 56 31 21 - 219 56 31 21 - 205 56 31 21 - 218
Bureau de la population État-civil - Indigénat	Bureau ouvert au public du lundi au vendredi de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 16.30 heures le samedi et chaque deuxième jour férié de 10.30 à 11.30 heures pour les déclarations de naissance et de décès	
	ARENDT Boris, préposé au bureau de la population KIRSCH Régis, employé BOEVER Jill, employée	56 31 21 - 207 56 31 21 - 208 56 31 21 - 200
Recette communale	Bureau ouvert au public du lundi au vendredi de 9.00 à 12.00 et de 14.00 à 16.00 heures	
	Comptes: IBAN LU14 1111 0003 2130 0000 (CCPL) IBAN LU30 0019 7601 0090 8000 (BCEE) IBAN LU87 0030 0880 0560 0000 (BGLL) IBAN LU42 0023 1420 0140 0000 (BILL)	
	WEBER François, receveur KOROGLANOGLOU Paule, employée	56 31 21 - 209 56 31 21 - 210
Service technique (2^e étage)	Bureau ouvert au public du lundi au vendredi de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 17.00 heures	
	WEISGERBER Frank, préposé, ingénieur industriel BERTRAND Sandra, employée, ingénieur industriel LEBRUN-Marie-Laurence, employée MORBÉ Jérôme, employé, conseiller en écologie	56 31 21 - 212 56 31 21 - 211 56 31 21 - 220 56 31 21 - 231
Police Grand-Ducale Commissariat de proximité «Keeldall» Rumelange - Tél.: 2 44 64 200 Kayl - Tél.: 2 44 63 200	Bureaux à Rumelange ouverts au public du lundi au vendredi de 8.00 à 10.00 et de 16.00 à 18.00 heures Bureaux à Kayl ouverts au public du lundi au vendredi de 16.00 à 18.00 heures	

en dehors des heures de service:

Centre d'intervention d'Esch

Permanence

tél. 4 99 75 500

en cas d'urgence 113

- a) im Zusammenhang mit Arbeiten einer neuen Residenz auf Nummer 31 in der Großstraße;
- b) im Zusammenhang mit Amenagierungs- und Erneuerungsarbeiten der Kanalinfrastuktur in der Batty-Weber-Straße (Teilstück zwischen der Großstraße und der Klosterstraße);
- c) im Zusammenhang mit Infrastrukturarbeiten in der Dr.-Flesch-Straße;

(Die Redaktion: Den genauen Wortlaut dieser Reglements findet man in der französischen Zusammenfassung auf Seite 42 in dieser Nummer)

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man unter diesem Punkt eine Reihe zeitweilige Verkehrsreglements habe. Da gebe es verschiedene Angelegenheiten, wo eine bereits im Oktober war und andererseits habe man Baustellen, die noch in Ausführung seien. Ein Reglement betreffe die Baustelle vom 19. bis 28. Oktober in der Dr.-Flesch-Straße, wo ein Haus gebaut wurde. Dann habe man ein Verkehrsreglement vom 19. Oktober 2015 bis zum 15. Januar 2016 voraussichtlich, wo die Baustelle noch hier vorne in der Batty-Weber-Straße sei. Hier gehe es bekanntlich um die Erneuerung der Infrastrukturen und der Verteilernetze. Dann habe man noch die Baustelle in der Großstraße, die vom 16. November 2015 bis zum 29. April 2016 dauere. Er möchte wissen, ob es dazu Anmerkungen gebe.

Rat André Theisen tut dar, er habe nur ein Problem mit dem Anfang der Arbeiten. Wenn er jetzt die Firma Poeckes nehme, die hier beim Devas eine Residenz baue, habe diese Baustelle doch nicht erst am 16. November begonnen. Das sei doch schon vorher gewesen. Das Gleiche gelte für die Kanalisation in der Batty-Weber-Straße und in der Klosterstraße, wo die Arbeiten auch schon vor dem 19. Oktober in Angriff genommen wurden. Damit habe er ein Problem, denn das könne nicht übereinstimmen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, man müsse aufpassen. Es gebe auch Arbeiten, die bereits im Vorfeld waren, wo man dann auch schon Reglements votiert hatte. Andererseits seien es Verbotsschilder, die aufgestellt wurden und das andere sei in der J.-P.-Bausch-Straße, wo auch gesagt worden war, wo ein Stationierungsverbot verordnet werden sollte, dass zwischen der Nummer 2 und der Nummer 4 ein Stationierungsverbot hinkommen müsse.

Schöffin Viviane Biasini weist darauf hin, dass das vorher nicht gewesen sei.

Rat André Theisen bemerkt, das sei richtig; er sei ja auch in der Verkehrskommission gewesen und das verstehe er auch, aber „début des travaux“, das könne doch nicht sein, dass das erst am 16. November begonnen habe, als man den Bau in Angriff genommen habe. Es sei das, was er beanstande.

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass es da eine Diskussion gegeben habe, weil man dort kein Stationierungsverbot hatte - wenn er sich gut erinnere. Da hätten dann trotzdem Leute ihr Auto abgestellt und da sei angeregt worden, es wäre besser, man würde auch ein Stationierungsverbot bei der Baustelle machen, damit niemand sich mehr bei die Baustelle stelle und deshalb sei dieses Reglement verfasst worden. Die Arbeiten allerdings hätten selbstverständlich vor dem 16. November begonnen. Dies hier sei jetzt nicht direkt im Zusammenhang mit dem Anfang der Arbeiten, aber das sei eben dieses Stationierungsverbot...

Rat André Theisen unterbricht ihn mit dem Hinweis, es stehe aber so da.

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, dass der technische Dienst das so formuliere, weil man ab diesem Datum begonnen habe, hier Stationierungsverbot zu machen.

Rat André Theisen tut dar, er könne zwar damit leben, aber das sei doch aber ...

Schöffin Viviane Biasini flicht ein, man könne auch auf dem Buchstaben reiten.

Rat André Theisen erwidert, das habe nichts damit zu tun. Sie wisse doch sehr genau, dass bei einem Reglement oder einem Gesetz das Datum ausschlaggebend sei. Es sei das Datum, das zähle, nichts anderes. Man habe ihm die Erklärung gegeben, aber man sollte nächstes Mal darauf achten.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man das Reglement betreffend diese Arbeiten bereits einmal genehmigt habe. Aber hier gehe es effektiv nur um das Stationierungsverbot, das effektiv im Zusammenhang mit den Arbeiten gemacht wurde. Das sei solch ein Problem, das entstanden sei, weil Leute trotzdem ihren Wagen an der Baustelle abstellten.

Rat André Theisen antwortet, das sei in Ordnung, aber damals sei auch die Diskussion gewesen da oben im Langengrund, wo in der Verkehrskommission - man solle bekanntlich nicht aus einer Kommission berichten - diskutiert wurde, wo ein Problem war, als das Gebäude des „Précoce“ gebaut wurde. Dieses Problem sei jetzt mehr oder weniger behoben, aber...

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass man schon vorher - wie Bürgermeister Haine gesagt habe - ein Reglement votiert hatte. Es sei unglücklich zu schreiben „début des travaux“, aber es sei anhand der Reklamation, wo die Verkehrskommission dieses Reglement vorschlug, aber was nicht gut sei und wo er Rat Theisen Recht gebe, sei, dass da dieser Ausdruck „début des travaux“ stehe.

Schöffin Viviane Biasini weist darauf hin, dass hier im Reglement stehe „Règlement temporaire de la circulation à l'occasion des travaux de construction“. Er, Rat Theisen, wisse doch, um was es gehe.

Bürgermeister Henri Haine macht darauf aufmerksam, dass man hier 3 zeitweilige Verkehrsreglements habe. Auch wenn er jetzt von einer Baustelle geredet habe, die man in der Batty-Weber-Straße habe und von einer Baustelle, die hier sei, sei das noch immer nur eine Verkehrsreglementierung, die man hier beschließe. Dass die Formulierung „début des travaux“ vielleicht hier unglücklich sei, gebe man an die Gemeindedienste weiter, dass sie dann schreiben „début de l'interdiction de stationnement“, dann sei das doch dann in Ordnung.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass das Datum vom Ende der Arbeiten auch nicht sicher sei.

Rat André Theisen findet das in Ordnung, denn das könne der Schöffenrat nicht sagen. Die Wetterbedingungen usw. spielten da mit. Das könne der Schöffenrat doch nicht sagen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er habe ihm nur sagen wollen, dass man das noch immer bis jetzt so geschrieben habe. Der Unterschied sei der, dass Rat Theisen bis jetzt noch nie etwas gesagt habe. Er fragt Rat Theisen, ob man diese Reglements jetzt so votieren könne.

**** Einstimmig verabschiedet der Gemeinderat 3 zeitweilige Verkehrsreglements**

- a) im Zusammenhang mit Arbeiten einer neuen Residenz auf Nummer 31 in der Großstraße;
- b) im Zusammenhang mit Amenagierungs- und Erneuerungsarbeiten der Kanalinfrastruktur in der Batty-Weber-Straße (Teilstück zwischen der Großstraße und der Klosterstraße);
- c) im Zusammenhang mit Infrastrukturarbeiten in der Dr.-Flesch-Straße;

PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung der Hunderolle; (Bespprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig bewilligt der Gemeinderat die vorliegende Hunderolle.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, dass man jetzt bei den Richtigen sei, nämlich bei unseren „Muppen“, den Zwei- und Vierbeinern. Es sei nun einmal die Hunderolle und dazu habe er nicht mehr zu sagen. Es seien 404 Hunde, zumindest die, die angemeldet wurden, und das wäre dann für 12.019 Euro.

Rat André Theisen weist darauf hin, man habe einmal eine Maschine vorgestellt bekommen, um den Hundekot aufzuheben.

Bürgermeister Henri Haine antwortet ihm, die gebe es auch noch immer, aber er meine, dass derjenige, der die bediene, einen „Tennisarm“ habe.

Rat Edmond Peiffer möchte etwas dazu sagen. Das sei eine schöne Einnahme, die man da bekomme. In diesem Zusammenhang müsse man aber auch sagen, dass verschiedene Hundebesitzer einen Mangel an Respekt vor den Mitbürgern haben, da sie den Hundekot durch die ganze Stadt auf den Bürgersteigen und Wegen hinterlassen, obschon man wie beim Kulturzentrum einen Tütenspender für Hundekot mit Abfallkasten habe, den Kot trotzdem dort einfach rundherum liegen lassen würde. Er finde, das eine große Sauerei. Man müsste überprüfen, ob man nicht gegen solche Leute vorgehen könnte, wenn sie „erwischt“ oder gesehen würden.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass nur die Polizei Sanktionen ergreifen könne. Er verstehe auch, dass die Polizeibeamten nicht von morgens bis abends wegen solcher Angelegenheiten herumlaufen. Das Problem sei einfach das Benehmen der Leute. All diese „Incivilités“, wie man so schön sage, bräuchten gar nicht zu bestehen, wenn man sich ein wenig bücken würde und den Kot aufheben würde, um ihn dann in eine Mülltonne zu werfen. Er selber mache das - es sei zwar sehr selten - wenn er mit seinem eigenen Hund spazieren gehe. Wie gesagt, das sei gar kein Problem, aber es gebe immer Leute, die man schon als „Drecksack“ bezeichnen müsse, denn anders könne man das nicht nennen. Die würden sich „royalement“ futieren, wo ihr Hund seinen Kot hinterlasse.

Rat Edmond Peiffer erklärt, er habe beim Kulturzentrum Fotos gemacht. Da liege der Hundekot einen Meter neben dem Tütenspender.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass das auf Deutsch da stehe und diese Hunde wahrscheinlich kein Deutsch verstehen würden, aber Rat Peiffer habe vollkommen Recht.

Bürgermeister Henri Haine meint, die Tüte sei wahrscheinlich nicht groß genug gewesen, um alles aufzunehmen. Diese Diskussion werde aber in allen Ortschaften geführt. Man habe doch auch Maßnahmen getroffen, um die Lage zu verbessern, aber es hänge immer vom Benehmen der gleichen Leute ab. Man könne so viele Maschinen kaufen, wie man wolle, aber dann würde man viele Leute benötigen, wenn die von morgens bis abends durch die Ortschaft fahren müssten, um immer alles sauber zu halten, denn sobald die Maschine vorbei sei, sei schon wieder hinter ihr etwas geschehen.

Rätin Carole Marx möchte wissen, ob man nicht hier beim Park ein größeres und deutlicheres Schild hinstellen könne, dass kein Hund mehr dort seine Notdurft verrichten dürfe, denn sie hatten bekanntlich dort Fahnen aufgestellt und darum sollte man da glattweg ein Verbotsschild hinsetzen, dass Hunde dort nicht mehr ihre Notdurft verrichten dürften. Als Ausweg, könnte man doch auch einen Weg am Bach entlang machen, damit die Hundebesitzer dorthin mit ihren Hunden gehen könnten, denn

es sei einfach infektiös, eine riesige Sauerei, was da alles im Park und auch dort bei der „Maison relais“ liege. Nun gut, dort liege nur Rindenmulch, der schon jahrelang da liege und wenn dort ein Hund seinen Kot ablege, falle das nicht sonderlich auf, denn es sei sowieso alles braun, aber das stinke dermaßen. Da müsste man einmal Pflanzungen vorsehen und rundherum stachelige Hecken setzen, damit es den Leuten nicht zu einfach gemacht werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er wisse das nicht, ob dem so sei, denn die Leute die Manieren hätten, würden das nicht machen. Ein Hund könne sich überall hinsetzen.

Rätin Carole Marx meint, wenn man den Hund schon über diese stachelige Hecke heben müsse, um den Hund seine Notdurft verrichten zu lassen, halte das schon etwas ab. In Esch habe man sehr viele Rosen an den Pflanzenrändern stehen und da sei aber alles sauber.

Bürgermeister Henri Haine rät ihr, doch einmal durch die Fußgängerzone zu gehen. Da seien auch Leute beständig dabei zu säubern, weil immer wieder irgendwo ein Häufchen da liege. Er verstehe ihr Anliegen und man werde auch noch weitere Maßnahmen treffen. Man sei in der Reglementkommission dabei, von einem neuen „Règlement général de police“ zu reden, wo dann auch noch einmal zusätzlich Angelegenheiten hinzukommen werden, aber man könne hier so viele Verbote erlassen wie man wolle, wenn niemand sich daran halte, sei das doch gerade das Problem. Mit dem Abschließen, das sei auch alles schön und gut; man werde das bereits um die Schule ändern. Das werde wohl nächstes Mal in den Gemeinderat kommen. Man könne auch noch den gesamten Park mit hohen Abzäunungen und Riesentoren abschließen. Dann seien die einen zufrieden und die anderen würden meckern, dass man alles abschließe und in dem Falle hinterlassen sie die Häufchen vor dem Park. Das seien einfach Leute, die keine Manieren haben. Man könne selbstverständlich überall alles abschließen, aber es verblieben immer noch Stellen, wo sie hinkämen und wenn die ihren Dreck nicht entfernen, dann liege er trotzdem da.

Rätin Carole Marx fragt, wenn man dann trotzdem den Weg einschlagen würde, um eine Zone so herzurichten und sie als Hundetoilette ausweisen würde.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass die Escher damit ihre Erfahrungen auch gemacht hätten. Leute ohne gutes Benehmen brächten es noch zuwege, die Hunde vor diesen Zonen ihre Notdurft verrichten zu lassen.

Rat André Theisen stimmt dem zu.

Rätin Carole Marx meint, dass sie dann aber vielleicht etwas konzentrierter hier liegen würden und nicht durch den ganzen Park, denn die Kinder würden mit ihrem Schulranzen dadurch fahren und andere mit dem Kinderwagen. Das sei wirklich ekelhaft („dégeulasse“). Morgens müsse man wirklich im Zickzack

am Park entlang und über den Weg gehen, um in die Schule zu kommen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er sei zwar kein Freund davon, aber er sei der Meinung, dass man hier nichts an der Lage ändere, wenn man keine Gesetze wie in der Schweiz oder anderen Länder hier bekomme, die heftig schmerzen.

Schöffin Viviane Biasini stimmt dem zu, dass nur etwas, was heftig schmerze, etwas an der Lage ändern könne.

Schöffe Guy Kirsch tut dar, er sei zwar auch der Meinung, wenn man auch eine Hundetoilette herrichte, dass das denjenigen, die jetzt schon so rücksichtslos handelten, völlig gleich sei und sie diese Hundetoilette auch nicht aufsuchen würden. Er verstehe, was Rätin Marx sagen wolle. Es sei halt noch eine Sensibilisierung zusätzlich.

Rätin Carole Marx meint, dass man doch aber etwas erreiche, wenn auch nur ein paar diese Hundetoilette besuchten, statt den Hund in der Wiese laufen zu lassen.

Rat André Theisen legt dar, dass man jedes Jahr die gleiche Diskussion habe. Madame Marx habe vollkommen Recht, denn er meine, sie sage das z. B. vom Park und er wisse, von der J.-P.-Bausch-Straße, wo die Hunde in die Blumenkästen gehoben werden. Es sei einfach eine undisziplinierte Angelegenheit der Leute, das sei klar. Die Hunde könnten nicht dafür, sondern die Leute. Was ihn dabei am meisten erzürne, sei, wenn er immer gesagt bekomme: Ja, Rümelingen ist schmutzig! Er müsse das sehr klar sagen. Das gehöre zu dem Ganzen. Das sei doch aber ein Teil davon, wo die Leute mithelfen würden.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass Rümelingen nicht schmutziger sei als eine andere Ortschaft. Er reinige seinen Bürgersteig noch immer. Früher hätten die Leute ihren Bürgersteig vor der Tür gereinigt. Er verstehe auch, dass es nicht angenehm sei, wenn man alle 10 Minuten etwas da liegen habe, aber die Leute, die mit ihren Hunden rund durch Rümelingen spazierten, das seien die, die Rümelingen schmutzig machten. Es sei noch immer an den Geschäftsleuten, ihren Bürgersteig vor dem Geschäft sauber zu machen. Wenn er Geschäftsmann wäre, würde er darauf halten, dass sein Bürgersteig sauber wäre. Dann würde er nicht warten, bis irgendjemand der Gemeindedienste vorbeikomme. Die Gemeinde sei nicht zuständig für Privatbürgersteige, wenn er sich einmal so ausdrücken dürfe, um die sauber zu halten. Wenn die Leute ihren Dreck einfach auf den Boden werfen und mit ihren Hunden Schmutz verursachten oder Zigarettenstummel hinwerfen, dann seien das die Leute, die Rümelingen schmutzig machten. Er finde, es werde viel gesäubert; er rede jetzt nicht von den beiden CIGL-Männern, die herumgehen. Man habe Leute, die herumfahren, auch mit dem Apparat, um Hundekot aufzuheben. Die Kehrmaschinen würden herumfahren und man werde auch noch zusätzliches Material kaufen. Man könnte wahrscheinlich noch 20 Leute einstellen, die man nicht bezahlen könne, um

alles sauber zu halten. Wenn das so weiter gehe, jede Ortschaft habe das gleiche Problem. Er finde es einfach traurig, dass dem so sei. Aber das Ganze sei normal, die Leute hätten keine Disziplin, keine Manieren und sie bekämen keine Strafe.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass man ein Reglement habe. Wenn das durchgeführt würde, würde kein Hundekot da liegen.

Rätin Francine Lang-Laux legt dar, dass man noch stundenlang darüber reden könnte, dass man trotzdem aber, wenn man sehe, wie ein Hund seine Notdurft verrichte, dem Hundebesitzer sage, dass man ein Taschentuch bereit habe, falls er keins habe. So könne man die Leute doch aber fein und anständig auf etwas aufmerksam machen oder wenn jemand vor ihr etwas fallen lasse, mache sie ihn mit der Bemerkung darauf aufmerksam, dass er etwas verloren habe und das mitnehmen sollte.

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, dass er ihr das glaube, dass man das machen könne, aber die Antwort, die man dann heutzutage von verschiedenen Leuten erhalte sei so, dass man fast fürchte, etwas zu jemand zu sagen. Sie wisse doch sicherlich von der Vereinigung der „Agents municipaux“, welche Frechheiten diese Agenten gemacht bekämen und welchen Aggressionen sie glattweg ausgesetzt seien. Auch die Kontrollbeamten in den Zügen würden angegriffen, wenn sie die Fahrscheine für eine Kontrolle verlangten. Das sei wirklich ein gesellschaftliches Problem, das man da habe.

Rat Marco Heil möchte auch etwas dazu sagen, obschon man bereits sehr viel darüber geredet habe. Er finde, dass dies hier für ihn in eine Kategorie falle, dass in unserer Multikulti-Gesellschaft ein Zusammenleben nur möglich sei, wenn die Leute sich an die bestehenden Regeln halten. Er komme hernach nochmals darauf zurück. Er finde, dass es absolut notwendig sei und dass es an der Gemeinde sei, dafür zu sorgen, dass diese Regeln eingehalten und respektiert würden, denn wenn man es nicht mache, frage er, wer das sonst mache. Es sei zu einfach zu sagen, die Polizei mache nichts, dieser mache nichts und jener mache nichts. Dann mache man einfach so weiter wie man das bisher tue und dann bekomme man sowieso nie etwas geändert. Es sei an der Gemeinde dafür zu sorgen, dass Regeln respektiert werden.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, welche Möglichkeit man denn da habe.

Rat Marco Heil erwidert, das müsse man zusammen mit der Polizei tun. Man müsse die Polizei vor Ort schicken und sie fragen, weshalb sie dort nichts unternehmen. Solche Stellen gebe es deren hier in der Ortschaft genügend. Es mache aber niemand etwas. Dann müsse die Polizei dazu bewegt werden, etwas zu unternehmen. Immer zu sagen, man könne nichts tun, sei seiner Meinung nach nicht richtig.

Bürgermeister Henri Haine macht darauf aufmerksam, dass man Kontakt mit der Polizei habe und auch mit der Polizei rede. Die Polizei mache auch etwas, aber sie könne nicht von morgens bis abends hinter jedem laufen, der mit einem Hund herum gehe. Das müsse man doch aber auch verstehen. Dann dürfe man nicht vergessen, dass man hier im Kayltal ein halbes Dutzend Beamten habe. Dann seien davon noch einige krank gemeldet und andere im Mutterschaftsurlaub, so dass es für sie von ihrer Kapazität her nicht ganz einfach sei, sich um solche Angelegenheiten zu kümmern. Dann komme noch hinzu, das dürfe man nicht vergessen, wenn so etwas bis weh tue, dann gehe es bis vors Gericht und dann beschließe die Staatsanwaltschaft keine Strafverfolgung zu machen. Es sei alles schön und gut, man habe überall Reglements, die Polizei verrichte vielleicht noch eine Arbeit, die nicht ausreiche, weil sie nicht mehr machen könne. Da müsse man auch verstehen, das sie als Polizei, die zu jedem Einsatz im gesamten Kayltal gerufen werde und während der „Présidence“ noch anderen Angelegenheiten nachgehen müsse, nicht hinter jedem gehen könne, der seinen Hund ausführe oder Dreck wegwerfe. Er meine, Dreck wegwerfen oder mit seinem Hund „kacken“ gehen, werde doch heutzutage hier in Luxemburg angesehen als ob das nichts wäre. Er habe noch nie gehört, dass die Staatsanwaltschaft eine Strafverfolgung deswegen gemacht habe. Nun gut, so Bürgermeister Haine, dann müssten sie einmal 20 Euro haben und die bezahlten sie auch noch nicht, wenn sie kein Geld hätten. Dem sei dann eben so. Er fragt, wie man dieses Problem in den Griff bekommen wolle, wenn die Leute sich einfach an nichts halten und keine Manieren hätten. Man habe doch auch beschlossen, dass man einen „Agent municipal“ einstellen wolle; dessen Kompetenzen seien aber begrenzt. Die würden sich auch über die ganze Aggressivität beschweren, die in der Gesellschaft herrsche. Wenn sie jemand etwas sagten, bekämen sie nur dumme Bemerkungen gemacht oder sie würden auch noch schlichtweg handlich angegriffen. Das seien selbstverständlich Angelegenheiten, wo man sehen müsse, wie man damit zurechtkomme. Er sei aber auf jeden Fall der Meinung, dass man nicht nur überall alles abschließen und Verbote aussprechen sollte, worunter dann andere Leute wegen „Drecksäcken“ leiden müssten, die sich an nichts halten. Er bittet nunmehr zum Votum überzugehen.

**** Einstimmig bewilligt der Gemeinderat die vorliegende Hunderolle.**

PUNKT 9 DER TAGESORDNUNG

**Genehmigung von Einnahmeerkklärungen;
(Besprechung und Beschlussfassung);**

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig (mit 10 Stimmen, Rat Peiffer hat den Saal verlassen) nimmt der Gemeinderat Einnahmeerkklärungen in Höhe von 1.228.647,60 Euro an.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man insgesamt Einnahmen in Höhe von 1.228.647 Euro zu verzeichnen habe. Nun sei dem aber so, dass ein großer Teil davon aus der 3. Tranche der staatlichen Dotation in Höhe von 1.225.764,26 Euro bestehe. Ansonsten seien es kleinere Einnahmen aus Rückzahlungen und dem Subsid in Höhe von 2.000 Euro des Familienministeriums für den Seniorenplan. Zu letzterem sei gesagt worden, dass der, wenn er einmal fertig gestellt sei, auch vorgestellt werden sollte.

**** Einstimmig (mit 10 Stimmen, Rat Peiffer hat den Saal verlassen) nimmt der Gemeinderat Einnahmeerklärungen in Höhe von 1.228.647,60 Euro an.**

**** Rat Peiffer nimmt wieder an der Sitzung teil.**

PUNKT 10 DER TAGESORDNUNG

Informationen von Seiten des Schöffensrates über

a) Projekte in Ausführung;

b) zukünftige Projekte;

c) prinzipielle Genehmigung(en);

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass es hier hauptsächlich um unser Nationales Grubenmuseum gehe. Darüber habe man bekanntlich bereits einmal eine Diskussion geführt. Jeder wisse, dass man immer bereit sei diese A.s.b.l. zu unterstützen. Man habe als Gemeinde in der Vergangenheit auch relativ viel in das Museum investiert. In den vergangenen Jahren hatte man auch im außergewöhnlichen Budget relativ viele Beträge vorgesehen, um die A.s.b.l. zu unterstützen. Von der Museum-A.s.b.l. habe man im April einen Brief erhalten, in dem vorgeschlagen wurde, die Lokomotiven zu modernisieren, d. h. eine neue Lokomotive zu erwerben und auch den Schuppen mit der Werkstatt auszubauen, um dementsprechend die neue Lokomotive unterzubringen und auch um in der Werkstatt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Im Vorfeld habe die A.s.b.l. die „Oeuvre Nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte“ angeschrieben, die ihnen 390.000 Euro zugesagt habe, allerdings sei der Wunsch geäußert worden, dass die Gemeinde und das Ministerium sich auch daran beteiligen sollten. Im Brief vom 26. März der „Oeuvre Nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte“ stehe auch, dass diese 390.000 Euro an die Bedingung gebunden seien, dass auch die Beteiligung der Gemeinde und des Ministeriums angefragt werde. Der Schöffensrat habe sein prinzipielles Einverständnis für einen Zuschuss in Höhe von 150.000 Euro gegeben und er habe ihnen auch mitgeteilt, dass man diesen Betrag im nächsten Budget 2016 verankern werde. Die Räte werden diesen Betrag dann auch im Budget 2016 vorgestellt bekommen. Es sei dem aber auch so, dass in der Zwischenzeit die A.s.b.l. im Rahmen des 10. Fünfjahresplanes Projekte eingereicht habe. Diese Projekte mussten vor dem 30. Oktober im Tourismusministerium eingereicht werden. Die vorgeschlagenen Projekte bezifferten

sich auf rund 880.000 Euro. Da sei der Gedanke, die gesamte Umgebung zu modernisieren, sowie man das als Gemeinde sowieso vorhabe. Da hätte die A.s.b.l. auch Projekte, um auf dem „carreau“ selber zu zeigen, wie der Zug früher herausfuhr. Das sei eines der Projekte. Ein anderes Projekt bestehe darin, die gesamte Führung durch das Museum zu modernisieren, respektive auch den Empfang, den „Accueil“ für die Besucher modern zu gestalten und zu vergrößern. Beim Empfang selber wolle man auch Toiletten herrichten. Das sei vielleicht jetzt nicht das allerwichtigste Problem, aber es sei trotzdem wichtig. Die Touristen müssten, wenn sie bis aus dem Bus gestiegen seien und im „Accueil“ seien und nach der Toilette fragten, immer wieder zur Brasserie geschickt werden. Der „Accueil“ solle wie gesagt auch größer und freundlicher gestaltet werden; es sollen auch mehr Räumlichkeiten für die Ausstellungen kommen; dann sei auch vorgesehen, „Expositions permanentes“ und „Expositions temporaires“ dort zu schaffen, sowie die ganze Umgebung, dort wo die Gruben, das Pulverhäuschen und die „Maison Gonner“ seien, neu zu gestalten. Zusätzlich dazu habe man bekanntlich als Gemeinde noch immer vor, dort auf diesem Standort einen Skateboard-Park zu machen. Da sehe der Schöffensrat demnächst den Architekten, um mit ihm über das Projekt zu reden, damit man auch Kostenvorschläge ausarbeiten könne, um die dem Gemeinderat vorzulegen. Man habe den Gemeinderat eigentlich darüber informieren wollen, dass das Dossier der A.s.b.l. eingereicht worden sei, aber man wisse, dass da immer die Bedingung sei, dass die Gemeinde selbstverständlich ihre Zustimmung für jede Investition geben müsse, die vorgenommen werden solle. Man habe sich aber als Schöffensrat erlaubt, damals bereits einen Brief zu schreiben mit der prinzipiellen Zustimmung für einen Zuschuss in Höhe von 150.000 Euro für die neue Lokomotive und den Schuppen, denn er meine, dass man nie mehr eine solche Gelegenheit bekomme, 390.000 Euro von einer anderen Institution übers Ministerium hinweg zu erhalten. Das Tourismusministerium habe auch seine Zustimmung gegeben, um der A.s.b.l. ebenfalls 150.000 Euro zu gewähren, so wie die Gemeinde Rümelingen. Er meine, dass es doch aber schön sei, dass man dieses Projekt verwirklichen könne. Es sei eine Elektrolok mit 2 neuen Wagen vorgesehen und wie gesagt, die müsse auch untergebracht werden. Im Augenblick sei dem so, dass man eine Trennung zwischen Fuhrpark und Werkstatt bekommen wolle und die Werkstatt auch moderner gestalten möchte. Da seien doch dann auch Initiativen ergriffen worden, um das Nötige in die Wege zu leiten. Da werde dann auch der technische Dienst der Gemeinde mit eingebunden, damit die auch Bescheid wüssten, dass die Gemeinde dort alles begleiten könne. Man sei doch auch in der A.s.b.l. selber vertreten mit dem Ministerium übrigens. Er hatte auch selber mit Herrn Heil eine Unterredung bei der Staatssekretärin, die er ihm organisiert hatte, um einmal kurz mit Madame Closener über das Museum selber zu reden. Er denke, dass man dort auch immer die Unterstützung des Ministeriums haben werde, um auch dort in Zukunft planen zu können. Es sei auch am Museum selber, seine Bedürfnisse, auch was das Personal anbelange, dem Ministerium einmal konkret darzulegen, um dort eine bessere Unterstützung in Zukunft zu erhalten. Im Augen-

blick sei dem bekanntlich so, dass man für die Betriebskosten bis jetzt immer rund 120.000 Euro vom Ministerium bekommen habe. Es sei dem auch so, dass das Museum jetzt seit 2 Jahren rund 40.000 Euro pro Jahr im ordentlichen Haushalt von der Gemeinde bekomme. Er wolle dem Gemeinderat hier aber auch von einem Brief erzählen, der leider jetzt nicht im Dossier liege, aber wo die A.s.b.l. den Schöffenrat frage, um diesen Betrag von 40.000 auf 60.000 Euro erhöht zu bekommen. Das müsse man dann im Rahmen der bestehenden Konvention prüfen, wo man dann aber vorschlage, diesen Betrag dann auch ins Budget zu setzen. Es sei dem einfach so, dass eine Person, die bis jetzt 4 Jahre fürs Museum gearbeitet habe, wo das dann von der ADEM bezahlt wurde, definitiv vom Museum übernommen wurde, weil diese Regelung eben vorüber sei. Er wisse nicht mehr, wie diese Prozedur genannt worden sei, vielleicht „réinsertion dans l'emploi“ oder ... er habe keine Ahnung, wie das alles genannt wurde. Das sei 4 Jahre von der ADEM übernommen worden und jetzt müsse das Museum diese Person übernehmen und dann auch als A.s.b.l. bezahlen, was dann aber mit sich bringe, dass das viel mehr Unkosten für das Museum werde und sie nicht mehr funktionieren könnten, wenn man diesen Beitrag nicht erhöhen würde. Das wolle er dem Gemeinderat auch sehr klar sagen. Das seien einmal die Angelegenheiten, die er hauptsächlich über diesen Weg habe mitteilen wollen.

Jeder wisse sicherlich, dass das neue „Précocé“-Gebäude in der Zwischenzeit eröffnet wurde. Nach den Allerheiligen-Ferien seien die 2 Klassen jetzt in diesem Gebäude. Er habe gehört, dass alle voll zufrieden seien, die Kinder sowohl wie das Lehrpersonal, und er hoffe, dass die Eltern das auch seien. Da sei man auch dabei zu versuchen, das mit dem technischen Dienst abzuschließen, so dass man auch mit diesem abgeschlossenen Projekt nochmals in den Gemeinderat komme, da jeder doch auch nach den Diskussionen, die man hier im Gemeinderat hatte, wisse, dass man zusätzliche Arbeiten gemacht habe. Da sei von der Sicherheit geredet worden. Man hatte bekanntlich auch gesagt, dass man die Kinder nicht über den Parkplatz laufen lasse. Da habe man dann einen Weg an den Bäumen und dem Geländer entlang anlegen lassen. Da kämen dann auch neue Umzäunungen auf der anderen Seite hin und es kämen auch Lampen dahin, um das in der dunkleren Jahreszeit und abends besser zu beleuchten. Da sei auch der Vorschlag gewesen, moderne Lampen anzubringen, weil man schon eine neue, ganz moderne Schule da habe. Daneben, das habe auch jeder gemerkt, habe der Schöffenrat auch beschlossen, das Werk von Albert Hames zu erhalten, indem dieses Stück Mauer da herausgenommen wurde und auf der Seite neu installiert worden sei. Dafür musste auch ein neuer schöner Sockel angefertigt werden und das werde dann auch noch beleuchtet werden. Er meine, das seien zusätzliche Ausgaben, die noch kämen. Als die Baustelle geöffnet wurde und als dort all diese Gebäude abgerissen wurden, seien bei der Mauer noch Angelegenheiten festgestellt worden, die man vorher nicht gesehen habe. Da müsse jetzt dort auch noch zusätzlich verarbeitet werden, wenn er das einmal so sagen könne und es müsse eine Isolation zwischen der Mauer und dem Modulbau kom-

men, was dann auch noch an Kosten hinzukomme. Das seien dann alles noch nachträgliche Angelegenheiten, die anstehen. Man habe zusätzlich beschlossen, im nächsten Jahr, wenn das Wetter wieder besser sei, den Spielplatz zu amenagieren, was bekanntlich auch nicht im Kostenvoranschlag für den Modulbau enthalten war. Deshalb müsse man noch prüfen, was da noch hinzukomme.

Das seien die Informationen, die er hier habe geben wollen. Dann wolle er hier das **prinzipielle Einverständnis des Gemeinderates für diese Unterstützung für das Museum vom Gemeinderat einholen, ebenso für die Renovation des Schuppens und der Werkstatt, und dann zusätzlich noch das prinzipielle Einverständnis des Gemeinderates, um die finanzielle Hilfe ab 2016 von 40.000 auf 60.000 Euro anzuheben.**

Rat André Theisen tut dar, dass das „Musée national des Mines de fer“ für die Rümelingen und das gesamte Land ein Begriff sei. Die Rümelingen Bürger seien stolz darauf. Die Verantwortlichen des Museums wissen, was für dessen Erhalt denkbar nötig sei, denn es sei eine Erinnerung und ein „Hommage“ an unsere Bergarbeiter. Die finanzielle Beteiligung unserer Gemeinde liege bei 150.000 Euro. Die „Oeuvre Nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte“ beteilige sich mit 390.000 Euro und das Tourismusministerium beteilige sich mit 130.000 Euro. Er stelle sich die Frage, denn es seien viele Museen in der Stadt Luxemburg, weshalb das Kulturministerium, das sehr oft noch eine Finanzspritze gebe, sich hieran nicht beteilige. Die Beteiligung der Gemeinde sei außergewöhnlich. Die Konvention, die die Gemeinde mit dem Museum habe, entspreche nicht gerade den heutigen Gegebenheiten. In der Konvention gehe die Rede von der Zahl der Eintrittskarten und auch von... Es seien 25.000 Euro gewesen, da sei es auf 40.000 Euro gestiegen, die unsere Gemeinde finanzieren sollte. Deshalb solle die bestehende Konvention überarbeitet werden. **Die CSV votiere selbstverständlich diese finanzielle Beteiligung von 150.000 Euro.** Es sei das Museum der Rümelingen, es sei unser Museum.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Man wisse, dass man die Konvention vor 2 Jahren geändert habe, wo die Bedingung mit den Besucherzahlen nicht mehr so in der Konvention stehe, weil man damals bereits von 25.000 auf 40.000 Euro angehoben habe. Da sei das geändert worden und da seien auch die Statuten des Museums neu votiert worden, wo die Gesellschaft auch eine „A.s.b.l. d'utilité publique“ geworden sei. Das bedeute, dass dann eben Leute, die ein Don machten, dass auch steuerlich absetzen konnten. Man sollte das dann alle hier machen. Es sei dann noch hinzugekommen, dass die A.s.b.l. für einen symbolischen Euro - das sei ja sehr nett von der A.s.b.l. gewesen - sämtliche Gebäude, die sie besaßen, an die Gemeinde übertrugen. Das sei nämlich auch immer ein Problem für die A.s.b.l. gewesen, weil sie dann auch immer in ihrer Buchführung im Aktiv-Passiv Wahnsinnssummen hatten, die sie aber nicht hatten. Es sei doch auch klar, dass diese A.s.b.l. ohne das Ministerium und die Gemeinde Rümelingen nicht funktionieren könne. Man habe eine Konvention mit dem

Tourismusministerium, nicht mit dem Kulturministerium. Es sei aber auch klar, dass man zusehen müsse, vielleicht an das Kulturministerium heranzutreten, um zu erfahren, ob da eine Zusammenarbeit möglich sei, wobei er aber sagen wolle, dass dem Schöffenrat auch daran gelegen sei, dass es eine Garantie geben müsse, immer in Zukunft eine relativ großzügige Unterstützung zu erhalten, die man bisher über das Tourismusministerium bekommen habe. Das müsse man aber auch sehr klar sagen, dass das Tourismusministerium das Museum bei allem immer unterstützt habe, auch bei den Investitionen noch nie „Nein“ gesagt habe. Die Gegenleistung sei dann auch gewesen, dass die Gemeinde Rümelingen auch immer bereit sein müsse, das zusätzlich zu unterstützen. Mehr könne er da im Augenblick nicht dazu sagen. Man sei zuversichtlich, dass man in Zukunft mehr Unterstützung im Allgemeinen vom Staat bekommen werde. Da hatte man auf jeden Fall die Unterstützung der Frau Staatssekretärin. Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es sonst noch eine Anmerkung gebe.

Rat Edmond Peiffer legt dar, dass man als **KP vollständig mit diesem prinzipiellen Einverständnis einverstanden** sei, weil dies doch im Interesse von Rümelingen sei.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Er erklärt, dass man somit das prinzipielle Einverständnis der beiden Oppositionsparteien sowohl für die Anhebung von 40.000 auf 60.000 Euro als auch für die 150.000 Euro habe. Jeder wisse, dass die Gemeinde Rümelingen die Umgebung gestalte. Man werde sowohl die „Skateboard“-Piste wie auch einen zusätzlichen Parkplatz da schaffen, wo im Augenblick noch diese Wiese neben dem Spielplatz sei. Dafür werde man dann auch im Budget die notwendigen Summen vorsehen. Sodann gehe man zum nächsten Punkt über.

PUNKT 11 DER TAGESORDNUNG

Fragen an den Schöffenrat

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob hier Fragen zu stellen seien.

Rat Marco Heil möchte noch ein paar Worte zu einem Thema sagen, das in der Woche viel diskutiert worden sei, für seine Begriffe aber banalisiert worden sei, und das jetzt schlussendlich ein Problem der Gemeinden sein solle. Er finde es eine Farce unserer Regierung die ganze Burka-Problematik auf die Gemeinden abzuwälzen. Eine Reihe Politiker hätten wie so oft in der Vergangenheit den Schwanz wieder eingezogen. Er frage sich, wo die Frauenrechtler und alle unsere Chancengleichheitsvertreter seien. Man höre nichts von ihnen. Sie würden den Kopf in den Sand stecken wie der Strauß, um sich zu diesem Thema nicht zu Wort melden zu müssen. Man habe Quotenregelungen in der Politik, in den Chefetagen der Betriebe und daneben lasse man einfach hier in Luxemburg zu, dass eine Religion die Frauen diskriminiere, zu Hause einsperre und nur verummmt hinaus auf die Straße lasse. Hypokri-

sie nenne er das und er werde keine Gelegenheit verpassen, das laut und deutlich zu sagen. Unsere Regierung fordere nun unsere Gemeinden auf, Position zu beziehen. Vielleicht werde spätestens jetzt jeder sich Gedanken darüber machen; viele Bürger seien aufgebracht über diese lächerliche Entscheidung unseres Staatsministers nach einer Abstimmung mit allen Parteien. Jetzt sollen die „Pécherten“, die „Agents municipaux“ sich darum kümmern. Das sei zum Lachen. Wie soll man denn jetzt dafür sorgen, dass ein Gemeindereglement respektiert werde, als ob die nicht schon genug Probleme hätten, wie ihre Gewerkschaft in der Pause verlauten lasse, wie der Herr Bürgermeister vorhin bereits gesagt habe, dass es von verbalen bis zu körperlichen Aggressionen gehe. Und dabei habe noch lange nicht jede Gemeinde einen solchen Beamten. Diese Problematik müsse für ihn sehr klar auf nationaler Ebene geregelt werden. Verschleiern, verummten, verstecken, unterdrücken und einsperren sei ohne Zweifel ein Gebrauch der radikalen Seite dieser Religion. Er frage sich, wie naiv man hier überhaupt sei, um so etwas bei uns hier zu akzeptieren. Das Viertel Molenbeek in Brüssel in Belgien sei das beste Beispiel. Er möchte wissen, wie es überhaupt mit unserer Verfassung, unserem Grundgesetz sei, wo Gleichberechtigung klar definiert sei. Es stehe darin, „unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Hautfarbe und Religion“. Die Leute, die meinten man habe im Augenblick andere Probleme in unserer Regierung, hätten leider noch immer nicht verstanden, dass ein Zusammenleben in unserer Multikulti-Gesellschaft ohne Regeln einfach nicht möglich sei. Es gebe bei uns wie überall auf der Welt Regeln, die notwendig seien um ein Zusammenleben zu garantieren. Jeder, der sich nicht daran halten wolle, der sei frei, dahin zu gehen, wo es ihm besser gefalle und wo die Regeln seinen Gewohnheiten und seinen Vorstellungen entsprechen. Er danke fürs Zuhören.

Rat Edmond Peiffer legt dar, dass er vollständig mit dem einverstanden sei, was Herr Heil gesagt habe, denn es sei wirklich ein Hohn, wenn man bedenke, dass von Staatsebene alles auf die Gemeinden abgeschoben werde, was im Grunde genommen ein nationales Problem werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er wisse nicht, ob man hier heute eine große Diskussion darüber führen solle. Jeder habe da doch seine Meinung. Er finde es nur schade, dass das Problem, falls es ein Problem sein sollte, erst dieses Jahr entdeckt worden sei. Die Angelegenheit mit der Burka gebe es schon lange, und irgendjemand sei dann auf die Idee gekommen, ein Gesetzesprojekt vorzuschlagen und andere würden auf diesen Zug in der gesamten Diskussion springen. Dass man einmal eine Diskussion über unsere Gesellschaft und das zukünftige Zusammenleben in unserer Gesellschaft führen müsse, das habe man bereits beim Hundekot gesehen, aber das gehe über die Burka hinaus, meine er auf jeden Fall. Ob ein Burka-Verbot viel bringe, wenn 16 Frauen mit der Burka herumlaufen, da meine er, dass das Problem ein ganz anderes sei. Er finde es schade, dass man über die Burka diskutieren müsse, und das Problem dahinter nicht aufgreife. Es werde z. B. von einer Vereinigung in Esch geredet, die für den Dschihad

rekrutieren würde. Er meine, es wäre wichtiger solche Angelegenheiten zu verbieten, wie jetzt dies. Nun gut, er sei selbstverständlich auch für Chancengleichheit und Gleichheit zwischen Frau und Mann. Es sei auch klar, dass für uns unwürdig sei, dass jemand mit einer Burka herumlaufe. Ob man das aber jetzt über Gesetz reglementieren müsse, wisse er nicht. Es sei auch klar und er meine, er gebe Innenminister Dan Kersch nicht Unrecht, der gestern im Radio sagte, dass es auch nicht ganz gut wäre, wenn man gerade jetzt den Fokus der Weltöffentlichkeit durch eine solche Diskussion und ein solches Gesetz auf Luxemburg bringen würde, wo andere Leute dann auf andere Gedanken kämen, wie das, was man eigentlich hier vorhatte. Die Diskussion sei hier in Luxemburg in Gang gebracht, das sei klar und jeder sei auch sicherlich daran beteiligt, nicht nur die Parteien. Aber wie gesagt, er finde die Art und Weise, wie verschiedene Leute dieses Thema aufgreifen, nicht ganz richtig, besonders weil sehr viele das Problem erst heute oder 2015 entdeckt haben, obschon es das schon immer gegeben habe.

Das Problem der Polizeireglements sei sehr klar. Burka oder sonst irgendetwas. Wenn man hier Verbote habe, müsse man sich auch daran halten. Es sei auch sehr klar, dass in allen Gemeinden ein Vermummungsverbot bestehe, aber man sollte immer sehr vorsichtig sein, wenn man mit solchen Verboten komme. Da könnten auch noch ganz andere Leute auf andere Gedanken kommen. Er rede jetzt nicht von der Vermummung, sondern von der Verkleidung überhaupt. Er meine, es habe Zeiten gegeben, da wären die Frauen auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden, wenn sie mit einem Mini-Rock gekommen wären. Er habe eine Reglementierung vom Schengen-Lyzeum gesehen, wo die Mädchen vorgeschrieben bekamen, wie sie sich zu kleiden haben. Er meine, wenn man frei sei, sich zu kleiden wie man wolle, dann gehöre vieles dazu. Man sollte wirklich bei diesen Angelegenheiten trotzdem vorsichtig sein. Auch wenn er die Ängste der Leute und auch sicherlich die Vorbehalte der Leute vor einer solchen Verkleidung verstehen könne, denke er aber, dass man das Problem anders anfassen müsse als nur hierüber zu diskutieren. Seiner Meinung nach sei das Problem ein ganz anderes als jenes der Burka.

Rat André Theisen bemerkt, Bürgermeister Haine habe das jetzt nuancierter gesagt, aber er meine, er habe dem, was Herr Heil, gesagt habe, gar nichts beizufügen. Er habe da ein Plädoyer gehalten, das er sehr gut verstehen könne und wo er auch in die gleiche Richtung denke. Der Syvicol habe sich zu Wort gemeldet, und der Syvicol habe sehr klar und deutlich gesagt, dass es nicht auf die Gemeinden abgeschoben werden könne. Es werde so viel von Gemeindeautonomie geredet, und wenn er dann Gemeindeautonomie denke, bekomme man die bei anderen Angelegenheiten weggenommen und diese Angelegenheit hier bekomme man dann hingeschustert. Er meine, dem könne nicht so sein. Die Stadt Luxemburg habe ein Polizeireglement und da sei das enthalten, und er sei formell dagegen, dass z. B. eine Frau so diskriminiert werde. Das habe nichts mit diesem oder jedem zu tun, wenn man so diskriminiert werde. Er habe 3 Töchter und man sollte sich ein-

mal vorstellen, die würden so da herumlaufen. Das würde ihm heftig weh tun. Er meine, es sei einfach eine Angelegenheit... Bürgermeister Haine habe es richtig gesagt, dass er sage, dahinter hänge noch viel mehr dran, aber er, Rat Theisen, meine, man müsse irgendwo beginnen. Man könne nicht hinten anfangen, man müsse mit etwas anfangen. Bürgermeister Haine habe z. B. das von Esch gesagt. Herr Heil sei vielleicht etwas weiter gegangen, wenn er Molenbeek zitierte, aber man sollte trotzdem die Augen groß öffnen. Es könne nicht sein, er gebe jetzt ein einfaches Beispiel. Justizminister Braz habe einmal in einem Interview gesagt, es wären nicht viele Leute hier im Land, es seien deren nur 16. Er könne sagen, dass vor 2 Wochen in der „Kleederstuf“ 5 Leute miteinander dort waren, die alle eine Burka trugen. Er frage sich, wo die anderen dann sitzen würden. Er meine, das sei sehr, sehr schlimm und wenn man mit diesen Leuten zu tun habe, seien die nicht frei. Die seien nicht frei und die Frau werde diskriminiert und es sei das, was ihn störe.

Bürgermeister Henri Haine erklärt was die Diskriminierung anbelange, würden die Frauen oft diskriminiert, wenn sie bis zu Hause hinter der Haustür seien, aber was ihn überrasche, sei, dass diese Diskussion jetzt auf einmal aufkomme. Er habe auch einen Justizminister Biltgen gekannt, der einmal der Meinung gewesen sei, man brauche kein Burka-Verbot, man brauche kein Gesetz. Der habe das auch gesagt.

Rat André Theisen bemerkt, das sei richtig.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er gebe Herrn Heil Recht, wenn eine Regierung sage, man brauche kein Gesetz, das könne über Gemeindereglements gemacht werden. Da gebe er ihm Recht, dass die Verantwortung auf die Gemeinden abgewälzt werden solle, bedeute dass man sich die Angelegenheit etwas einfach gemacht habe. Dann hätte die Regierung klar Positionen beziehen sollen, wie sie das sehe, aber wie gesagt, er gebe dem Innenminister aber auch Recht mit all den Diskussionen, die man im Augenblick habe mit all den schlimmen Angelegenheiten, die in den letzten Wochen und Monaten geschehen seien. Da sollte man wirklich aufpassen wie man vorgehe. Seiner Meinung nach wäre es wirklich gefährlich, das einfach nur auf die Burka zu reduzieren und die zu verbieten, um dadurch effektiv den Fokus auf Luxemburg zu ziehen. Dann sei man in allen Weltmedien, wenn man das durchziehen würde. Es sei aber sicherlich ein anderes Problem, das sich stelle. Das sei das von der Integration von sämtlichen Leuten in unsere Gesellschaft, nicht nur von den Moslimen, sondern von allen Leuten, die nach Luxemburg kommen und hier leben und arbeiten. Diese Diskussion habe man doch auch schon in anderen Kontexten geführt. Seiner Meinung nach sei es eine große Herausforderung, die sich für Luxemburg stelle, wenn schon immer davon geredet werde, wie er es noch gestern in der Zeitung gelesen habe, dass man etwas nach Brüssel von dem neuen Stabilitätsprogramm bis 2050 geschickt habe, wo man meine dann 1,1 Mio. Einwohner hier im Lande zu haben. Dann gelte es auch, die alle zu integrieren. Das sei eine große Herausforderung, ein großes Problem, das sich uns allen stelle.

Rätin Carole Marx möchte dazu Folgendes sagen. Man habe bekanntlich auch eine Chancengleichheitskommission hier in Rümelingen, von der sie Präsidentin sei. Sie müsse sich da auf die Seite von Herrn Heil stellen. Sie gebe ihm vollkommen Recht mit dem, was er sage. Dass nun aber nur die Frauen, die eine Burka tragen, an den Pranger gestellt werden, finde sie im Grunde genommen etwas schade. Eigentlich sei die Angst doch nur jene, dass man nicht wisse, wer unter dieser Verkleidung da stecke, mit dieser Vermummung. Das bedeute, wenn eine Frau heute ihre Religion in dem Sinne austrage, dann sei dem so, aber die Gefahr gehe doch eigentlich von dem aus, dass es einmal nicht eine Frau sein könnte, die darunter stecke und eben ganz andere Absichten habe. Sie meine, daher komme die Angst und daher sei dem auch so, dass man das nicht hinnehmen könne, dass ein Mensch so da herumlaufe. Es sei wie Herr Heil sage, wenn er mit dem Motorhelm auf in eine Tankstelle gehe, dann müsse er seinen Helm abnehmen, um sein Gesicht zu zeigen. Wenn man in eine Bank eintreten wolle, müsse man auch sein Gesicht zeigen, denn niemand wisse, was darunter oder dahinter sei.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er hoffe, dass alle Leute, die nach Dubai in die Ferien gehen, dort nicht vor Angst sterben, wenn sie da spazierten. Seiner Meinung nach sei es sicherlich eine große Herausforderung für dieses Land und für Europa überhaupt, diese ganze Integration. Er finde es nur schade, dass auf einmal eine Burka-Diskussion hier losgetreten werde, gerade hier in Luxemburg. Die hätte doch auch vor mehreren Jahren geführt werden können, aber weshalb gerade jetzt in den Ereignissen, die geschehen. Das Problem, das sich stelle, greife weiter aus und sei auch weitaus größer und dann noch alles was es dahinter mit sich bringe. Wo man sich einig sei, sei, dass es schade sei, dass eine Regierung in der gesamten Diskussion dann einfach sage, man brauche kein Gesetz, das könnten die Gemeinden regeln. Die Verantwortung auf die Gemeinden abzuwälzen bei dieser Problematik sei auch nicht so evident und da gebe er Herrn Heil auch vollständig Recht. Er habe seine Meinung gesagt und er wolle die jetzt nicht nochmals wiederholen. Er sei einmal mit seiner Frau in Sibirien in der Kälte gewesen und da seien auch viele Leute herumgelaufen, die man nicht erkannt habe. Man verstehe, dass das Problem hier ein anderes sei und er meine, damit wolle er eben sagen, dass nicht die Burka das Problem sei.

Rat André Theisen legt dar, Bürgermeister Haine müsse doch aber auch sagen, dass dessen Partei, der Parteipräsident Herr Haagen selber gesagt habe, dass der gerne ein Gesetz über die Burka hätte. Der habe das auch gesagt, und der sei von Bürgermeister Haines Partei.

Bürgermeister Henri Haine betont, man könne diese Diskussion hier jahrelang weiterführen. Er habe doch nicht gesagt, dass der Parteipräsident das nicht gesagt habe. Er hätte, wenn er die Gelegenheit gehabt hätte, aber gerne dem Parteipräsidenten gesagt, der solle sich über die Burka hinweg mit anderen Problemen befassen und das verbieten, denn er, Bürgermeister Haine, meine, es habe keinen Wert, die Burka

zu verbieten, wenn man dann Vereinigungen gewähren lasse, die gleich was mit den Frauen machten und die gleich was hier in Luxemburg machten und dass man dann so mache, als ob das nicht schlimm wäre. Dann werde auch noch gesagt, die würden überwacht, aber was sei das denn. Man wisse haargenau, dass dort etwas sei. Ein normaler Bürger wisse nicht, was alles dort geschehe. Dann komme noch unsere Schura, die dann ein „Communiqué“ herausgebe, dass die das sehr schlimm finde, dass auf ihren Fenstern gezeichnet sei und dass sie sich in Zeiten fühlten als die Juden mit einem gelben Stern gehen mussten. Er finde das eine Sauerei, dass diese Leute überhaupt ein solches „Communiqué“ herausgeben. Die sollten sich einmal die Frage stellen, welche Leute in ihren Kreisen zirkulierten, ehe sie solche Dummheiten wie dieses „Communiqué“ herausgeben. Das sei das Problem, das sich stelle.

Rat Marco Heil möchte noch antworten. Bürgermeister Haine habe zwei Mal gefragt, weshalb die Diskussion jetzt erst losgetreten worden sei. Er könne nur für seinen Teil darauf antworten, weshalb er die Diskussion jetzt in Gang bringe. Das sei ganz einfach, weil jetzt erst die Regierung vor 2 Tagen beschlossen habe, dass das ein Problem der Gemeinden sei. Das sei der Grund, weshalb er jetzt erst damit komme.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, er rede nicht von dem, was erst seit zwei Tagen sei, er rede von dem, was es in diesem Augenblick in diesem Lande an Diskussionen gebe. Wenn man sich darauf begrenzen wolle und sonst nichts..., wie gesagt, für ihn sei das Problem ein weitaus größeres als dieses und das bekomme man auch nicht dadurch gelöst, aber wo man sich einig sei, sei man sich einig. Man brauche ja hier nicht zu votieren. Das Polizeireglement werde man auch noch sehen. Er will wissen, ob es sonst noch Fragen gebe.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass vor der alten Gemeinde in der Nic.-Platschette-Straße der gesamte Platz mit Palisaden abgeschlossen wurde und da wolle er wissen, aus welcher Ursache das sei.

Bürgermeister Henri Haine lässt sich von Rat Theisen bestätigen, dass er den Parkplatz davor meine. Das habe damit zu tun, dass das Vordach schon lange abgestützt worden sei und da wolle man reparieren.

Rat André Theisen legt dar, dass bei der neuen „Précocé“-Schule auf dem alten Friedhof - Bürgermeister Haine habe es vorhin gesagt, was da zusätzlich gekommen sei - ein Weg angelegt wurde, was eine sehr gute Angelegenheit sei. Man müsse nicht über den gesamten Parkplatz gehen, um zur Schule zu gelangen und trotzdem müsse man durch die Einfahrt zum Parkplatz gehen, um auf diesen Weg zu kommen. Er frage, ob es nicht eine Überlegung wert sei, eine Treppe oder einen kleinen Weg in der Kurve vom Bürgersteig anzulegen, um sofort auf diesen Weg zu kommen. Er würde meinen, dass das zum sicheren Schulweg beitragen würde.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass eine Treppe immer etwas problematisch sei.

Rat André Theisen verneint, er meine einen Weg.

Bürgermeister Henri Haine entgegnet, da sei doch aber ein gewisser Höhenunterschied.

Rat André Theisen meint, so hoch sei das nicht.

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, dass man das bei der Schule doch auch festgestellt habe. Man werde das schon absichern. Die Kinder müssten aber trotzdem noch immer über die Straße gehen, um in die Schule zu kommen. Wenn sie bis dort seien, so Bürgermeister Haine, werden sie so sicher überkommen, dass das nicht weiter schlimm sei. Man werde auch noch Poller vor der Einfahrt setzen, damit sie dort aber sicher überkommen könnten. Diese Überlegungen seien schon geführt worden.

Rat Gérard Jeitz flieht ein, man habe das nicht im Budget votiert.

Rat André Theisen entgegnet, in der Hüttenstraße habe man das auch nicht votiert und da sei dennoch ein Fahrradweg gemacht worden. Was den Pfortner in der Schule anbelange, habe die Gemeinde laut dem Gerede der Leute neuerdings einen Pfortner in der Sauerwiesen-Schule angestellt.

Bürgermeister Henri Haine flieht ein, ein „Concierge“.

Rat André Theisen fährt fort, der Gemeinderat bestimme, wenn ein Posten neu geschaffen werde, werde aber nicht informiert, wer die Person sei und wann sie angestellt wurde, und mit welchem Statut oder wie sie angestellt wurde. Er wolle wissen, ob es ein Handwerker sei, ob diese Person auch zuständig für das Kulturzentrum sei. Es sei sehr frustrierend, wenn man draußen die Frage als Gemeinderatsmitglied gestellt bekomme, ob man einen Pfortner beschäftigt habe, und man müsse antworten, es tue einem Leid, man könne das nicht wissen.

Bürgermeister Henri Haine erwidert ihm, er sei doch sonst immer auf dem Gemeindeamt und frage alles und das hier komme er nicht fragen.

Rat André Theisen fährt fort, dass, obschon die CSV immer einen Pfortner bei der Zentralschule gefordert habe, dies ein Mangel an Information sei. Was den Friedhof und die Lautsprecher für Allerheiligen anbelange, lasse die Lautsprecheranlage zu wünschen übrig. Es sei keine Reklame für unsere Gemeinde, denn gerade an einem Tag wie Allerheiligen würden sehr viele Leute von auswärts auf den Gräbern stehen und es funktioniere nichts. Dieses Jahr sei es eine regelrechte Katastrophe gewesen. Er meine, da müsste etwas unternommen werden.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass man für Allerheiligen immer eine Extra-Anlage habe. Wenn die nicht funktioniere, sei es nicht die Schuld der Gemeinde. Er müsse ehrlicherweise sagen, dass er das noch nicht überprüft habe. Das sehe man zu gegebener Zeit mit dem technischen Dienst nach dem Budget, wenn man die nötige Zeit habe, was da zu machen sei, aber da habe man immer eine Extra-Anlage und die habe bis jetzt noch immer funktioniert. Wenn die nicht funktioniere, sei es die Schuld desjenigen, der diese Anlage liefere. Er habe auch bis jetzt noch nie ein Problem bei einem Begräbnis gehabt, aber man überprüfe das, das sei klar. Der technische Dienst müsse dem Schöfferrat erläutern, woran das an Allerheiligen gelegen habe. Er wisse nicht, ob es die Schuld des Herrn Pfarrers war, weil der nicht nahe genug am Mikrofon gestanden habe, er habe auf jeden Fall keine Ahnung, was da ablief. Er habe sich noch nicht darum gekümmert.

Schöffe Guy Kirsch bittet Bürgermeister Haine einen kurzen Satz sagen zu dürfen. Er wolle Rat Theisen sagen, dass man als Schöfferrat nicht immer alles erfahre. Er habe gestern oder vorgestern ein ziviles Begräbnis gehabt und da sei das auch erwähnt worden und da sei er so wütend geworden, dass er gesagt habe, er werde kein ziviles Begräbnis mehr machen, bis das auf dem Friedhof in Ordnung sei. Es sei nämlich eine Blamage für die Leute, die da reden müssten und man höre dahinter die anderen schreien „Man hört nichts!“ und „Wie redet der da in der Leichenhalle!“ Da habe er das auch von Allerheiligen gesagt und da habe er vom technischen Dienst gehört, es sei die gleiche Anlage gewesen, es sei nur eine Verlängerung bis zum Friedhof gelegt worden.

Bürgermeister Henri Haine erinnert daran, dass alles perfekt funktionierte, als man die großen Begräbnisse hatte, wie jenes z. B. von Herrn Castegnaro. Da habe man bis unten hin alles verlegt. Es sei nicht das Problem der Anlage gewesen, denn jeder Mensch habe alles verstanden. Er selber habe wie gesagt noch nichts gesagt bekommen und der technische Dienst solle sich jetzt darum kümmern und solle untersuchen welches Problem da bestehe, damit man eine Lösung finde.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass er noch nicht fertig war. Er habe nach dem Begräbnis dem technischen Dienst Bescheid gegeben, dass der ein adäquates Büro nehme, das für die „Sonorisation“ zuständig sei, damit man einen Vorschlag erhalte, um auf dem Friedhof eine adäquate Anlage zu bekommen, die auch in einen beheizten Schrank stehen komme, um eine gewisse Feuchtigkeit zu vermeiden. Der technische Dienst habe demgemäß den Auftrag, Vorschläge fürs nächste Jahr einzuholen, damit man sich das ansehen könne.

Bürgermeister Henri Haine erinnert daran, dass man noch immer warten müsse, bis man das neue Budget votiert habe.

Rat André Theisen tut dar, er habe dann noch gesehen, dass ein neues Gemälde hier im Sitzungssaal hänge.

Bürgermeister Henri Haine flieht ein, es sei schön.

Rat André Theisen fährt fort, er habe den Namen der Artistin oder des Artisten nicht lesen können. Er wolle wissen, ob diese Person hier ausgestellt hatte oder ob es ein Geschenk von einem Bekannten sei und ob es ein Luxemburger sei. Selbstverständlich habe man jedes Jahr 10.000 Euro im Budget stehen, um Kunstobjekte zu erwerben. Er möchte wissen, ob man eine Information über den Preis bekommen könne. Er sei kein sehr großer Kunstkenner, aber er meine herauszufinden, dass es einen „Front de taille“ der Minette darstellen könne. Seine Feststellung zu diesem Gemälde sei, dass er mitteilen müsse, dass die Tiefe darin fehle.

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, er gebe ihm in der nächsten Sitzung die notwendigen Einzelheiten über diese Artistin. Die habe übrigens schon hier ausgestellt und die habe auch schon sehr viele Preise gewonnen. Er werde ihm die nötigen Informationen darüber geben, wie viele Preise sie bereits gewonnen habe und welche Preise sie bekommen habe. Wenn er sich drüben hin stelle, dann sehe er auch sehr klar, dass es ein „Front de taille“ sei. Wenn er natürlich 10 Zentimeter davor stehe, dann sehe man das vielleicht nicht.

Rat André Theisen verneint dies, denn er wisse, wie man eine Gemälde ansehe.

Bürgermeister Henri Haine verweist darauf, dass man hier neben ihm noch ein solch großes Gemälde bekomme und dasjenige, das ganz hinten im Saal hänge, sei übrigens von der gleichen Artistin. Dazu habe er keine Frage gestellt. Angesichts der Tatsache, dass man hier alles erneuert und heller gestaltet habe, sei man der Meinung gewesen, hier auch neue Werke auszustellen. Das Werk dort von 2 Meter auf 1 Meter koste rund 3.100 Euro. Er gebe ihm selbstverständlich alle Angaben und er bekomme auch ihre Facebook-Seite, die er sich dann anschauen könne.

Dann müsse er noch etwas beantworten, nämlich den Namen des Pfortners. Es tue ihm Leid, wenn man den Namen noch nicht mitgeteilt habe. Bei ihm handele es sich um Armand Humbert aus Rümelingen. Er sei auch in unserer Feuerwehr und habe bei der WSA gearbeitet. Er hatte viel mit der Organisation von Arbeiten zu tun und er könne auch, wie gesagt, handwerkliche Arbeiten verrichten. Herr Humbert sei in dem Statut eingestellt, das man hier votiert hatte. Man hatte hier den Posten votiert und er sei auch im Statut eines Pfortners angestellt worden.

Rat André Theisen möchte wissen, ob eine Stelle nicht ausgeschrieben werden müsse.

Bürgermeister Henri Haine verneint dies. Das laufe alles über den Südgemeinden-Kollektivvertrag, also ein „Salarié à tâche manuelle“.

Rat Edmond Peiffer legt dar, er habe noch eine Frage. Es handele sich wieder um dasselbe; es gehe um das Benehmen der Leute. Sein Bruder musste kürzlich mit dem Krankenwagen

abtransportiert werden. Dort sei ein Standplatz für Behinderte, aber es sei nichts frei gewesen als der Krankenwagen kam. Alles war von Fahrzeugen besetzt auch der Behindertenplatz. Es habe einen kleinen Stau gegeben, weil die Fahrzeuge nicht vorbeifahren konnten. Da habe er auf das Hinweisschild aufmerksam gemacht und da habe der Sanitäter ihm erklärt, dass das normalerweise auch auf dem Boden im Stationierungsfeld eingezeichnet sein müsse.

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, dem sei so: Diese Diskussion habe man auch schon x-Mal hier gehabt. Jeder erzähle da etwas anderes. Wichtig sei das Hinweisschild und das müsse reglementiert sein. Was auf dem Boden sei, zähle nicht, denn wenn Schnee liege, sehe man es nicht. Rat Peiffer habe schon nicht Unrecht. Denn vorher sei dieses Feld immer als solches gezeichnet gewesen und jetzt, als die Straße erneuert wurde, sei es nicht mehr nachgefärbt worden. Das Problem sei, dass „Ponts&Chaussées“ oben angefangen habe und nur diese Linie eingezeichnet habe, kein Stationierungsfeld, weil die das nicht mehr machen. Er sei der Meinung, man sehe nach dem Rechten und dann gebe man das weiter an den technischen Dienst, damit auch diese Felder, die als Behindertenplätze ausgewiesen seien, wieder auf dem Boden als solche gekennzeichnet seien, aber es sei nicht das, was auf dem Boden sei, was maßgebend sei. Es sei ein Schild da, und da wisse jeder, dass er diesen Stellplatz freihalten müsse.

Rat Edmond Peiffer möchte wissen, ob dann gleichzeitig auch die anderen Standplätze eingezeichnet werden.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, das müsse man mit dem technischen Dienst besprechen, wie man das mache. Da müsse man dann auch eine „permission de voirie“ bei „Ponts&Chaussées“ anfragen. Man sei eigentlich davon ausgegangen, dass „Ponts&Chaussées“ das noch machen werde.

Rat Jean Copette möchte im Rahmen der Parkplätze nochmals fragen, wie weit man mit dem „Camionnettes“-Reglement fortgeschritten sei.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass, so weit er informiert sei, das „Camionnettes“-Reglement rezent im „Mémorial“ veröffentlicht worden sei. Es sei nun an der Gemeinde, das umzusetzen. Man habe allerdings jetzt ein neues Moment, da das Studienbüro „SchroederAssociés“ mitgeteilt habe, dass jetzt auch unser Verkehrsreglement fertiggestellt sei und dass man es demnächst votieren könne, aber das „Camionnettes“-Reglement könne man jederzeit in Kraft treten lassen.

Schöffe Guy Kirsch flucht ein, man habe das auch schon in der letzten Sitzung diskutiert und da habe man gesagt, dass der Schöffenrat das in Kraft treten lasse, ab dem Augenblick, wo man auch den „Agent municipal“ habe, ansonsten es nichts bringe.

Rat Jean Copette weist auf abends hin.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass man es schon anlaufen lassen könne.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass man doch auch noch die entsprechenden Verkehrsschilder setzen müsse und man habe ja auch gesagt, dass man erst einmal eine kleine Versuchsphase habe, um die Leute darüber zu informieren ehe die repressive Phase beginne.

Rat Marco Heil möchte wissen, weshalb man einen „Agent municipal“ haben müsse, ehe man das in Kraft treten lasse.

Schöffe Guy Kirsch erklärt, sein Gedanke sei einfach, wenn keiner sich hernach daran halte, dann sei es nur der „Agent municipal“, der das kontrolliere, denn die Polizei habe bereits gesagt, sie hätte nicht genug Personal, um das zu überwachen. Es sei wieder das gleiche Problem wie vorhin. Der „Agent municipal“ könne auch kein „Avertissement taxé“ geben. Er könne nur die Autonummer aufschreiben und die an die Polizei weiterreichen, die dann alles andere übernehme.

Bürgermeister Henri Haine betont, die Polizei würde auch in einer ersten Phase helfen, das sei klar, aber hernach sei es am „Agent municipal“ das allgemein zu kontrollieren.

Schöffe Guy Kirsch wiederholt, dass der „Agent municipal“ kein „Avertissement taxé“ geben könne. Das könne der doch nicht.

Rätin Marx und **Rat Heil** reden miteinander.

Bürgermeister Henri Haine bittet darum, nicht wieder die gleiche Diskussion, die man bereits hatte, zu wiederholen. Es gehe jetzt nicht an zu sagen, die machten das nicht. Ehe man das Reglement umsetze, werde man mit der Polizei reden, um selbstverständlich aber gezielt da vorzugehen, denn wenn man schon etwas Neues umsetze, habe man doch auch all Interesse daran, dass das gut funktioniere. Die Leute müssten auch wissen, wenn ein Verbot vorhanden sei, müsse man das auch einhalten. Es sei doch aber ganz klar, dass man mit der Polizei darüber rede, um in einer ersten Phase auf ihre Mithilfe zählen zu können. Davon abgesehen, wenn jemand im Stationierungsverbot stehe, dann stehe er im Stationierungsverbot und müsse von der Polizei abgeschleppt werden. Er hoffe, dass die Leute das Verständnis haben, wie das in anderen Gemeinden doch auch funktioniere. Überall wo „Camionnettes“-Verbot sei, werde sich doch aber größtenteils daran gehalten. Das müsse man aber auch sagen und dann hoffe er, dass dem in Rümelingen auch der Fall sein werde.

Rat André Theisen meint, dass man dann doch auch nicht zu warten brauche, wenn sich daran gehalten werde.

Rätin Carole Marx findet, dass dann aber auch etwas geschehen müsse, wenn sich nicht daran gehalten werde.

Bürgermeister Henri Haine fragt, ob sonst keine Bemerkung mehr zu machen sei.

Rat André Theisen verneint und dankt ihm.

Bürgermeister Henri Haine fährt fort, dass man dann zum nächsten Punkt übergehen könne.

PUNKT 12 DER TAGESORDNUNG

Verschiedene Korrespondenz;

Im Dossier lagen:

- Dankschreiben der Familie Zirves für das Auslegen des Kondolenzbuches und die schönen Blumen;
- SICONA-WESTEN: Bericht über die Komitee-Sitzung vom 29. Juni 2015;
- TICE: Berichte und Beschlüsse der Komitee-Sitzung vom 30. Juni 2015;
- TICE: Berichte und Beschlüsse der Komitee-Sitzung vom 13. Oktober 2015;
- SYVICOL: Rechenschaftsbericht über die Komitee-Sitzung vom 28. September 2015;

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob hierzu keine Frage zu stellen sei. Wenn nicht, teile er dem Gemeinderat mit, dass die nächste Sitzung am 18. Dezember stattfinde und da gehe es dann darum, um über das Budget 2016 zu befinden und eventuell noch das eine oder andere Dossier, das man auf die Tagesordnung nehmen müsse. Abends sei auch die Jahresabschlussfeier der Gemeinde, zu dem alle Ratsmitglieder herzlich eingeladen seien. Die Ratsmitglieder sollten auch daran denken, dass am 4., 5. und 6. Dezember der Weihnachtsmarkt sei. Da komme anscheinend auch noch St. Nikolaus am 6. Dezember um 16.00 Uhr. Er habe schon zu seinem Sohn gesagt, er könne dann hierhin reklamieren kommen, wenn er morgens nicht das von St. Nikolaus bekommen habe, was er sich gewünscht habe. St. Nikolaus solle mit der Dampflokomotive hier um 16.00 Uhr am Bahnhof ankommen und dann könnten die Kinder ihn besuchen kommen. Er danke fürs Zuhören und werde die öffentliche Sitzung jetzt schließen.

Séance du conseil communal du vendredi, 27 novembre 2015

Début de la séance: 8.15 heures

Fin de la séance: 11.00 heures

Durée de la séance: 2 h 45 min

Présents:

M. Henri HAINE, bourgmestre (POSL);
Mme Viviane BIASINI et M. Guy KIRSCH, échevins (POSL); ainsi que les conseillers M. André THEISEN (PCS), Mme Carole MARX (POSL), MM. Kevin ZECHES (POSL), Gérard JEITZ (POSL), Jean COPETTE (PCS), Edmond PEIFFER (PCL) et Mme Francine LANG-LAUX (PCS). M. Marco HEIL (POSL) présent à partir de 8.40 heures

Secrétaire communale:

Mme Renée GALLO-HOLCHER

Urne:

Mme Carole MARX (POSL);

**** Le rapport de la secrétaire sur la séance du mardi, 6 octobre 2015 est approuvé avec 8 voix et 2 abstentions (conseillers MARX Carole et PEIFFER Edmond).**

En séance publique:

1. Approbation de modifications ponctuelles du PAG

Le conseil communal approuve unanimement (avec 10 voix - le conseiller Heil n'étant pas encore présent) ces modifications ponctuelles du PAG (Plan d'Aménagement Général)

- a) **alentours du centre culturel:** une partie de la "zone de bâtiment public" est transformée en "zone mixte urbaine" et "zone soumise à PAP «nouveau quartier»". (voir plans aux pages 6 et 7)
- b) **zone Kirchberg:** (voir plan à la page 8) Ce petit bout de "zone de tourisme" sera transformé en "zone d'habitation «secteur C»".

2. Approbation de devis

Un devis au montant de 160.000 euros concernant les travaux de réparation au collecteur de la rue des Artisans est approuvé unanimement. (11 voix)

Un autre devis au montant de 65.000 euros concernant les travaux d'application d'enrobés denses à chaud à la voirie rurale au lieu-dit "Hutbiert" est approuvé unanimement. (11 voix)

3. Approbation du programme annuel du syndicat SICONA-OUEST pour l'exercice 2016

Le programme du syndicat SICONA-OUEST pour l'exercice 2016 trouve l'unanimité du conseil communal.

Résumé	ordinaire
Entretien de biotopes	11.062,54 €
Création de biotopes	994,06 €
Information et sensibilisation	1.195,83 €
Cartographies et plans de gestion	1.813,98 €
Protection d'espèces menacées	6.009,70 €
TOTAL	21.076,10 €
à charge du budget communal ordinaire 2016	8.000,00 €

4. Approbation de l'organisation scolaire rectifiée de l'école de musique de l'UGDA pour l'année scolaire 2015/2016 avec la convention y relative

Le conseil approuve unanimement (avec 10 voix, le conseiller Jean Copette ayant quitté la salle) cette organisation scolaire rectifiée avec la convention y relative.

(Veuillez trouver le texte intégral de cette organisation et de la convention aux pages 40 à 41)

5. Approbation du plan forestier pour l'exercice 2016

Le plan forestier qui suit est évacué unanimement:

	Salaires	Factures	Investissements	Recettes
1. Protection de la Nature en milieu ouvert	3.000,00.-		3.000,00.-	500,00.-
2. Gestion durable et protection des forêts	21.250,00.-	30.000,00.-	51.250,00.-	56.625,00.-
3. Protection des ressources cynégétiques et de la faune sauvage	500,00.-		500,00.-	1.400,00.-
4. Sensibilisation et information du public	3.500,00.-	3.500,00.-	7.000,00.-	
5. Surveillance et Police				
6. Logistique	4.750,00.-	21.000,00.-	25.750,00.-	
7. Service au tiers	1.500,00.-		1.500,00.-	
8. Gestion du personnel	10.500,00.-	500,00.-	11.000,00.-	
TOTAL	45.000,00.-	55.000,00.-	100.000,00.-	58.525,00.-

Veillez trouver ci-joint un résumé des coupes

Synthèse des récoltes de bois	(±)Volume en m³	
	Grume	Trituration
Chênes	20,00	30,00
Hêtres	60,00	270,00
Autres feuillus	0,00	100,00
Épicéas	100,00	0,00
Total	180,00	400,00

6. Approbation d'une convention

Le conseil communal approuve unanimement la convention de partenariat relative au projet «Vël'OK».

Cette convention a comme finalité de développer un projet de mobilité douce sur le territoire de la Commune de Rumelange et de mener une politique de sensibilisation et de promotion de la mobilité douce par la mise à disposition d'une offre de vélos en service-libre.

Le projet a une vocation sociale et contribue activement à la lutte contre le chômage. Il contribue en outre au développement socio-économique et présente aussi une vocation écologique par la réduction des émissions CO₂ et œuvre dans ce sens activement dans le cadre de la politique du pacte climat.

L'Administration communale de Rumelange travaille en réseau avec d'autres communes partenaires et accepte le CIGL Esch en tant qu'organisme coordinateur.

Les parties contractantes partagent les connaissances nécessaires au bon fonctionnement du projet.

Ce partenariat permet la création d'emplois pour le projet «Vël'OK - Äre Vëlo, Eise Vëlo».

7. Confirmation de règlements temporaires de circulation

Le conseil communal approuve unanimement 3 règlements temporaires de circulation, à savoir:

- à l'occasion des travaux de construction d'une nouvelle résidence sise 31, Grand-rue L-3730 Rumelange;
- à l'occasion des travaux de réaménagement et de renouvellement d'infrastructures et de canalisation dans la rue Batty Weber (partie entre la Grand-Rue et la rue du Couvent) L-3755 Rumelange;
- à l'occasion de travaux d'infrastructures dans la rue Dr Flesch;

(La rédaction: Veuillez trouver le texte exacte de ces règlements aux pages 42 à 47)

8. Approbation du rôle des chiens

Ce point de l'ordre de jour est évacué à l'unanimité. (404 chiens inscrits - taxes au montant de 12.019 euros)

9. Approbation de titres de recettes

Ces titres de recettes au montant de 1.228.647,60 euros trouvent l'unanimité du conseil communal. (10 voix, le conseiller Edmond Peiffer ayant quitté la salle)

10. Informations de la part du collège échevinal;

a) projets en cours

b) projets à venir

c) accord(s) de principe

Monsieur le bourgmestre informe le conseil communal sur

a) les modernisations prévues prochainement au Musée National des Mines de Fer:

- acquisition d'une nouvelle locomotive;
- agrandissement du hangar-atelier pour garer la nouvelle locomotive, respectivement pour améliorer les conditions de travail dans l'atelier;
- réalisation sur le carreau Walert par exemple pour montrer comment le train sortait jadis de la mine;
- modernisation du service de guidage à travers le musée;
- modernisation et agrandissement du bâtiment d'accueil avec installation de toilettes;
- création de salles supplémentaires pour les expositions permanentes et temporaires;
- coût de ces travaux d'investissements: 880.000 euros;
- réaménagement des alentours du musée avec le «Polverhaischen» (ancienne poudrière) et la «Maison Gonner»;
- accords de principe
 - 1) pour l'allocation de subsides par:
 - l'Oeuvre Nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte: 390.000 euros;
 - la Commune de Rumelange: 150.000 euros;
 - le Ministère du Tourisme: 150.000 euros;
 - 2) pour l'augmentation du crédit annuel accordé par la Commune pour le fonctionnement du musée de 40.000 à 60.000 euros;
- travaux à exécuter par la Commune:
 - aménagement d'un parc pour skateboards;
 - aménagement d'un parking supplémentaire.

b) l'enseignement précoce

Après le congé de la Toussaint les classes de l'enseignement précoce logées provisoirement au centre culturel ont définitivement pris possession du nouveau bâtiment situé au lieu-dit „ale Kierfecht”. Actuellement on est en train de réaliser un chemin protégé avec un tout nouvel éclairage le long des arbres pour sécuriser l'accès au bâtiment. L'aire de jeux sera réaménagée l'année prochaine.

11. Questions au collège échevinal;

Diverses questions, critiques ou suggestions ont été adressées au collège échevinal de la part de

Monsieur Marco Heil

- au sujet de l'attitude du Gouvernement de porter la décision d'interdire le port de la burqa sur le plan communal;

Monsieur André Theisen

- au sujet du nouveau chemin d'accès au bâtiment de l'enseignement précoce;
- au sujet du nouveau poste de concierge;
- au sujet de l'installation de sonorisation au cimetière;
- au sujet du nom de l'artiste ayant réalisé le tableau dans la salle des séances à l'Hôtel de Ville;

Monsieur Edmond Peiffer

- concernant le comportement sans-gêne d'individus occupant avec leur voiture des places pour handicapés;

Monsieur Jean Copette

- concernant le règlement pour camionnettes;

12. Correspondance diverse

- Lettre de remerciement de la famille ZIRVES;
- SICONA-QUEST: rapport de la séance du comité du 29 juin 2015;
- TICE: Rapports et délibérations de la séance du comité du 30 juin 2015;
- TICE: Rapports et délibérations de la séance du comité du 13 octobre 2015;
- SYVICOL: Compte rendu de la réunion du comité du 28 septembre 2015;
- Informations de Monsieur le bourgmestre Henri Haine:
 - 18 décembre 2015: prochaine réunion du conseil;
 - 4, 5 et 6 décembre 2015: Marché de Noël;
 - 6 décembre 2015: Arrivée de St Nicolas en train à la gare de Rumelange vers 16.00 heures

COURS DE MUSIQUE DE LA COMMUNE DE RUMELANGE

dispensés par l'École de musique de l'UGDA

ENSEIGNEMENT MUSICAL – ORGANISATION SCOLAIRE RECTIFIÉE – 2015 / 2016

Cours de musique correspondants à l'enseignement musical de la division inférieure telle qu'elle est définie par la loi du 28 avril 1998 portant harmonisation de l'enseignement musical dans le secteur communal.

COURS COLLECTIFS

Nombre de semaines de cours: 36

FORMATION MUSICALE (SOLFEGE)

Division	Niveau	Elèves de la Commune	Elèves du promoteur	Classes	Durée hebdomadaire (minutes)	Part de la Commune	Salle	Enseignant
Division inférieure	Année préparatoire	7	7	1	90'	90'	Maison Relais Roude Fiels rue de la Fontaine L-3726 Rumelange	HARTERT Patrick
Division inférieure	1 ^{ère} année	6	6	1	120'	120'		HARTERT Patrick
Division inférieure	2 ^e année	5	5	1	120'	120'		PETROVIC-VRATCHANSKA Albena
Division inférieure	3 ^e année	3	3	1	120'	120'		PETROVIC-VRATCHANSKA Albena
TOTAUX		21	21	4	450	450		

COURS INDIVIDUELS

Nombre de semaines de cours: 36

FORMATION INSTRUMENTALE / VOCALE

Famille d'instrument	Instrument	Durée hebdomadaire	Nombre d'élèves	Durée totale	Salle	Enseignant
Bois	Flûte traversière	30	3	90	Centre de répétition 1, rue du Parc L-3741 Rumelange	Lommer Vanessa
Bois	Flûte traversière	45	1	45		Lommer Vanessa
	Total flûte traversière		4	135		
Bois	Hautbois	30	1	30	Kinneksbond L-8210 Mamer	Bourgeois Françoise
	Total hautbois		1	30		
Bois	Clarinette en S/b	30	3	90	Centre de répétition 1, rue du Parc L-3741 Rumelange	Schintgen Joëlle
	Total Clarinette		3	90		
Bois	Saxophone Alto	20	5	100		Bucciarelli Sandro
Bois	Saxophone Alto	30	2	60		
Bois	Saxophone Alto	45	1	45		
	Total Saxophone		8	205		
Petits cuivres	Trompette	30	1	30		Clemens Mariette
	Total petits cuivres		1	30		
Gros cuivres	Trombone ténor	20	1	20		Mertz Christophe
Gros cuivres	Trombone ténor	30	4	120		
	Total gros cuivres		5	140		
Cordes	Violoncelle	45	3	135		Origer Anna
Cordes	Violon	30	3	90		Weirich Johanna
Cordes	Violon	45	1	45		
	Total violon/violoncelle		7	270		
TOTAUX			29	900		

RECAPITULATIF ET MINUTAGE

Type cours	Nombre		20	30	45	60	90	120	150	180	Total minutes	
	élèves	classes									Minutes dispensées	Minutes facturées (***)
Cpe	21	4	0	0	0	0	1	3	0	0	450	450
I	29		6	17	6	0	0	0	0	0	900	900
Cmc	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Pacc												
Adm												
TOTAUX			6	17	6	0	1	3	0	0	1350	1350

Explications:

Type cours: I = cours individuel

C = cours collectif avec pe = petit ensemble et

mc = musique de chambre

Adm = administration

Acc = accompagnement

(***) = les frais encourus correspondent à la part des élèves résidants dans la Commune.

Le coût par heure de cours s'élève pour l'année scolaire 2015/2016 à 4.629,47 euros.

N.B.: sous la désignation «promoteur», on entend soit la commune seule organisatrice des cours, soit un ensemble de communes (2 ou plus), soit un syndicat de communes, offrant un cours en commun.

AVENANT A LA CONVENTION

signée entre l'Administration Communale de Rumelange et l'Union Grand-Duc Adolphe, association sans but lucratif, reconnue d'utilité publique par loi spéciale du 1^{er} juin 1989.

Sur le vu de l'organisation scolaire rectifiée, le montant de 106.477,81.- € prévu à l'article 6 de la convention, est remplacé par la somme de 104.163,07.- €.

Le collège échevinal,

L'Union Grand-Duc Adolphe,
Pour le Comité central,

Le versement à l'UGDA se fait suivant l'échéancier suivant, à savoir:

- à raison de trois sixièmes, soit la somme de 52.081,54.- euros,
au plus tard le 15 septembre 2015: 52.081,54.- €
- à raison d'un sixième, soit la somme de 17.360,51.- euros,
au plus tard le 15 janvier 2016: 17.360,51.- €
- à raison de deux sixièmes, soit la somme de 34.721,02.- euros,
au plus tard le 15 avril 2016: 34.721,02.- €

Total: 104.163,07.- €

Le montant de 104.163,07.- euros représentant le coût total des frais des cours de musique de la commune pour l'année scolaire 2015/2016 se compose comme suit:

- pour les cours collectifs,
à raison du tarif unitaire de 4.629,47.- euros
par heure de cours, la somme de 34.721,02.- €
- pour les cours individuels,
à raison d'un tarif unitaire de 4.629,47.- euros
par heure de cours, la somme de 69.442,05.- €

Total: 104.163,07.- €



VILLE DE RUMELANGE

Objet:

**Règlement
temporaire de la
circulation à
l'occasion de travaux
d'infrastructures
dans la Rue Dr
Flesch à L-3725
Rumelange**

**EXTRAIT
du registre aux délibérations
du collège échevinal**

Séance du 16 octobre 2015

Présents: M. Haine, bourgmestre, Mme Biasini et M. Kirsch, échevins ;
M. Yves Noesen, secrétaire f.f. ;

Le collège échevinal,

Date de l'information des autorités communales: 12 octobre 2015

Début des travaux: lundi, le 19 octobre 2015 à 7h00

Fin des travaux: mercredi, le 28 octobre 2015 à 14h00

Considérant que l'entreprise TAB s.à.r.l. doit procéder à l'ouverture d'une tranchée pour le raccordement particulier et la pose des réseaux pour une maison dans la rue Dr Flesch au n°19 à L-3725 Rumelange au compte de Monsieur et Madame LOES-ZECHES;

Considérant qu'il y a lieu de prendre à cette occasion toutes les mesures nécessaires afin de garantir le libre écoulement de la circulation dans l'intérêt de la sécurité publique;

Vu la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu l'arrêté grand-ducal modifié du 23 novembre 1955 portant règlement de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu le titre XI, article 3, du décret du 16-24 août 1790 sur l'organisation judiciaire ;

Vu l'article 29 et l'article 58 de la loi communale du 13 décembre 1988 ;

Vu la loi du 31 mai 1999 concernant la création d'un corps de police grand-ducale et d'une inspection générale de la police ;

Vu le règlement communal de circulation modifié du 24 mars 1999 ;

Vu que le présent règlement sera soumis pour confirmation au conseil communal dans la prochaine séance.

Après délibération;

arrête

à l'unanimité

qu'à partir du lundi, 19 octobre 2015 7.00 hrs et jusqu'au mercredi, 28 octobre 2015 14.00 hrs et en dérogation de notre règlement général de circulation:

- Article 1^{er}.-** Route barrée (C,2a) et circulation interdite dans la rue Dr Flesch entre la maison n°15 et son embouchure dans la rue J.-P. Bausch à l'exception des riverains et de leurs fournisseurs, des services d'urgence et conducteurs de livraison et machines investis d'une mission de contrôle et de gestion de chantier ;
- Article 2.-** La voie à sens unique (E,13a et E,13b) dans la rue Dr Flesch est supprimée ;
- Article 3.-** L'accès interdit (C,1a) en venant de la rue J.-P. Bausch vers la rue Dr Flesch est supprimé ;
- Article 4.-** Dans la rue Dr Flesch sur la hauteur de son embouchure dans la rue J.-P. Bausch : Cédez le passage (B,1) aux conducteurs de véhicules et d'animaux circulant dans les deux sens dans la rue J.-P. Bausch ;
- Article 5.-** Stationnement interdit (C,18) dans la rue Dr Flesch sur les deux côtés à partir de la hauteur de la maison n°15 jusqu'à son embouchure dans la rue J.-P. Bausch ;

Article 6.- la présente réglementation est signalée en conformité du Code de la Route;

Article 7.- les infractions aux dispositions du présent règlement seront punies conformément à l'article 7 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques, tel que cet article a été amendé par la loi du 13 juin 1994 relative au régime des peines.

Une copie sera envoyée au commissaire de la police grand-ducale de Rumelange pour information.

- En séance, date qu'en tête. * - Suivent les signatures.
Pour extrait conforme.

Pour le secrétaire,




Le bourgmestre,



Le soussigné bourgmestre de la ville de Rumelange certifie par la présente que la décision du collège échevinal du 16 octobre 2015 portant réglementation à caractère temporaire de la circulation à l'occasion de travaux d'infrastructures dans la Rue Dr Flesch à L-3725 Rumelange a été dûment publiée conformément à l'article 82 de la loi communale du 13 décembre 1988, aujourd'hui aux lieux et de la manière usités.

Rumelange, le 16 octobre 2015

Pour le collège échevinal,

Pour le secrétaire,




Le président,





VILLE DE RUMELANGE

Objet:

**Règlement
temporaire de la
circulation à
l'occasion des
travaux de
réaménagement et de
renouvellement
d'infrastructures et
de canalisation dans
la Rue Batty Weber
(entre la Grand-Rue
et la Rue du Couvent)
à L-3755 Rumelange**

**EXTRAIT
du registre aux délibérations
du collège échevinal**

Séance du 16 octobre 2015

Présents: M. Haine, bourgmestre, Mme Biasini et M. Kirsch, échevins ;
M. Yves Noesen, secrétaire f.f. ;

Le collège échevinal,

Date de l'information des autorités communales*: 13 octobre 2015

Début des travaux: lundi, le 19 octobre 2015

Fin des travaux: vendredi, le 15 janvier 2016

*confirmation définitive par rapport au déroulement des travaux et de l'emplacement exacte du chantier

Considérant que la Ville de Rumelange procédera à des travaux de réaménagement et de renouvellement d'infrastructures et de canalisation dans la Rue Batty Weber (entre la Grand-Rue et la Rue du Couvent) à L-3755 Rumelange;

Considérant qu'il y a lieu de prendre à cette occasion toutes les mesures nécessaires afin de garantir le libre écoulement de la circulation dans l'intérêt de la sécurité publique;

Vu la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu l'arrêté grand-ducal modifié du 23 novembre 1955 portant règlement de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu le titre XI, article 3, du décret du 16-24 août 1790 sur l'organisation judiciaire ;

Vu l'article 29 et l'article 58 de la loi communale du 13 décembre 1988 ;

Vu la loi du 31 mai 1999 concernant la création d'un corps de police grand-ducale et d'une inspection générale de la police ;

Vu le règlement communal de circulation modifié du 24 mars 1999 ;

Vu que le présent règlement sera soumis pour confirmation au conseil communal dans la prochaine séance.

Après délibération;

arrête

à l'unanimité

à partir du lundi 19 octobre 2015 8h00 jusqu'au vendredi, 15 janvier 2016 12h00 et en dérogation de notre règlement général de circulation:

- | | |
|--------------------------------|---|
| Article 1^{er}. | Route barrée (C,2a) et circulation interdite sur les deux sens dans la Rue du Batty Weber entre son embouchure dans la Grand-Rue et son embouchure dans la Rue du Couvent (tronçon du chantier) à l'exception des services d'urgence, conducteurs de livraison et machines investis d'une mission de contrôle et de gestion de chantier ; |
| Article 2.- | La voie à sens unique (E,13a ou E,13b) dans la Rue Batty Weber est supprimée ; |
| Article 3.- | L'accès interdit (C,1A) vers la Rue de l'Eglise depuis la Rue de la Croix est supprimé ; |
| Article 4.- | La voie à sens unique (E,13a ou E,13b) dans la Rue de l'Eglise est supprimée ; |
| Article 5.- | La voie à sens unique (E,13a ou E,13b) dans la Rue Henri Lück entre le croisement avec la Rue St Sébastien et son embouchure dans la Rue Batty Weber est supprimée ; |
| Article 6.- | L'interdiction de tourner à droite (C,11b) respectivement la direction obligatoire vers gauche (D,1a) dans la Rue Jean Krings vers la Rue Batty Weber est supprimée ; |

- | | |
|--------------|--|
| Article 7.- | L'interdiction de tourner à droite (C,11b) respectivement la direction obligatoire vers gauche (D,1a) dans la Rue St Sébastien vers la Rue Henri Lück, direction Rue Batty Weber, est supprimée ; |
| Article 8.- | Stationnement interdit (C,18) dans la Rue Batty Weber sur toute sa longueur (tous les emplacements) ; |
| Article 9.- | Stationnement interdit (C,18) dans la Rue Henri Lück entre le croisement avec la Rue St Sébastien et son embouchure dans la Rue Batty Weber (tous les emplacements) ; |
| Article 10.- | la présente réglementation est signalée en conformité du Code de la Route ; |
| Article 11.- | les infractions aux dispositions du présent règlement seront punies conformément à l'article 7 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques, tel que cet article a été amendé par la loi du 13 juin 1994 relative au régime des peines ; |

Une copie sera envoyée au commissaire de la police grand-ducale de Rumelange pour information.

- En séance, date qu'en tête. * - Suivent les signatures.
Pour extrait conforme.

Pour le secrétaire,




Le bourgmestre,



Le soussigné bourgmestre de la ville de Rumelange certifie par la présente que la décision du collège échevinal du 16 octobre 2015 portant réglementation à caractère temporaire de la circulation à l'occasion des travaux de réaménagement et de renouvellement d'infrastructures et de canalisation dans Rue Batty Weber (entre la Grand-Rue et la Rue du Couvent) à L-3755 Rumelange a été dûment publiée conformément à l'article 82 de la loi communale du 13 décembre 1988, aujourd'hui aux lieux et de la manière usités.

Rumelange, le 16 octobre 2015

Pour le collège échevinal,

Pour le secrétaire,




Le président,





VILLE DE RUMELANGE

Objet:

**Règlement
temporaire de la
circulation à
l'occasion des
travaux de
construction d'une
nouvelle résidence
sise au numéro 31
Grand-Rue à L-3730
Rumelange**

**EXTRAIT
du registre aux délibérations
du collège échevinal**

Séance du 13 novembre 2015

Présents: M. Haine, bourgmestre, Mme Biasini et M. Kirsch, échevins ;
Mme Renée Gallo-Holcher, secrétaire ;

Le collège échevinal,

Date de l'information des autorités communales: 6 novembre 2015

Début des travaux: lundi, le 16 novembre 2015 à 8h00

Fin des travaux: vendredi, le 29 avril 2016 à 14h00

Considérant que l'Entreprise POECKES sàrl procédera à des travaux de construction d'une nouvelle résidence sise au numéro 31 Grand-Rue à L-3730 Rumelange;

Considérant qu'il y a lieu de prendre à cette occasion toutes les mesures nécessaires afin de garantir le libre écoulement de la circulation dans l'intérêt de la sécurité publique;

Vu la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu l'arrêté grand-ducal modifié du 23 novembre 1955 portant règlement de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu le titre XI, article 3, du décret du 16-24 août 1790 sur l'organisation judiciaire ;

Vu l'article 29 et l'article 58 de la loi communale du 13 décembre 1988 ;

Vu la loi du 31 mai 1999 concernant la création d'un corps de police grand-ducale et d'une inspection générale de la police ;

Vu le règlement communal de circulation modifié du 24 mars 1999 ;

Vu que le présent règlement sera soumis pour confirmation au conseil communal dans la prochaine séance.

Après délibération;

arrête

à l'unanimité

à partir du lundi 16 novembre 2015 8h00 jusqu'au vendredi, 29 avril 2016 14h00 et en dérogation de notre règlement général de circulation:

Article 1^{er}.- Stationnement interdit (C,18) dans la Rue J.-P. Bausch sur tous les emplacements entre le numéro 2 et le numéro 4 ;

Article 2.- la présente réglementation est signalée en conformité du Code de la Route ;

Article 3.- les infractions aux dispositions du présent règlement seront punies conformément à l'article 7 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques, tel que cet article a été amendé par la loi du 13 juin 1994 relative au régime des peines ;

Une copie sera envoyée au commissaire de la police grand-ducale de Rumelange pour information.

- En séance, date qu'en tête. * - Suivent les signatures.
Pour extrait conforme.

Le secrétaire,



Le bourgmestre,

Le soussigné bourgmestre de la ville de Rumelange certifie par la présente que la décision du collège échevinal du 13 novembre 2015 portant réglementation à caractère temporaire de la circulation à l'occasion des travaux de construction d'une nouvelle résidence sise au numéro 31 Grand-Rue à L-3730 Rumelange a été dûment publiée conformément à l'article 82 de la loi communale du 13 décembre 1988, aujourd'hui aux lieux et de la manière usités.

Rumelange, le 13 novembre 2015

Pour le collège échevinal,

Pour le secrétaire,



Le président,





www.rumelange.lu